

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 32/2021

12. August 2021

Inhaltsverzeichnis

Sächsische Staatskanzlei

Bekanntmachung der Sächsischen Staatskanzlei
Bekanntgabe von Verleihungen des Verdienstordens des Freistaates Sachsen vom 22. Juli 2021 ... 1026

Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums
der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleich-
stellung zur Förderung der Chancengleichheit und
zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt
(Richtlinie zur Förderung der Chancengleichheit)
vom 23. Juli 2021 1027

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsmi-
nisteriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zu-
sammenhalt Allgemeinverfügung Vollzug des
Infektionsschutzgesetzes Maßnahmen anlässlich
der Corona-Pandemie Anordnung von Hygie-
neauflagen zur Verhinderung der Verbreitung der
Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) Az.: 21-
0502/3/22-2021/109361 vom 27. Juli 2021 1042

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministe-
riums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Anpassung des Betrags für den kom-
munalen Mehrbelastungsausgleich gemäß § 5 des
Sächsischen Prostituiertenschutz Ausführungsgeset-
zes für die Jahre 2021 und 2022 vom 29. Juli 2021 ... 1057

Landesdirektion Sachsen

Verwaltungsvorschrift der Landesdirektion Sachsen
über die Entschädigung für Tätigkeiten im Berufs-
bildungsausschuss und in Prüfungsausschüssen
nach dem Berufsbildungsgesetz (VwV BBiG-Ent-
schädigung) vom 27. Juli 2021 1058

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen
zum Vollzug der Industriekläranlagen-Zulassungs-
und Überwachungsverordnung über den Antrag
auf Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis für

die Einleitung von Abwasser der Dow Olefinver-
bund GmbH in die Faule Pfütze (Pleiß) Gz.: 41-
8618/652/4 vom 26. Juli 2021 1061

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen
über den Vollzug des Bundes-Immissionsschutz-
gesetzes Antrag auf Errichtung und Betrieb des
Gasturbinenheizkraftwerks HKW Leipzig Süd der
Stadtwerke Leipzig GmbH am Standort 04279
Leipzig, Bornaische Straße 120, Gemarkung Löß-
nig, Flurstück 32/5 – Auslegung des Antrages und
der Unterlagen – Gz.: L44-8431/2493 vom 26. Au-
gust 2021 1063

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung des Ausscheidens der
Stadt Zwickau aus dem Zweckverband Kommunale
Informationsverarbeitung Sachsen KISA Gz.: 20-
2217/89/35 vom 27. Juli 2021 1066

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung des Ausscheidens der
Stadt Elterlein aus dem Zweckverband Kommunale
Informationsverarbeitung Sachsen KISA Gz.: 20-
2217/89/36 vom 27. Juli 2021 1067

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung der Sächsischen Anstalt für
kommunale Datenverarbeitung über das zu ver-
wendende Datenformat bei Datenübermittlungen
nach § 8 Absatz 2 des Sächsischen Gesetzes zur
Ausführung des Bundesmeldegesetzes für die Be-
lieferung des Sächsischen Melderegisters durch die
sächsischen Meldebehörden vom 29. Juli 2021 1068

Bekanntmachung des Landratsamtes Bautzen Sach-
gebiet Flurneuordnung für das Vorhaben „Wege- und
Gewässerplan“ der Teilnehmergemeinschaft Cune-
walde nach § 5 des Gesetzes über die Umweltver-
träglichkeitsprüfung vom 27. Juli 2021 1069

Bekanntmachung des Landratsamtes Sächsische
Schweiz-Osterzgebirge über die Genehmigung der
7. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Ab-
wasserzweckverbandes Sebnitz vom 23. Juli 2021 1070

7. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Ab-
wasserzweckverbandes Sebnitz 1071

Sächsische Staatskanzlei
Bekanntmachung
der Sächsischen Staatskanzlei
Bekanntgabe von Verleihungen des Verdienstordens
des Freistaates Sachsen
Vom 22. Juli 2021

Als Zeichen dankbarer Anerkennung für hervorragende Verdienste um den Freistaat Sachsen und seiner Bevölkerung hat der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen den Verdienstorden des Freistaates Sachsen

am 2. Juli 2021 an

Harald Bretschneider, Dresden
Prof. Dr. Gerhard Glaser, Dresden

am 6. Juli 2021 an

Dr. Ulrike Böhm, Leipzig
Dr. Hans Brenner, Zschopau
Nadja Grigorenko, Plauen
Otto Guse, Auerbach
Dr. Rolf Jähnichen, Borna
Lutz Kittelmann, Dresden
Dr. Helmut König, Chemnitz
Volker Pfitzner, Oschatz
Wolfgang Vogel, Machern

verliehen.

Dresden, den 22. Juli 2021

Sächsische Staatskanzlei
Maïke Liebschner
Protokollchefin

Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung zur Förderung der Chancengleichheit und zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt (Richtlinie zur Förderung der Chancengleichheit)

Vom 23. Juli 2021

A. Allgemeine Bestimmungen

I. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen

1. Der Freistaat Sachsen gewährt nach den §§ 23 und 44 der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, den Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDr. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 16. April 2021 (SächsABl. S. 434) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. S. S 352), in den jeweils geltenden Fassungen, und nach Maßgabe dieser Richtlinie Zuwendungen zur Förderung
 - a) der Chancengleichheit der Geschlechter in Politik, Gesellschaft und Erwerbsleben,
 - b) der Gleichstellung in Bezug auf sexuelle und geschlechtliche Vielfalt,
 - c) der kategorienübergreifenden Antidiskriminierungsarbeit sowie
 - d) von Maßnahmen zur Bekämpfung von sexualisierter und sonstiger geschlechtsspezifischer Gewalt sowie häuslicher Gewalt gemäß dem Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt vom 11. Mai 2011 (BGBl. 2017 II S. 1026, 1027; 2018 II S. 119).
2. Ein Rechtsanspruch auf Gewährung von Zuwendungen besteht nicht. Die Bewilligungsbehörde entscheidet aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

II. Gegenstand der Förderung

Gefördert werden

1. nach Großbuchstabe B Ziffer I folgende Vorhaben im Bereich der Gleichstellung:
 - a) Vorhaben zur Gleichstellung von Frauen und Männern,
 - b) Vorhaben von Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten,

- c) Existenzgründungen von Frauen im ländlichen Raum,
- d) Vorhaben zur Gleichstellung in Bezug auf sexuelle und geschlechtliche Vielfalt,
- e) Vorhaben der kategorienübergreifenden Antidiskriminierungsarbeit,
- f) Modellvorhaben,

2. nach Großbuchstabe B Ziffer II folgende Vorhaben im Bereich der Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt:
 - a) Schutzeinrichtungen
 - aa) Frauen- und Kinderschutzeinrichtungen
 - bb) Weitere spezialisierte Schutzeinrichtungen
 - b) Beratungs-, Interventions- und Koordinierungsstellen zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt
 - aa) Interventions- und Koordinierungsstellen
 - bb) Beratungsstellen für Gewaltausübende
 - cc) Beratungsstellen für Opfer von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung, von Zwangsprostitution und für Betroffene von Gewalt im Namen der sogenannten „Ehre“
 - dd) Weitere spezialisierte Fachberatungsstellen und -angebote für Betroffene geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen
 - ee) Landesweite Fachstelle der Landesarbeitsgemeinschaft gewaltfreies Zuhause Sachsen
 - c) Modellvorhaben.

III. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

1. Die Zuwendung wird grundsätzlich zur Teilfinanzierung des zu erfüllenden Zwecks bewilligt. Soweit in dieser Richtlinie nichts anderes bestimmt ist, wird sie als Anteilsfinanzierung im Rahmen einer Projektförderung als Zuschuss gewährt.
2. Die zusätzliche Inanspruchnahme von Zuwendungen anderer Förderrichtlinien oder Zuschussprogramme des Freistaates Sachsen für das selbe Vorhaben neben Zuwendungen nach dieser Richtlinie ist unzulässig.
3. Wer eine Zuwendung erhält, hat einen Eigenanteil zu erbringen. Soweit in dieser Richtlinie nichts anderes bestimmt ist, beträgt der Eigenanteil 5 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben. Ausnahmen davon sind zulässig, wenn bezogen auf den Zuwendungszweck ein übergeordnetes staatliches Interesse besteht, eine

Mitfinanzierung durch den Antragstellenden nicht zumutbar ist und dieser kein wirtschaftliches Eigeninteresse verfolgt. Über die Ermäßigung von Eigenanteilen entscheidet die Bewilligungsstelle nach pflichtgemäßem Ermessen auf der Grundlage von näheren Vorgaben des für Gleichstellung zuständigen Staatsministeriums an die Bewilligungsbehörde, die jeweils zum 31. Juli eines jeden Jahres ergehen.

4. Als Eigenanteile gelten auch projektbezogene unbare Leistungen. Diese können als Arbeitsleistungen in Form von unbezahlten freiwilligen Arbeitsstunden erfolgen, wobei nur unterstützendes ehrenamtliches Engagement berücksichtigt werden kann, nicht jedoch Arbeitsleistungen als Fachkraft; die Stundenbewertung entspricht der Höhe des jeweils gültigen Mindestlohns gemäß § 1 Absatz 2 des Mindestlohngesetzes vom 11. August 2014, das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 10. Juli 2020 (BGBl. I S. 1657) geändert worden ist. Ferner können Sachleistungen in Form von Raummieten als solche unbaren Leistungen angesehen werden. Der Mietpreis richtet sich nach dem gültigen Wert gemäß Mietspiegel beziehungsweise ortsüblicher Miete.
5. Der Wert der unbaren Leistungen darf 5 500 Euro pro Projekt und Jahr nicht übersteigen. Der Wert der unbaren Leistungen muss im Einzelnen in der Antragstellung und im Verwendungsnachweisverfahren dargestellt werden.
6. Soweit in dieser Richtlinie nichts anderes bestimmt ist, bemisst sich die Höhe der zuwendungsfähigen Reiseausgaben einschließlich Übernachtungsausgaben nach dem Sächsischen Reisekostengesetz vom 12. Dezember 2008 (SächsGVBl. S. 866, 876), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.
7. Honorare sind bis zu einer Höhe von 60 Euro pro Person und Zeitstunde der Leistungserbringung, höchstens jedoch in Höhe von 500 Euro einschließlich Mehrwertsteuer pro Tag und Person zuwendungsfähig. Ausnahmen sind in begründeten Einzelfällen, insbesondere bei vom Üblichen abweichender Qualifikation zulässig, soweit die höhere Qualifikation für den Erfolg des geförderten Vorhabens erforderlich ist.
8. Nach dieser Richtlinie gewährte Verwaltungspauschalen beziehungsweise Verwaltungs- und Sachkostenpauschalen sind Teil der Zuwendung. Von Pauschalen erfasste Positionen können nicht gesondert abgerechnet werden.

IV. Verfahren

1. Bewilligungsbehörde für Vorhaben unter Großbuchstabe B Ziffer I ist die Landesdirektion Sachsen. Bewilligungsbehörde für Projekte unter Großbuchstabe B Ziffer II ist der Kommunale Sozialverband Sachsen. Über begründete Einzelfälle ist im Benehmen mit dem für Gleichstellung zuständigen Staatsministerium zu entscheiden.
2. Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides sowie die Rückforderung der gewährten Zuwendung gilt die Ver-

waltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung, soweit nicht in dieser Richtlinie abweichende Regelungen getroffen worden sind.

B. Besondere Bestimmungen

I. Vorhaben im Bereich der Gleichstellung

1. Vorhaben zur Gleichstellung von Frauen und Männern
 - 1.1 **Zuwendungszweck**
Ziele der Förderung sind:
 - a) die Durchsetzung der Chancengleichheit von Frauen und Männern sowie Geschlechtergerechtigkeit,
 - b) das Aufzeigen geschlechtsbezogener Benachteiligungen sowie deren Abbau und Vermeidung (Umsetzung von Gender Mainstreaming),
 - c) die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft,
 - d) die Stärkung und Mobilisierung individueller Fähigkeiten und Kompetenzen von Frauen und Männern für gleichberechtigte Teilhabe,
 - e) die Unterstützung von Frauen- und Männernetzwerken, einschließlich deren grenzüberschreitender und interregionaler Vernetzung,
 - f) die Sensibilisierung der Bevölkerung für Gleichstellungsbelange.
 - 1.2 **Gegenstand der Förderung**
Gefördert werden gleichstellungspolitisch bedeutsame Vorhaben, insbesondere:
 - a) Gleichstellungsvorhaben mit überregionalem Wirkungskreis oder innovativem Charakter,
 - b) frauen- und männerpolitisch landesweit bedeutsame Einzelvorhaben,
 - c) grenzüberschreitende und interregionale gleichstellungspolitisch relevante Vernetzungsarbeit,
 - d) sonstige Maßnahmen, insbesondere Tagungen, Seminare und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit.
 - 1.3 **Zuwendungsempfängende**
Zuwendungen nach diesen Vorschriften können erhalten
 - a) Rechtsfähige Vereine und andere juristische Personen des privaten oder öffentlichen Rechts, die im Freistaat Sachsen tätig sind, als gemeinnützig anerkannt sind und gleichstellungspolitisch relevante Arbeit leisten oder deren Satzung diesen Zweck beinhaltet,
 - b) Gemeinden und Landkreise im Freistaat Sachsen für Projekte gemäß Nummer 1.2 Buchstabe a, c und d sowie
 - c) die Koordinierungsstelle Chancengleichheit Sachsen.
 - 1.4 **Zuwendungsvoraussetzungen**
 - a) Förderfähig sind Maßnahmen, deren Schwerpunkt im Freistaat Sachsen liegt.
 - b) Vorhaben gemäß Nummer 1.2 Buchstabe a, b und c werden gefördert, wenn sie von mindestens einer Fachkraft, die über einen Bachelorabschluss, einen vergleichbaren oder höheren Abschluss verfügt, durchgeführt werden. Die Bewilligungsbehörde kann in begründeten Einzelfällen Ausnahmen zulassen. Darüber hinaus müssen die Fachkräfte die

Kompetenz zu geschlechtersensibler Arbeit, zum Beispiel durch Qualifikationsnachweise, berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeiten nachweisen.

1.5 Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

- a) Bemessungsgrundlage für die Zuwendung sind die zuwendungsfähigen Ausgaben, einschließlich einer Verwaltungspauschale nach Buchstabe b. Zuwendungsfähig sind bei Vorhaben gemäß Nummer 1.2 Buchstabe a, b und c: Personal- und Sachausgaben, bei Vorhaben gemäß Nummer 1.2 Buchstabe d: Sachausgaben.
- b) Bei Vorhaben gemäß Nummer 1.2 Buchstabe a, b und c kann eine Verwaltungspauschale von bis zu 5 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben pro Jahr gewährt werden. Diese umfasst Ausgaben für geringwertige Wirtschaftsgüter, Repräsentationszwecke, Instandhaltungen und kleinere Reparaturen der Betriebs- und Geschäftsausstattung, betriebsärztliche Betreuung, Daten- und Informationssicherheit, Beiträge zur Berufsgenossenschaft und für Mitgliedschaften in Organisationen und Verbänden sowie Kosten externer Buchhaltung und Versicherungen.
- c) Für Vorhaben gemäß Nummer 1.2 Buchstabe a werden als Zuwendung bis zu 50 000 Euro pro Jahr gewährt. Diese Vorhaben können mit einer Dauer von bis zu drei Jahren bewilligt werden.
- d) Für Vorhaben gemäß Nummer 1.2 Buchstabe b werden als Zuwendung bis zu 200 000 Euro pro Jahr gewährt. Vorhaben können mit einer Dauer von bis zu drei Jahren bewilligt werden.
- e) Für Vorhaben gemäß Nummer 1.2 Buchstabe c werden als Zuwendung bis zu 50 000 Euro pro Jahr gewährt. Vorhaben können mit einer Dauer von bis zu drei Jahren bewilligt werden.
- f) Zuwendungen für Vorhaben gemäß Nummer 1.2 Buchstabe d werden nur bewilligt, wenn die zuwendungsfähigen Ausgaben im Einzelfall
 - aa) bei Zuwendungsempfängenden nach Nummer 1.3 Buchstabe a und c abweichend von Ziffer 1.2 Satz 1 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung,
 - bb) bei Zuwendungsempfängenden nach Nummer 1.3 Buchstabe b abweichend von Ziffer 1.1 Satz 2 der Anlage 3 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung (Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaates Sachsen an kommunale Körperschaften) mindestens 1 000 Euro betragen. Als Zuwendung werden bis zu 14 000 Euro gewährt.

1.6 Verfahren

- a) Anträge auf Gewährung einer Zuwendung für Vorhaben gemäß Nummer 1.2 Buchstabe a, b und c sind bei der Bewilligungsbehörde spätestens bis zum 31. August des laufenden Jahres für das Folgejahr beziehungsweise die Folgejahre zu stellen.
- b) Anträge auf Gewährung einer Zuwendung für Vorhaben gemäß Nummer 1.2 Buchstabe d können fortlaufend im jeweiligen Jahr bei der Bewilligungsbehörde gestellt werden.
- c) Bei ausreichenden Haushaltsmitteln kann für Vorhaben gemäß Nummer 1.2 Buchstabe a und b nach entsprechendem Aufruf durch das für Gleichstellung zuständige Staatsministerium unabhängig vom unter Buchstabe a genannten Antragszeitpunkt eine Förderung erfolgen.

- d) Bei der Bewilligung ist auf Verschiedenartigkeit und angemessene regionale Verteilung der Vorhaben zu achten.

2. Vorhaben von Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten

2.1 Zuwendungszweck

Ziel der Förderung ist es, Anreize für die Aktivitäten der hauptamtlich bestellten Gleichstellungsbeauftragten in den Landkreisen und Kreisfreien Städten zu geben und dadurch die Durchsetzung von Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit landesweit zu unterstützen.

2.2 Gegenstand der Förderung

Gefördert werden Vorhaben der Öffentlichkeitsarbeit und gleichstellungspolitische Aktivitäten der hauptamtlich bestellten Gleichstellungsbeauftragten der Landkreise und Kreisfreien Städte des Freistaates Sachsen.

2.3 Zuwendungsempfängende

Zuwendungen nach diesen Vorschriften können die Landkreise und Kreisfreien Städte des Freistaates Sachsen erhalten.

2.4 Zuwendungsvoraussetzungen

- a) Förderfähig sind Maßnahmen, deren Schwerpunkt im Freistaat Sachsen liegt.
- b) Zuwendungen werden nur gewährt, wenn mindestens in gleicher Höhe Mittel in dem maßgeblichen Haushaltsplan der Zuwendungsempfängenden eingestellt sind. Dem Antrag ist ein Titelauszug aus dem genehmigten Haushaltsplan des Zuwendungsempfängenden bei der Bewilligungsbehörde beizufügen.

2.5 Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

- a) Bemessungsgrundlage für die Zuwendung sind die zuwendungsfähigen Ausgaben. Zuwendungsfähig sind Sachausgaben.
- b) Als Zuwendung werden bis zu 5 000 Euro pro Jahr gewährt.
- c) Zuwendungen werden abweichend von Nummer 1.1 der Anlage 3 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 Satz 2 der Sächsischen Haushaltsordnung (Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaates Sachsen an kommunale Körperschaften) nur bewilligt, wenn die zuwendungsfähigen Ausgaben im Einzelfall mindestens 2 500 Euro betragen.

2.6 Verfahren

Anträge auf Gewährung einer Zuwendung können fortlaufend im jeweiligen Jahr bei der Bewilligungsbehörde gestellt werden.

3. Existenzgründungen von Frauen im ländlichen Raum

3.1 Zuwendungszweck

Ziel der Förderung ist es, die Lebens- und Erwerbsituation von Frauen im ländlichen Raum zu verbessern und damit die Durchsetzung der Chancengleichheit von Frau und Mann zu unterstützen.

3.2 Gegenstand der Förderung

Gefördert werden Existenzgründungen von Frauen im ländlichen Raum mit dem Ziel, eine selbständige Erwerbstätigkeit aufzubauen, die dauerhaft zum Haupterwerb der Existenzgründerin führt.

3.3 Zuwendungsempfängerinnen

Zuwendungsempfängerinnen sind Frauen, die ihren Hauptwohnsitz und Lebensmittelpunkt im Freistaat Sachsen haben und im ländlichen Raum ein Einzelunternehmen aufbauen.

3.4 Zuwendungsvoraussetzungen

- a) Die Gründung eines Unternehmens von Frauen muss im ländlichen Raum des Freistaates Sachsen erfolgen. Dem ländlichen Raum im Sinne dieser Richtlinie sind Gemeinden mit einer Einwohnerzahl bis 10 000 zuzuordnen, in Ausnahmefällen auch eingemeindete Ortsteile mit bis zu 10 000 Einwohnern.
- b) Der Sitz des gegründeten Unternehmens muss, der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit soll im ländlichen Raum des Freistaates Sachsen angesiedelt sein.
- c) Existenzgründungen werden nur gefördert, wenn das Gesamtinvestitionsvolumen des Vorhabens 20 000 Euro nicht übersteigt.
- d) Existenzgründerinnen, über deren Vermögen ein Insolvenzverfahren beantragt oder eröffnet worden ist, können nicht gefördert werden. Gleiches gilt für Existenzgründerinnen, die eine Vermögensauflösung verpflichtet abgegeben haben.
- e) Eine Kombination der Förderung mit Zuwendungen aus anderen Förderprogrammen zur Finanzierung derselben Ausgaben oder des Eigenanteils ist nicht möglich.
- f) Die Zuwendungen werden auf der Grundlage der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 1), die durch die Verordnung (EU) 2020/972 (ABl. L 215 vom 7.7.2020, S. 3) geändert worden ist, gewährt.

3.5 Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

- a) Bemessungsgrundlage für die Zuwendung sind die zuwendungsfähigen Ausgaben. Zuwendungsfähig sind:
 - aa) Sachausgaben einschließlich Ausgaben für Werbemaßnahmen, Digitalisierung und Netzbildung,
 - bb) Auslagen und Gebühren, die für die Existenzgründung notwendig sind,
 - cc) Investitionsausgaben, nicht jedoch betriebliche Investitionen in der Landwirtschaft.
- b) Nicht zuwendungsfähig sind:
 - aa) Ausgaben für Bildungs- und Beratungsleistungen,
 - bb) Ausgaben für Kraftfahrzeuge.
- c) Als Zuwendung werden einmalig bis zu 8 000 Euro gewährt.
- d) Abweichend von Großbuchstabe A Ziffer III Nummer 3 Satz 2 hat die Zuwendungsempfängerin einen Eigenanteil von zehn Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben zu erbringen.

3.6 Verfahren

- a) Anträge auf Gewährung einer Zuwendung können fortlaufend im jeweiligen Jahr bei der Bewilligungsbehörde gestellt werden.
- b) Dem Antrag sind neben dem Antragsformblatt folgende Unterlagen beizufügen:
 - aa) ein ausführliches Unternehmenskonzept einschließlich einer formulierten Gründungsidee,
 - bb) eine tabellarische Rentabilitätsvorschau für drei Jahre,

- cc) der Finanzierungsplan und die Kapitalbedarfsplanung,
- dd) ein befürwortendes, externes Gutachten der Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, der zuständigen berufsständischen Kammer beziehungsweise einer vom für Gleichstellung zuständigen Staatsministerium zugelassenen Stelle zur wirtschaftlichen Tragfähigkeit des Unternehmens.

4. Vorhaben zur Gleichstellung in Bezug auf sexuelle und geschlechtliche Vielfalt

4.1 Zuwendungszweck

Ziele der Förderung sind:

- a) die Durchsetzung gleichberechtigter Teilhabe von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen sowie nichtbinären und queeren Personen (Lsbtiq*-Personen) und das Bekämpfen von Diskriminierung und Gewalt in Bezug auf Geschlecht und/oder sexuelle Orientierung in allen Bereichen der Gesellschaft,
- b) die Stärkung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten sowie Selbsthilfegruppen von und für Lsbtiq*-Personen,
- c) das Aufzeigen von Diskriminierung in Bezug auf geschlechtliche und/oder sexuelle Vielfalt, das Bekämpfen von feindlichen Einstellungen gegen Lsbtiq*-Personen in allen Lebensphasen und Lebensbereichen, die Stärkung von Netzwerken und Interessenvertretung von und für Lsbtiq*-Personen.

4.2 Gegenstand der Förderung

Gefördert werden für die Gleichstellung in Bezug auf geschlechtliche und sexuelle Vielfalt bedeutsame Vorhaben, insbesondere:

- a) Vorhaben mit überregionalem Wirkungskreis oder innovativem Charakter,
- b) landesweit bedeutsame Vorhaben sowie Beratungs- und Anlaufstellen, die Bestandteil der landesweiten Unterstützungsstruktur für Lsbtiq*-Personen sind, mit folgendem Leistungsspektrum:
 - aa) Beratung und Unterstützung von Ratsuchenden,
 - bb) Informations- und Öffentlichkeitsarbeit,
 - cc) Kooperations- und Vernetzungsarbeit sowie
 - dd) beratungsfallbezogene Arbeit mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren,
- c) grenzüberschreitende und interregionale gleichstellungspolitisch relevante Vernetzungsarbeit,
- d) sonstige Maßnahmen, insbesondere Tagungen, Seminare und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit.

4.3 Zuwendungsempfängende

Zuwendungen nach diesen Vorschriften können erhalten

- a) Rechtsfähige Vereine und andere juristische Personen des privaten oder öffentlichen Rechts, die im Freistaat Sachsen tätig sind, als gemeinnützig anerkannt sind und gleichstellungspolitisch relevante Gleichstellungsarbeit leisten oder deren Satzung diesen Zweck beinhaltet,
- b) Gemeinden und Landkreise im Freistaat Sachsen für Projekte gemäß Nummer 4.2 Buchstabe a, c und d sowie
- c) die Koordinierungsstelle Chancengleichheit Sachsen.

4.4 Zuwendungsvoraussetzungen

- a) Förderfähig sind Maßnahmen, deren Schwerpunkt im Freistaat Sachsen liegt.
- b) Vorhaben gemäß Nummer 4.2 Buchstabe a und b werden gefördert, wenn sie von mindestens einer Fachkraft, die über einen Bachelorabschluss, einen vergleichbaren oder höheren Abschluss verfügt, durchgeführt werden. Die Bewilligungsbehörde kann in begründeten Einzelfällen Ausnahmen zulassen. Darüber hinaus müssen die Fachkräfte die Kompetenz zur Antidiskriminierungsarbeit, zum Beispiel durch Qualifikationsnachweise, berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeiten, nachweisen.

4.5 Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

- a) Bemessungsgrundlage für die Zuwendung sind die zuwendungsfähigen Ausgaben einschließlich einer Verwaltungspauschale nach Buchstabe b. Zuwendungsfähig sind
 - aa) bei Vorhaben gemäß Nummer 4.2 Buchstabe a, b und c: Personal- und Sachausgaben,
 - bb) bei Vorhaben gemäß Nummer 4.2 Buchstabe d: Sachausgaben.
- b) Bei Vorhaben gemäß Nummer 4.2 Buchstabe a, b und c kann eine Verwaltungspauschale von bis zu 5 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben pro Jahr gewährt werden. Diese umfasst Ausgaben für geringwertige Wirtschaftsgüter, Repräsentationszwecke, Instandhaltungen und kleinere Reparaturen der Betriebs- und Geschäftsausstattung, betriebsärztliche Betreuung, Daten- und Informationssicherheit, Beiträge zur Berufsgenossenschaft und für Mitgliedschaften in Organisationen und Verbänden sowie Kosten externer Buchhaltung und Versicherungen.
- c) Für Vorhaben gemäß Nummer 4.2 Buchstabe a werden als Zuwendung bis zu 50 000 Euro pro Jahr gewährt. Vorhaben können mit einer Dauer von bis zu drei Jahren bewilligt werden.
- d) Für Vorhaben gemäß Nummer 4.2 Buchstabe b werden als Zuwendung bis zu 200 000 Euro pro Jahr gewährt. Vorhaben können mit einer Dauer von bis zu drei Jahren bewilligt werden.
- e) Für Vorhaben gemäß Nummer 4.2 Buchstabe c werden als Zuwendung bis zu 50 000 Euro pro Jahr gewährt. Vorhaben können mit einer Dauer von bis zu drei Jahren bewilligt werden.
- f) Zuwendungen für Vorhaben gemäß Nummer 4.2 Buchstabe d werden nur bewilligt, wenn die zuwendungsfähigen Ausgaben im Einzelfall
 - aa) bei Zuwendungsempfängenden nach Nummer 4.3 Buchstabe a und c abweichend von Ziffer 1.2 Satz 1 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung sowie
 - bb) bei Zuwendungsempfängenden nach Nummer 4.3 Buchstabe b abweichend von Nummer 1.1 Satz 2 der Anlage 3 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung (Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaates Sachsen an kommunale Körperschaften) mindestens 1 000 Euro betragen. Als Zuwendung werden bis zu 14 000 Euro gewährt.

4.6 Verfahren

- a) Anträge auf Gewährung einer Zuwendung für Vorhaben gemäß Nummer 4.2 Buchstabe a, b und c sind bei der Bewilligungsbehörde spätestens bis zum 31. August des laufenden Jahres für das Folgejahr beziehungsweise die Folgejahre zu stellen.

- b) Anträge auf Gewährung einer Zuwendung für Vorhaben gemäß Nummer 4.2 Buchstabe d können fortlaufend im jeweiligen Jahr bei der Bewilligungsbehörde gestellt werden.
- c) Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:
 - aa) für Vorhaben gemäß Nummer 4.2 Buchstabe a, b und c ein der Laufzeit des Vorhabens entsprechender Finanzierungsplan, Stellen- und Organisationsplan des Trägers sowie die Stellenbeschreibung einschließlich Personalbedarfsermittlung für die Durchführung des Projekts,
 - bb) bei Zuwendungen aus anderen Förderungen der Bescheid der jeweiligen Behörde oder, soweit dieser noch nicht vorliegt, zunächst der entsprechende Antrag.
- d) Bei ausreichenden Haushaltsmitteln kann für Vorhaben gemäß Nummer 4.2 Buchstabe a, b und c nach entsprechendem Aufruf durch das für Gleichstellung zuständige Staatsministerium unabhängig vom unter 4.6 Buchstabe a genannten Antragszeitpunkt eine Förderung erfolgen.
- e) Bei der Bewilligung ist auf Verschiedenartigkeit und angemessene regionale Verteilung der Vorhaben zu achten.

5. Vorhaben der kategorienübergreifenden Antidiskriminierungsarbeit

5.1 Zuwendungszweck

Ziele der Förderung sind:

- a) das kategorienübergreifende Aufzeigen und Bekämpfen von Diskriminierung bezogen auf die Kategorien des § 1 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes vom 14. August 2006 (BGBl. I S. 1897), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 3. April 2013 (BGBl. I S. 610) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
- b) das Begleiten und Unterstützen sowie die Förderung der Selbstbehauptung (Empowerment) von Personen mit Diskriminierungserfahrung,
- c) das Unterstützen und Qualifizieren von Beratungs- und Betreuungsangeboten, Selbsthilfegruppen, Organisationen und Unternehmen in Bezug auf den intersektional ausgerichteten Abbau von Diskriminierung sowie Netzwerkarbeit für die horizontale Antidiskriminierungsarbeit.

5.2 Gegenstand der Förderung

Gefördert werden für die kategorienübergreifende Antidiskriminierungsarbeit bedeutsame Vorhaben, insbesondere:

- a) überregionale Antidiskriminierungsvorhaben mit Bezug zu mehr als zwei diskriminierungsrelevanten Kategorien des § 1 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes vom 14. August 2006 (BGBl. I S. 1897), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 3. April 2013 (BGBl. I S. 610) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
- b) landesweit bedeutsame Antidiskriminierungsvorhaben mit Bezug zu mehr als zwei diskriminierungsrelevanten Kategorien,
- c) Antidiskriminierungsberatungsstellen mit folgendem Leistungsspektrum:
 - aa) Beratung und Unterstützung von Ratsuchenden, Beistandschaft vor Gericht nach § 23 Absatz 2 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes, in der jeweils geltenden Fassung,
 - bb) Informations- und Öffentlichkeitsarbeit,
 - cc) Kooperations- und Vernetzungsarbeit,

- dd) Schulungsarbeit sowie Arbeit mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren,
- ee) Dokumentation von Diskriminierungsvorfällen im Freistaat Sachsen
- d) sonstige Maßnahmen, insbesondere Tagungen, Seminare und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit.

5.3 Zuwendungsempfängende

Zuwendungen nach diesen Vorschriften können erhalten

- a) rechtsfähige Vereine und andere juristische Personen des privaten oder öffentlichen Rechts, die im Freistaat Sachsen tätig sind, als gemeinnützig anerkannt sind, und gleichstellungspolitisch relevante Arbeit leisten oder deren Satzung diesen Zweck beinhaltet,
- b) Gemeinden und Landkreise im Freistaat Sachsen für Projekte gemäß Nummer 5.2 Buchstabe a und d sowie
- c) die Koordinierungsstelle Chancengleichheit Sachsen.

5.4 Zuwendungsvoraussetzungen

- a) Förderfähig sind Maßnahmen, deren Schwerpunkt im Freistaat Sachsen liegt.
- b) Vorhaben gemäß Nummer 5.2 Buchstabe a und b werden gefördert, wenn sie von mindestens einer Fachkraft, die über einen Bachelorabschluss, einen vergleichbaren oder höheren Abschluss verfügt, durchgeführt werden. Die Bewilligungsbehörde kann in begründeten Einzelfällen Ausnahmen zulassen. Darüber hinaus müssen die Fachkräfte die Kompetenz zur Antidiskriminierungsarbeit zum Beispiel durch Qualifikationsnachweise, berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeiten nachweisen.
- c) Vorhaben gemäß Nummer 5.2 Buchstabe c werden gefördert, wenn sie von mehreren Fachkräften im Umfang von mindestens zwei Vollzeitäquivalenten durchgeführt werden, die über einen Bachelorabschluss, einen vergleichbaren oder höheren Abschluss verfügen. Die Bewilligungsbehörde kann in begründeten Einzelfällen Ausnahmen zulassen. Darüber hinaus müssen die Fachkräfte die Kompetenz zur Antidiskriminierungsberatung zum Beispiel durch Qualifikationsnachweise, berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeiten nachweisen.

5.5 Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

- a) Bemessungsgrundlage für die Zuwendung sind die zuwendungsfähigen Ausgaben einschließlich einer Verwaltungspauschale nach Buchstabe b. Zuwendungsfähig sind
 - aa) bei Vorhaben gemäß Nummer 5.2 Buchstabe a, b und c: Personal- und Sachausgaben,
 - bb) bei Vorhaben gemäß Nummer 5.2 Buchstabe d: Sachausgaben.
- b) Bei Vorhaben gemäß Nummer 5.2 Buchstabe a, b und c kann eine Verwaltungspauschale von bis zu 5 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben pro Jahr gewährt werden. Diese umfasst Ausgaben für geringwertige Wirtschaftsgüter, Repräsentationszwecke, Instandhaltungen und kleinere Reparaturen der Betriebs- und Geschäftsausstattung, betriebsärztliche Betreuung, Daten- und Informationssicherheit, Beiträge zur Berufsgenossenschaft und für Mitgliedschaften in Organisationen und Verbänden sowie Kosten externer Buchhaltung und Versicherungen.
- c) Für Vorhaben gemäß Nummer 5.2 Buchstabe a werden als Zuwendung bis zu 50 000 Euro pro Jahr

gewährt. Vorhaben können mit einer Dauer von bis zu drei Jahren bewilligt werden.

- d) Für Vorhaben gemäß Nummer 5.2 Buchstabe b werden als Zuwendung bis zu 200 000 Euro pro Jahr gewährt. Vorhaben können mit einer Dauer von bis zu drei Jahren bewilligt werden.
- e) Vorhaben gemäß Nummer 5.2. Buchstabe c können mit einer Dauer von bis zu drei Jahren bewilligt werden.
- f) Zuwendungen für Vorhaben gemäß Nummer 5.2 Buchstabe d werden nur bewilligt, wenn die zuwendungsfähigen Ausgaben im Einzelfall
 - aa) bei Zuwendungsempfängenden nach Nummer 5.3 Buchstaben a und c abweichend von Ziffer 1.2 Satz 1 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung sowie
 - bb) bei Zuwendungsempfängenden nach Nummer 5.3 Buchstabe b abweichend von Ziffer 1.1 Satz 2 der Anlage 3 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung (Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaates Sachsen an kommunale Körperschaften) mindestens 1 000 Euro betragen. Als Zuwendung werden bis zu 14 000 Euro gewährt.

5.6 Verfahren

- a) Anträge auf Gewährung einer Zuwendung für Vorhaben gemäß Nummer 5.2 Buchstabe a, b und c sind bei der Bewilligungsbehörde spätestens bis zum 31. August des laufenden Jahres für das Folgejahr beziehungsweise die Folgejahre zu stellen.
- b) Anträge auf Gewährung einer Zuwendung für Vorhaben gemäß Nummer 5.2 Buchstabe d können fortlaufend im jeweiligen Jahr bei der Bewilligungsbehörde gestellt werden.
- c) Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:
 - aa) für Vorhaben gemäß Nummer 5.2 Buchstabe a und b ein der Laufzeit des Vorhabens entsprechender Finanzierungsplan, Stellen- und Organisationsplan des Trägers sowie die Stellenbeschreibung einschließlich Personalbedarfsermittlung für die Durchführung des Projekts,
 - bb) bei Zuwendungen aus anderen Förderungen der Bescheid der jeweiligen Behörde oder, soweit dieser noch nicht vorliegt, zunächst der entsprechende Antrag mit unverzüglicher Nachreichung des Bescheids nach Zugang,
 - cc) für Vorhaben gemäß Nummer 5.2. Buchstabe c eine Konzeption mit Aussagen zu den Zielstellungen und Zielgruppen, den Standortbedingungen (personelle Ausstattung, Barrierefreiheit, Erreichbarkeit, Ausstattung, Öffnungszeiten) und der Ausgestaltung der Leistungen.
- d) Bei ausreichenden Haushaltsmitteln kann für Vorhaben gemäß Nummer 5.2 Buchstaben a, b und c nach entsprechendem Aufruf durch das für Gleichstellung zuständige Staatsministerium unabhängig vom unter Buchstabe a genannten Antragszeitpunkt eine Förderung erfolgen.
- e) Bei der Bewilligung ist auf Verschiedenartigkeit und angemessene regionale Verteilung der Vorhaben zu achten.

6. Modellvorhaben

6.1. Zuwendungszweck

Ziel der Förderung ist es, im Fall von durch das für Gleichstellung zuständige Staatsministerium festge-

stelltem besonderem Erkenntnis- und Erprobungsbedarf, in Form von Modellvorhaben innovative Methoden und Konzepte im Bereich Gleichstellung einschließlich der Antidiskriminierung zu fördern. Modellvorhaben sind Vorhaben, die einem zeitlich befristeten Ausprobieren neuer Lösungswege mit dem Zweck dienen, diese auf weitere Anwendungsfälle zu übertragen. Sie sind gekennzeichnet durch die Merkmale Erprobung und Weiterentwicklung. Eine wissenschaftliche Begleitung soll unter anderem die Übertragbarkeit der Erkenntnisse auf andere Organisationen oder Förderbereiche prüfen und Entscheidungshilfen für gesetzgeberische Regelungen geben.

6.2 Gegenstand der Förderung

Gefördert werden Modellvorhaben,

- a) die vorrangige landesbezogene Handlungsbedarfe betreffen und bestehende Gleichstellungsansätze vertiefen und systematisieren oder
- b) die innovative Gleichstellungsansätze in Themenfeldern mit bisher weniger wirksamen Gleichstellungsaktivitäten umfassen.

6.3 Zuwendungsempfängende

Zuwendungen nach diesen Vorschriften können juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts, insbesondere Vereine, Verbände, Kommunen, Stiftungen oder wissenschaftliche Einrichtungen und Forschungseinrichtungen erhalten.

6.4 Zuwendungsvoraussetzungen

- a) Förderfähig sind Maßnahmen, deren Schwerpunkt im Freistaat Sachsen liegt.
- b) Voraussetzung für die Gewährung einer Zuwendung ist die Feststellung eines Erkenntnis- und Erprobungsbedarfes seitens des für Gleichstellung zuständigen Staatsministeriums beispielsweise durch einen Förderaufruf.

6.5 Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

- a) Bemessungsgrundlage für die Zuwendung sind die zuwendungsfähigen Ausgaben. Zuwendungsfähig sind Personal- und Sachausgaben.
- b) Zuwendungen können mit einer Dauer von bis zu drei Jahren bewilligt werden.

6.6 Verfahren

- a) Anträge auf Gewährung einer Zuwendung können fortlaufend im jeweiligen Jahr bei der Bewilligungsbehörde gestellt werden.
- b) Erfolgt ein Förderaufruf des für Gleichstellung zuständigen Staatsministeriums, ist eine Antragstellung nur nach den dort konkretisierten Bestimmungen möglich.
- c) Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:
 - aa) ein der Laufzeit des Vorhabens entsprechender Finanzierungsplan, ein Ablaufplan sowie die Stellenbeschreibung einschließlich Personalbedarfsermittlung für die Durchführung des Projekts,
 - bb) ein fachlich fundiertes Konzept, das unter anderem die Relevanz des Projektes für die weitere Entwicklung der Gleichstellung im Freistaat Sachsen aufzeigt,
 - cc) Angaben zur Erforderlichkeit und Art der Einbindung einer wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation bei der Durchführung des Projekts,
 - dd) Aussagen zur Veröffentlichung und Weiterverwendung der Ergebnisse.

II.

Vorhaben zur Bekämpfung von sexualisierter und sonstiger geschlechtsspezifischer Gewalt sowie häuslicher Gewalt gemäß dem Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt

1. Schutzeinrichtungen

1.1 Frauen- und Kinderschutzeinrichtungen

1.1.1 Zuwendungszweck

Ziel der Förderung ist es, Fällen lebens- oder gesundheitsbedrohender Gewalt im häuslichen Bereich gegen Frauen und ihre Kinder schnell und wirksam zu begegnen. Hierzu fördert der Freistaat Sachsen gemäß Artikel 23 des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt Frauen- sowie Kinderschutzhäuser und -wohnungen (Frauen- und Kinderschutzeinrichtungen), die von häuslicher Gewalt bedrohte oder davon betroffene Frauen und ihre Kinder aufnehmen, beraten und unterstützen.

1.1.2 Gegenstand der Förderung

Gefördert werden

- a) der Betrieb von Frauen- und Kinderschutzeinrichtungen,
- b) Neubau, Umbau, Sanierung sowie die Ausstattung von Frauen- und Kinderschutzeinrichtungen.

1.1.3 Zuwendungsempfängende

Zuwendungen nach diesen Vorschriften können die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, die ihnen angeschlossenen Vereinigungen und andere rechtsfähige Personenvereinigungen erhalten.

1.1.4 Zuwendungsvoraussetzungen

- a) Frauen und ihren Kindern, die in einer Frauen- und Kinderschutzeinrichtung Hilfe suchen, sind folgende Leistungen gemäß dem Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt anzubieten:
 - aa) vorübergehende schützende und sichere Unterkunft,
 - bb) psychosoziale beratende Hilfen und Betreuung,
 - cc) Betreuung und Beratung der mitaufgenommenen Kinder,
 - dd) nachgehende ambulante Beratung.
- b) Frauen und ihre Kinder werden in den Einrichtungen in der Regel durch hauptberuflich angestellte Fachkräfte betreut und beraten. Solche Fachkräfte sind in der Regel:
 - aa) staatlich anerkannte Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen,
 - bb) staatlich anerkannte Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter,
 - cc) für die Betreuung der Kinder können auch staatlich anerkannte Erzieherinnen und Erzieher eingesetzt werden.
- c) Frauen- und Kinderschutzeinrichtungen stehen den Betroffenen in der Regel rund um die Uhr zur Verfügung.
- d) Die Aufenthaltsdauer von Frauen und ihren Kindern in den Einrichtungen überschreitet in der Regel vier Monate nicht. In begründeten Einzelfällen kann sie darüber hinausgehen.
- e) Die Frauen- und Kinderschutzeinrichtung muss in der Regel mindestens vier Familienplätze vorhal-

ten. Ein Familienplatz entspricht einem Zimmer. Dabei muss die Einrichtung in der Regel mindestens eine ganzjährig tätige Fachkraft im Umfang von 1,0 Vollzeitäquivalenten für jeweils drei Familienplätze beschäftigen. Sind Teilzeitkräfte angestellt, soll die Gesamtarbeitszeit mindestens dem Umfang eines Vollzeitäquivalentes für jeweils drei Familienplätze entsprechen.

- f) Bei Vorhaben nach Nummer 1.1.2 Buchstabe b ist die Substanzerhaltung bestehender Einrichtungen vorrangig, soweit dies wirtschaftlich ist.

1.1.5 Art, Umfang und Höhe der Förderung

- a) Abweichend von Großbuchstabe A Ziffer 3 Nummer 1 Satz 2 wird die Zuwendung für Vorhaben gemäß Nummer 1.1.2 Buchstabe a als Festbetragsfinanzierung gewährt.
- b) Bemessungsgrundlage für die Zuwendung sind die zuwendungsfähigen Ausgaben. Zuwendungsfähig sind
- aa) bei Vorhaben gemäß Nummer 1.1.2 Buchstabe a: Personal- und Sachausgaben,
- bb) bei Vorhaben gemäß Nummer 1.1.2 Buchstabe b: Sachausgaben.
- c) Für Vorhaben gemäß Nummer 1.1.2 Buchstabe a gilt folgendes:
- aa) Als Zuwendung werden pro vorgehaltenem Familienplatz bis zu 26 800 Euro pro Jahr gewährt. Der Betrag beinhaltet Personalausgaben für die in der Einrichtung tätigen Fachkräfte nach Nummer 1.1.4 und Sachausgaben für den laufenden Betrieb der Einrichtung sowie für Weiterbildung, Supervision, Übersetzungstätigkeiten und Projekte der Öffentlichkeitsarbeit. Der Höchstbetrag für einen Familienplatz kann nur gewährt werden, wenn die volle Personalbesetzung nach Nummer 1.1.4 Buchstabe f vorgehalten wird. Ist dies nicht der Fall, so wird die Zuwendung pro Familienplatz in Bezug auf den Personalkostenanteil nur anteilig gewährt.
- bb) Soweit die Einrichtung ständig erreichbar ist, wird zur Abgeltung von Rufbereitschaft zusätzlich zum Grundbetrag eine weitere Zuwendung von bis zu 28 000 Euro pro Jahr gewährt.
- cc) Für Verwaltung und Organisation können zusätzlich jährlich bis zu 27 000 Euro pro Einrichtung mit bis zu zehn Familienplätzen sowie jährlich bis zu 54 000 Euro pro Einrichtung ab elf Familienplätzen gewährt werden. Hierfür können Personal angestellt oder alternativ Honorarkräfte eingesetzt oder externe Dienstleister vertraglich gebunden werden.
- dd) Befindet sich eine Frauen- und Kinderschutzeinrichtung an mehreren Standorten, so werden ab dem zweiten Standort pro Standort zusätzlich jährlich pauschal 5 000 Euro für Sachkosten gewährt.
- d) Für Vorhaben gemäß Nummer 1.1.2 Buchstabe b gilt folgendes:
- aa) Bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten werden die als notwendig anerkannten Ausgaben für die nichtöffentliche Erschließung des Baugrundstücks, das Bauwerk, Außenanlagen und für Baunebenkosten für Architekten- und Ingenieurleistungen in Höhe von bis zu zwölf Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben gewährt. Zuwendungsfähig sind weiterhin Ausgaben zur Erst- und Ersatz-

beschaffung von Ausstattung. Ebenfalls zuwendungsfähig sind Ausgaben zur Anschaffung von Dienstkraftfahrzeugen bis zu 25 000 Euro.

- bb) Zuwendungen werden nur bewilligt, wenn der Zuwendungsempfänger eine Gewähr für eine zweckentsprechende Nutzung des Objektes bietet, das Grundstück Eigentum des Zuwendungsempfängers ist oder eine dem Nutzungszweck entsprechende Nutzung vertraglich gesichert ist, die Laufzeit des Vertrages mindestens der jeweils einschlägigen Zweckbindungsfrist gemäß der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung entspricht und die zuwendungsfähigen Ausgaben für das oder die Vorhaben mehr als 5 000 Euro betragen.
- e) Die für den Freistaat Sachsen insgesamt vorzuhaltende Platzzahl wird im Rahmen einer vom für Gleichstellung zuständigen Staatsministerium vorzunehmenden Bedarfsplanung zum Zeitpunkt der Antragsstellung festgelegt. Ein Platz entspricht einem Familienplatz.
- f) Vorhaben können mit einer Dauer von bis zu drei Jahren bewilligt werden.

1.1.6 Verfahren

- a) Erstanträge auf Gewährung einer Zuwendung gemäß Nummer 1.1.2 Buchstabe a können fortlaufend im jeweiligen Jahr gestellt werden. Anträge für die fortlaufende Förderung sind bis zum 31. August des laufenden Jahres für das Folgejahr beziehungsweise die Folgejahre bei der Bewilligungsbehörde zu stellen.
- b) Dem Antrag ist eine Stellungnahme der kommunalen Gebietskörperschaft, in der die Frauen- und Kinderschutzeinrichtung angesiedelt ist, beizufügen. Die Stellungnahme soll die Höhe der kommunalen Kostenbeteiligung am Betrieb der jeweiligen Frauen- und Kinderschutzeinrichtung enthalten.
- c) Bei Änderungen des Leistungskataloges ist die entsprechende Konzeption der Einrichtung beizufügen.
- d) Anträge auf Gewährung einer Zuwendung für Vorhaben gemäß Nummer 1.1.2 Buchstabe b können fortlaufend im jeweiligen Jahr bei der Bewilligungsbehörde gestellt werden.

1.2 Weitere spezialisierte Schutzeinrichtungen

1.2.1 Zuwendungszweck

Ziel der Förderung ist es, Fällen lebens- oder gesundheitsbedrohender Gewalt im häuslichen Bereich gegen spezielle Zielgruppen schnell und wirksam zu begegnen. Zu den speziellen Zielgruppen gehören insbesondere Personen mit Flucht- oder Migrationserfahrung sowie von häuslicher Gewalt betroffene Männer, jeweils mit ihren Kindern. Zusätzlich können Wohn- und Betreuungsangebote nach dem Aufenthalt in einer Schutzeinrichtung in Form von Anschlusswohnen erfolgen. Hierzu fördert der Freistaat Sachsen spezialisierte Schutzeinrichtungen, um betroffene Personen aufzunehmen, zu beraten und zu unterstützen.

1.2.2 Gegenstand der Förderung

Gefördert werden

- a) der Betrieb der spezialisierten Schutzeinrichtungen,
- b) Neubau, Umbau, Sanierung und die Ausstattung der spezialisierten Schutzeinrichtungen.

1.2.3 Zuwendungsempfängende

Zuwendungen nach diesen Vorschriften können die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, die ihnen angeschlossenen Vereinigungen und andere rechtsfähige Personenvereinigungen erhalten.

1.2.4 Zuwendungsvoraussetzungen

- a) Personen, die bei einer spezialisierten Schutzeinrichtung Hilfe suchen, sind folgende Leistungen anzubieten:
 - aa) vorübergehende schützende und sichere Unterkunft,
 - bb) psychosoziale beratende Hilfen und Betreuung,
 - cc) Betreuung und Beratung der mitaufgenommenen Kinder,
 - dd) ambulante und nachgehende Beratung.
- b) Personen, die bei einer spezialisierten Schutzeinrichtung Hilfe suchen, werden in der Regel durch hauptberuflich angestellte Fachkräfte betreut. Fachkräfte für die Beratung und Betreuung der erwachsenen Personen sowie der Kinder sind grundsätzlich:
 - aa) staatlich anerkannte Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen,
 - bb) staatlich anerkannte Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter,
 - cc) für die Betreuung der Kinder können auch staatlich anerkannte Erzieherinnen und Erzieher eingesetzt werden.
- c) Spezialisierte Schutzeinrichtungen sollen den Betroffenen rund um die Uhr zur Verfügung stehen.
- d) Die spezialisierten Schutzeinrichtungen müssen in der Regel mindestens drei Familienplätze vorhalten. Ein Familienplatz entspricht einem Zimmer.

1.2.5 Art, Umfang und Höhe der Förderung

- a) Bemessungsgrundlage für die Zuwendung sind die zuwendungsfähigen Ausgaben. Zuwendungsfähig sind
 - aa) bei Vorhaben gemäß Nummer 1.2.2 Buchstabe a: Personal- und Sachausgaben,
 - bb) bei Vorhaben gemäß Nummer 1.2.2 Buchstabe b: Sachausgaben.
- b) Für Vorhaben gemäß Nummer 1.2.2 Buchstabe a gilt folgendes:
Gewährt werden Zuwendungen zu den Personalausgaben für die unter Nummer 1.2.4 Buchstabe e tätigen Fachkräfte und Sachausgaben für den laufenden Betrieb der Einrichtung sowie für Weiterbildung, Supervision, Übersetzungstätigkeiten und Öffentlichkeitsarbeit. Daneben können für Verwaltung und Organisation jährlich bis zu 27 000 Euro pro Einrichtung mit bis zu zehn Familienplätzen sowie bis zu 54 000 Euro pro Einrichtung ab elf Familienplätzen gefördert werden. Hierfür kann Personal angestellt beziehungsweise alternativ Honorarkräfte eingesetzt oder externe Dienstleister vertraglich gebunden werden.
- c) Für Vorhaben gemäß Nummer 1.2.2 Buchstabe b gilt folgendes:
 - aa) Bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten werden die als notwendig anerkannten Ausgaben für die nichtöffentliche Erschließung des Baugrundstücks, das Bauwerk, Außenanlagen und für Baunebenkosten für Architekten- und Ingenieurleistungen in Höhe von bis zu 12 Prozent der zuwendungsfähigen

Ausgaben gewährt. Zuwendungsfähig sind weiterhin Ausgaben zur Erst- und Ersatzbeschaffung von Ausstattung. Ebenfalls zuwendungsfähig sind Ausgaben zur Anschaffung von Dienstkraftfahrzeugen bis zu 25 000 Euro.

- bb) Zuwendungen dürfen nur bewilligt werden, wenn der Zuwendungsempfängende eine Gewähr für eine zweckentsprechende Nutzung des Objektes bietet und das Grundstück Eigentum des Zuwendungsempfängenden ist oder eine dem Nutzungszweck entsprechende Nutzung vertraglich gesichert ist und die Laufzeit des Vertrages mindestens der jeweils einschlägigen Zweckbindungsfrist gemäß der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung entspricht und die zuwendungsfähigen Ausgaben für das oder die Vorhaben mehr als 5 000 Euro betragen.

- d) Vorhaben können mit einer Dauer von bis zu drei Jahren bewilligt werden.

1.2.6 Verfahren

- a) Erstanträge auf Gewährung einer Zuwendung gemäß Nummer 1.2.2 Buchstabe a können fortlaufend im jeweiligen Jahr gestellt werden. Anträge für die fortlaufende Förderung sind bis zum 31. August des laufenden Jahres für das Folgejahr beziehungsweise die Folgejahre bei der Bewilligungsbehörde zu stellen.
- b) Bei Änderungen des Leistungskataloges ist die entsprechende Konzeption der Einrichtung beizufügen.
- c) Anträge auf Gewährung einer Zuwendung für Vorhaben gemäß Nummer 1.2.2 Buchstabe b können fortlaufend im jeweiligen Jahr bei der Bewilligungsbehörde gestellt werden.

2. Beratungs-, Interventions- und Koordinierungsstellen zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt**2.1 Interventions- und Koordinierungsstellen****2.1.1 Zuwendungszweck**

Ziel der Förderung ist es, den von häuslicher Gewalt Betroffenen die erforderliche Beratung und Hilfe gemäß dem Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt anbieten zu können. Hierzu bedarf es im Freistaat Sachsen der Interventions- und Koordinierungsstellen. Das Wirken der Interventions- und Koordinierungsstellen geht weit über den Ansatz des allgemeinen Betroffenenenschutzes hinaus und beinhaltet zusätzlich zur betroffenenorientierten Beratung die Kooperation und Vernetzung aller im Kontext häuslicher Gewalt beteiligten staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen auf regionaler und überregionaler Ebene.

2.1.2 Gegenstand der Förderung

Gefördert werden

- a) der Betrieb von Interventions- und Koordinierungsstellen im Freistaat Sachsen,
- b) Investitionen zur Beschaffung von Ausstattung der Interventions- und Koordinierungsstellen.

2.1.3 Zuwendungsempfängende

Zuwendungen nach diesen Vorschriften können die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, die

ihnen angeschlossenen Vereinigungen und andere rechtsfähige Personenvereinigungen erhalten.

2.1.4 Zuwendungsvoraussetzungen

- a) Der Zuständigkeitsbereich einer Interventions- und Koordinierungsstelle soll sich in der Regel auf einen Landkreis erstrecken.
- b) Die Interventions- und Koordinierungsstellen stehen Personen aller Geschlechter offen.
- c) Die Interventions- und Koordinierungsstellen arbeiten eng mit der Polizei, den Frauen-, Männer- und Kinderschutzeinrichtungen und den Beratungsstellen für Gewaltausübende zusammen.
- d) Interventions- und Koordinierungsstellen decken folgendes Leistungsspektrum ab:
 - aa) proaktive Beratung der betroffenen Person nach Kriseninterventionen durch die Polizei sowie Beratungs- und Betreuungsarbeit unter Anwendung der Möglichkeiten, die das Gewaltschutzgesetz vom 11. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3513), das durch Artikel 15 Absatz 18 des Gesetzes vom 4. Mai 2021 (BGBl. I S. 882) geändert worden ist, bietet,
 - bb) Beratung von Kindern und Jugendlichen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind sowie Vermittlung von weiterführenden Hilfen in Kooperation mit den Netzwerken „Kinderschutz und Frühe Hilfen“,
 - cc) Kooperations- und Vernetzungsarbeit mit den Polizeidirektionen und -dienststellen sowie weiteren Institutionen und Einrichtungen, die mit der Problematik häuslicher Gewalt sowie der Situation der von häuslicher Gewalt mit betroffenen Kindern konfrontiert sind,
 - dd) Schulungsarbeit und Multiplikatorentätigkeiten im Rahmen des Netzwerkes.
- e) In den Interventions- und Koordinierungsstellen muss jeweils in der Regel mindestens eine ganzjährig tätige Fachkraft im Umfang von 1,0 Vollzeitäquivalenten angestellt sein. Sind Teilzeitkräfte angestellt, soll die Gesamtarbeitszeit mindestens dem Umfang eines Vollzeitäquivalentes entsprechen. Fachkräfte sind grundsätzlich:
 - aa) staatlich anerkannte Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen,
 - bb) staatlich anerkannte Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter.

2.1.5 Art, Umfang und Höhe der Förderung

- a) Bemessungsgrundlage für die Zuwendung sind die zuwendungsfähigen Ausgaben, bei Vorhaben gemäß Nummer 2.1.2 Buchstabe a einschließlich einer Verwaltungs- und Sachkostenpauschale nach Buchstabe b. Zuwendungsfähig sind
 - aa) bei Vorhaben gemäß Nummer 2.1.2 Buchstabe a: Personal- und Sachausgaben,
 - bb) bei Vorhaben gemäß Nummer 2.1.2 Buchstabe b: Sachausgaben.
- b) Für Vorhaben gemäß Nummer 2.1.2 Buchstabe a gilt folgendes:

Als Zuwendung werden bis zu 170 000 Euro pro Jahr gewährt. Zuwendungsfähig sind Personalausgaben für in der jeweiligen Einrichtung angestellte Fachkräfte, Ausgaben für ortsübliche Miet- und Mietnebenkosten der Beratungsräume, Übersetzungstätigkeiten, Ausgaben für Weiterbildung und Supervision, Öffentlichkeitsarbeit sowie eine Verwaltungs- und Sachkostenpauschale von bis zu 15 Prozent der zuwendungsfähigen Personalausgaben für alle sonstigen notwendigen Sach- und Verwaltungsausgaben zur Um-

setzung des Vorhabens, insbesondere sächliche Verwaltungsausgaben, Fahrt- und Reisekosten, Verbrauchsmaterialien und Versicherungen.

- c) Für Vorhaben gemäß Nummer 2.1.2 Buchstabe b gilt folgendes:
 - aa) Zuwendungsfähig sind Ausgaben für Erst- und Ersatzbeschaffung von Ausstattung. Ebenfalls zuwendungsfähig sind Ausgaben zur Anschaffung von Dienstkraftfahrzeugen bis zu 25 000 Euro.
 - bb) Zuwendungen werden nur bewilligt, wenn die zuwendungsfähigen Ausgaben für das oder die Vorhaben mehr als 5 000 Euro betragen.
- d) Vorhaben können mit einer Dauer von bis zu drei Jahren bewilligt werden.

2.1.6 Verfahren

- a) Erstanträge auf Gewährung einer Zuwendung gemäß Nummer 2.1.2 Buchstabe a können fortlaufend im Jahr gestellt werden. Anträge für die fortlaufende Förderung sind bis zum 31. August des laufenden Jahres für das Folgejahr beziehungsweise die Folgejahre bei der Bewilligungsbehörde zu stellen.
- b) Im Antrag ist der Zuständigkeitsbereich zu benennen.
- c) Dem Antrag sind eine Stellungnahme der zuständigen Polizeidirektion und des im Einzugsgebiet liegenden Landkreises beziehungsweise der kreisfreien Stadt inkl. des Umfangs der kommunalen Kostenbeteiligung an der jeweiligen Interventions- und Koordinierungsstelle beizufügen.
- d) Anträge auf Gewährung einer Zuwendung für Vorhaben gemäß Nummer 2.1.2 Buchstabe b können fortlaufend im jeweiligen Jahr bei der Bewilligungsbehörde gestellt werden.

2.2 Beratungsstellen für Gewaltausübende

2.2.1 Zuwendungszweck

Ziel der Förderung ist es, durch Beratungsstellen zur täterorientierten Anti-Gewalt-Arbeit (Beratungsstellen für Gewaltausübende) an den Ursachen der Gewaltsituation zu arbeiten. Die Beratungsstellen für Gewaltausübende ergänzen das Hilfenetz für Betroffene von häuslicher sowie von sexualisierter Gewalt. Ziel dieser Beratungsstellen ist es, Veränderungen bei gewalttätigen Männern und Frauen herbeizuführen, in deren Folge diese in der Lage sind, Verantwortung für das eigene Gewalthandeln oder sexuell grenzverletzende Verhalten zu übernehmen, sich in die betroffene Person einzufühlen und Konflikte partnerschaftlich und gewaltfrei zu lösen. Die Beratung richtet sich an volljährige Gewaltausübende häuslicher Gewalt sowie volljährige Gewaltausübende, welche Frauen gegenüber sexuell übergriffig handeln.

2.2.2 Gegenstand der Förderung

Gefördert werden

- a) der Betrieb der Beratungsstellen für Gewaltausübende im Freistaat Sachsen
- b) Investitionen zur Beschaffung von Ausstattung der Beratungsstellen für Gewaltausübende.

2.2.3 Zuwendungsempfängende

Zuwendungen nach diesen Vorschriften können die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, die ihnen angeschlossenen Vereinigungen und andere rechtsfähige Personenvereinigungen erhalten.

2.2.4 Zuwendungsvoraussetzungen

- a) Die Beratungsstellen für Gewaltausübende arbeiten im Bereich der häuslichen Gewalt eng mit den Interventions- und Koordinierungsstellen zusammen.
- b) Beratungsstellen für Gewaltausübende bieten folgendes Leistungsspektrum an:
 - aa) Einzelberatungsgespräche,
 - bb) Paargespräche,
 - cc) Durchführung von Trainingskursen und Gruppenberatung,
 - dd) Öffentlichkeitsarbeit,
 - ee) Präventionsangebote wie Schulungsarbeit und Multiplikatorentätigkeit im Rahmen des Netzwerks,
 - ff) Koordinierende Tätigkeiten zum Auf- und Ausbau des Netzwerks.
- c) Zuwendungen können gewährt werden, wenn die Beratungsstellen für Gewaltausübende in der Regel mit mindestens zwei beim Zuwendungsempfängenden angestellten ganzjährig tätigen Fachkräften, deren Stellenumfang zumindest dem eines Vollzeitäquivalentes entspricht, besetzt sind. Fachkräfte sind grundsätzlich:
 - aa) Fachkräfte mit abgeschlossenem Studium der Psychologie,
 - bb) staatlich anerkannte Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen,
 - cc) staatlich anerkannte Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter.
 Darüber hinaus müssen die Fachkräfte, welche mit sexuell grenzverletzenden Täterinnen und Tätern arbeiten, die Kompetenz für diese spezifische Beratung insbesondere durch Qualifikationsnachweise, berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeiten nachweisen.

2.2.5 Art, Umfang und Höhe der Förderung

- a) Bemessungsgrundlage für die Zuwendung sind die zuwendungsfähigen Ausgaben, bei Vorhaben gemäß Nummer 2.2.2 Buchstabe a einschließlich einer Verwaltungs- und Sachkostenpauschale nach Buchstabe b. Zuwendungsfähig sind
 - aa) bei Vorhaben gemäß Nummer 2.2.2 Buchstabe a: Personal- und Sachausgaben,
 - bb) bei Vorhaben gemäß Nummer 2.2.2 Buchstabe b: Sachausgaben.
- b) Für Vorhaben gemäß Nummer 2.2.2 Buchstabe a gilt folgendes:
 Als Zuwendung werden bis zu 300 000 Euro gewährt. Zuwendungsfähig sind Personalausgaben für angestellte Fachkräfte und auf Honorarbasis beschäftigte Fachkräfte sowie Ausgaben für ortsübliche Miet- und Mietnebenkosten der Beratungsräume, Übersetzungstätigkeiten, Ausgaben für Weiterbildung und Supervision, Projekte der Öffentlichkeitsarbeit sowie eine Verwaltungs- und Sachkostenpauschale von bis zu 15 Prozent der zuwendungsfähigen Personalausgaben pro Jahr für alle sonstigen notwendigen Sach- und Verwaltungsausgaben zur Umsetzung des Vorhabens, insbesondere sächliche Verwaltungsausgaben, Fahrt- und Reisekosten, Verbrauchsmaterialien und Versicherungen.
- c) Für Vorhaben gemäß Nummer 2.2.2 Buchstabe b gilt Folgendes:
 - aa) Zuwendungsfähig sind Ausgaben für Erst- und Ersatzbeschaffung von Ausstattung. Ebenfalls zuwendungsfähig sind Ausgaben zur Anschaffung von Dienstkraftfahrzeugen bis zu 25 000 Euro.

bb) Zuwendungen werden nur bewilligt, wenn die zuwendungsfähigen Ausgaben für das oder die Vorhaben mehr als 5 000 Euro betragen.

- d) Vorhaben können mit einer Dauer von bis zu drei Jahren bewilligt werden.

2.2.6 Verfahren

- a) Erstanträge auf Gewährung einer Zuwendung gemäß Nummer 2.2.2 Buchstabe a können fortlaufend im Jahr gestellt werden. Anträge für die fortlaufende Förderung sind bis zum 31. August des laufenden Jahres für das Folgejahr beziehungsweise die Folgejahre bei der Bewilligungsbehörde zu stellen.
- b) Anträge auf Gewährung einer Zuwendung für Vorhaben gemäß Nummer 2.2.2 Buchstabe b können fortlaufend im jeweiligen Jahr bei der Bewilligungsbehörde gestellt werden.
- c) Bei Änderungen des Leistungskataloges ist dem Antrag die entsprechende Konzeption der Beratungsstellen für Gewaltausübende beizufügen.
- d) Bei der Bewilligung ist auf eine angemessene regionale Verteilung der Beratungsstellen für Gewaltausübende zu achten.

- 2.3 Beratungsstelle für Opfer von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung, von Zwangsprostitution und für Betroffene von Gewalt im Namen der sogenannten „Ehre“

2.3.1 Zuwendungszweck

Ziel der Förderung ist es, volljährigen Betroffenen von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung, von Zwangsprostitution und Gewalt im Namen der sogenannten „Ehre“ wirksam helfen zu können. Hierzu ist im Freistaat Sachsen eine Beratungsstelle erforderlich. Den Betroffenen soll eine qualifizierte psychosoziale Beratung und Betreuung angeboten sowie eine sichere Unterbringungsmöglichkeit vermittelt werden. Gegebenenfalls werden sie in Strafverfahren begleitet und, wenn erforderlich, wird ihnen Hilfe für eine sichere Rückkehr ins Herkunftsland angeboten. Von Gewalt im Namen der sogenannten „Ehre“ betroffenen oder bedrohten Personen soll psychosoziale Beratung und Betreuung, sichere Unterbringung sowie Unterstützung bei administrativen und sicherheitsrelevanten Fragestellungen angeboten werden.

2.3.2 Gegenstand der Förderung

Gefördert werden

- a) der Betrieb einer Beratungsstelle im Freistaat Sachsen,
- b) der Betrieb mindestens einer, das Angebot der Beratungsstelle ergänzenden, Schutzwohnung für den unter Nummer 2.3.1 genannten Personenkreis,
- c) die Ausstattung der Beratungsstelle,
- d) der Neubau, der Umbau, Sanierung sowie Ausstattung von Schutzwohnungen nach Buchstabe b.

2.3.3 Zuwendungsempfängende

Zuwendungen nach diesen Vorschriften können die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, die ihnen angeschlossenen Vereinigungen und andere rechtsfähige Personenvereinigungen erhalten.

2.3.4 Zuwendungsvoraussetzungen

- a) Die Beratungsstelle ist sachsenweit tätig.
- b) Die Beratungsstelle hat folgendes Leistungsspektrum anzubieten:
 - aa) Beratung und Betreuung von Betroffenen von Menschenhandel und Zwangsprostitution im Sinne dieser Richtlinie (außerhalb des Zeugenschutzprogramms der Polizei),
 - bb) Beratung und Betreuung von Betroffenen von Gewalt im Namen der sogenannten „Ehre“ im Sinne dieser Richtlinie,
 - cc) aufsuchende Arbeit bei in der Prostitution tätigen Personen,
 - dd) das Betreiben mindestens einer, das Angebot der Beratungsstelle ergänzenden, Schutzwohnung für den unter Nummer 2.3.1 genannten Personenkreis,
 - ee) nationale und internationale Vernetzungsarbeit, präventive Arbeit und Öffentlichkeitsarbeit.
- c) Zuwendungen können gewährt werden, wenn die Beratungsstelle mit beim Zuwendungsempfangenden tätigen Fachkräften besetzt ist, deren Gesamtarbeitszeit in der Regel mindestens dem Umfang von drei Vollzeitkräften entspricht. Fachkräfte sind grundsätzlich:
 - aa) staatlich anerkannte Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen,
 - bb) staatlich anerkannte Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter.

2.3.5 Art, Umfang und Höhe der Förderung

- a) Bemessungsgrundlage für die Zuwendung für Vorhaben nach Nummer 2.3.2 Buchstabe a und b sind die zuwendungsfähigen Ausgaben, bei Vorhaben gemäß Nummer 2.3.2 Buchstabe a zusammen mit Vorhaben nach Buchstabe b einschließlich einer Verwaltungs- und Sachkostenpauschale nach Buchstabe b. Zuwendungsfähig sind
 - aa) bei Vorhaben gemäß Nummer 2.3.2 Buchstabe a und b: Personal- und Sachausgaben,
 - bb) bei Vorhaben gemäß Nummer 2.3.2 Buchstabe c und d: Sachausgaben.
- b) Für Vorhaben gemäß Nummer 2.3.2 Buchstabe a zusammen mit Vorhaben nach Buchstabe b gilt folgendes:

Als Zuwendung werden bis zu 330 000 Euro pro Jahr gewährt zuwendungsfähig sind Personalausgaben für hauptberuflich angestellte Fachkräfte, Ausgaben für ortsübliche Miet- und Mietnebenkosten der Beratungsräume und der Schutzwohnungen, Übersetzungstätigkeiten, Ausgaben für Weiterbildung und Supervision, Öffentlichkeitsarbeit sowie eine Verwaltungs- und Sachkostenpauschale von grundsätzlich bis zu 15 Prozent der zuwendungsfähigen Personalausgaben pro Jahr für alle sonstigen notwendigen Sach- und Verwaltungsausgaben zur Umsetzung des Vorhabens, insbesondere Fahrt- und Reisekosten, Verbrauchsmaterialien und Versicherungen.
- c) Für Zuwendungen für Vorhaben nach Nummer 2.3.2 Buchstabe c und d gilt folgendes:
 - aa) Bei Vorhaben nach Nummer 2.3.2 Buchstabe c sind Ausgaben für Erst- und Ersatzbeschaffung von Ausstattung zuwendungsfähig. Ebenfalls zuwendungsfähig sind Ausgaben zur Anschaffung von Dienstkraftfahrzeugen bis zu 25 000 Euro. Zuwendungen werden nur bewilligt, wenn die Zuwen-

dung für das oder die Vorhaben mehr als 5 000 Euro beträgt.

- bb) Bei Vorhaben nach Nummer 2.3.2 Buchstabe d werden für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten die als notwendig anerkannten Ausgaben für die nichttechnische Erschließung des Baugrundstücks, das Bauwerk, das Inventar bei Erstaussstattung, Außenanlagen und für Baunebenkosten für Architekten- und Ingenieurleistungen in Höhe von bis zu zwölf Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben gewährt. Zuwendungsfähig sind weiterhin Ausgaben der Ersatzbeschaffung. Zuwendungen werden nur bewilligt, wenn die oder der Zuwendungsempfangende eine Gewähr für eine zweckentsprechende Nutzung des Objektes bietet, das Grundstück Eigentum der oder des Zuwendungsempfangenden ist oder eine dem Nutzungszweck entsprechende Nutzung vertraglich gesichert ist und die Laufzeit des Vertrages mindestens der jeweils einschlägigen Zweckbindungsfrist gemäß der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung entspricht und die zuwendungsfähigen Ausgaben für das oder die Vorhaben mehr als 5 000 Euro betragen.
- d) Vorhaben können mit einer Dauer von bis zu drei Jahren bewilligt werden.

2.3.6 Verfahren

- a) Der Antrag auf Gewährung der fortlaufenden Zuwendung für Vorhaben gemäß Nummer 2.3.2 Buchstabe a und b ist bis zum 31. August des laufenden Jahres für das Folgejahr oder die Folgejahre bei der Bewilligungsbehörde zu stellen. Erstanträge auf Gewährung von Zuwendungen für weitere angebotsergänzende Schutzwohnungen gemäß Nummer 2.3.2 Buchstabe b können fortlaufend im jeweiligen Jahr gestellt werden, aber nur unterjährig bewilligt werden, soweit der Höchstbetrag gemäß Nummer 2.3.5 Buchstabe b noch nicht ausgeschöpft wurde.
- b) Anträge auf Zuwendungen für Vorhaben gemäß Nummer 2.3.2 Buchstabe c und d können fortlaufend im jeweiligen Jahr bei der Bewilligungsbehörde gestellt werden.

2.4 Weitere spezialisierte Fachberatungsstellen und -angebote für Betroffene von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen

2.4.1 Zuwendungszweck

Ziel der Förderung ist es:

- a) die von geschlechtsspezifischer, hier insbesondere sexualisierter, Gewalt betroffenen volljährigen Frauen umfassend zu betreuen und zu beraten und in der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen. Hierzu zählen auch volljährige Betroffene, welche in der Kindheit geschlechtsspezifische oder sexualisierte Gewalt erfahren haben,
- b) eine spezialisierte Hilfe anzubieten. Dabei geht das Wirken der Fachberatungsstellen über den allgemeinen Betroffenenenschutz hinaus und beinhaltet neben der betroffenenorientierten Betreuung und Beratung, Krisenintervention, Begleitung der schuttsuchenden Betroffenen und Hilfen zur Aufarbeitung der Gewalterfahrung auch das Vernetzen der Hilfsangebote sowie Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit, um unterschiedliche Berei-

che der Gesellschaft für geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen, deren Ursachen sowie sexuelle Grenzverletzungen und die daraus resultierenden Folgen zu sensibilisieren,

- c) geschlechtsspezifische und sexualisierte Gewalt zu enttabuisieren, damit Betroffene besser erreicht werden, geschlechtsspezifische und sexuelle Gewalt frühzeitig erkannt wird und ihr vorgebeugt werden kann.

2.4.2 Gegenstand der Förderung

Gefördert wird der Betrieb von Fachberatungsstellen im Freistaat Sachsen.

2.4.3 Zuwendungsempfängende

Zuwendungen nach diesen Vorschriften können die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, die ihnen angeschlossenen Vereinigungen und andere rechtsfähige Personenvereinigungen erhalten.

2.4.4 Zuwendungsvoraussetzungen

- a) Die Beratungseinrichtungen arbeiten eng mit thematisch im Zusammenhang stehenden Diensten und Einrichtungen zusammen, beispielsweise mit der Polizei, dem Gesundheitsbereich sowie dem Hilfe- und Schutzsystem, welches gemäß Nummer 1.1 und 1.2 sowie 2.1 bis 2.3 gefördert wird.
- b) Die Fachberatungsstellen decken grundsätzlich folgendes Leistungsspektrum ab:
 - aa) Hilfe in Form von Beratung in Einzelgesprächen, Gruppengesprächen von Betroffenen und Begleitung zu anderen Diensten,
 - bb) Kooperations- und Vernetzungsarbeit von Beratungsangeboten und Hilfestrukturen im Rahmen des Netzwerks, sodass Betroffene geschlechtsspezifischer beziehungsweise sexualisierter Gewalt schnell und unkompliziert Hilfe erfahren,
 - cc) Schulungsarbeit und Multiplikatorentätigkeit im Rahmen des Netzwerks,
 - dd) Entwicklung und Durchführung von Präventionsangeboten, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit.
- c) In den Fachberatungsstellen muss mindestens eine ganzjährig tätige, teilzeitbeschäftigte Fachkraft angestellt sein. Die Gesamtarbeitszeit soll mindestens dem Umfang eines halben Vollzeitäquivalentes entsprechen. Fachkräfte sind grundsätzlich:
 - aa) staatlich anerkannte Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen,
 - bb) staatlich anerkannte Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter,
 - cc) Fachkräfte mit abgeschlossenem Studium der Psychologie.
- d) Jede geförderte Fachberatungsstelle muss über ein durch die Bewilligungsbehörde gebilligtes Konzept verfügen und sich im Rahmen der Antragsstellung dazu verpflichten, nach diesem Konzept zu arbeiten. Das Verfahren zur Billigung des Konzepts erfolgt nach näheren Vorgaben des für Gleichstellung zuständigen Staatsministeriums an die Bewilligungsbehörde und wird zusammen mit den Beantragungshinweisen auf der Internetseite der Bewilligungsstelle öffentlich bekannt gemacht.

2.4.5 Art, Umfang und Höhe der Förderung

- a) Bemessungsgrundlage für die Zuwendung sind die zuwendungsfähigen Ausgaben, einschließlich einer Verwaltungs- und Sachkostenpauschale

nach Buchstabe b. Zuwendungsfähig sind Personal- und Sachausgaben.

- b) Als Zuwendung werden bis zu 120 000 Euro pro Jahr gewährt. Zuwendungsfähig sind Personalausgaben für angestellte Fachkräfte und auf Honorarbasis beschäftigte Fachkräfte sowie Ausgaben für ortsübliche Miet- und Mietnebenkosten der Beratungsräume, Übersetzungstätigkeiten, Ausgaben für Weiterbildung und Supervision, Öffentlichkeitsarbeit sowie eine Verwaltungs- und Sachkostenpauschale von bis zu 15 Prozent der zuwendungsfähigen Personalausgaben für alle sonstigen notwendigen Sach- und Verwaltungsausgaben zur Umsetzung des Vorhabens, insbesondere Fahrt- und Reisekosten, Verbrauchsmaterialien Versicherungen.
- c) Vorhaben können mit einer Dauer von bis zu drei Jahren bewilligt werden.

2.4.6 Verfahren

- a) Erstanträge auf Gewährung einer Zuwendung gemäß Nummer 2.4.2 können fortlaufend im Jahr gestellt werden. Anträge für die fortlaufende Förderung sind bis zum 31. August des laufenden Jahres für das Folgejahr beziehungsweise die Folgejahre bei der Bewilligungsbehörde zu stellen.
- b) Bei der Bewilligung ist auf eine angemessene regionale Verteilung der Fachberatungsstellen zu achten.

2.5 Landesweite Fachstelle der Landesarbeitsgemeinschaft gewaltfreies Zuhause Sachsen

2.5.1 Zuwendungszweck

Gefördert wird eine Einrichtung, die die Koordination der Landesarbeitsgemeinschaft gewaltfreies Zuhause Sachsen zum Inhalt hat. Die Fachstelle ergänzt die Arbeit der Landeskoordinierungsstelle entsprechend Artikel 10 des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, um eine kontinuierliche und breite Netzwerk- und überregionale Kooperationsarbeit zwischen den Trägern sowie den am Thema arbeitenden Institutionen und Behörden auf kommunaler und auf Landesebene zu unterstützen.

2.5.2 Gegenstand der Förderung

Gefördert werden

- a) der Betrieb der Fachstelle der Landesarbeitsgemeinschaft gewaltfreies Zuhause Sachsen,
- b) Projekte der Öffentlichkeitsarbeit.

2.5.3 Zuwendungsempfängende

Zuwendungen nach diesen Vorschriften können die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, die ihnen angeschlossenen Vereinigungen und andere rechtsfähige Personenvereinigungen erhalten.

2.5.4 Zuwendungsvoraussetzungen

- a) Die Fachstelle ist landesweit tätig.
- b) Die Fachstelle erfüllt folgendes Leistungsspektrum:
 - aa) Koordinierung der Aktivitäten der Landesarbeitsgemeinschaft gewaltfreies Zuhause Sachsen,
 - bb) Vernetzung der Mitgliedseinrichtungen und externer Akteurinnen und Akteure,
 - cc) überregionale und landesweite Öffentlichkeitsarbeit,
 - dd) Organisation und Durchführung von Fachveranstaltungen und Schulungen,

- ee) Qualitätssicherung und -entwicklung sowie Datenerhebung im Bereich der Einrichtungen der Landesarbeitsgemeinschaft.
- c) Vorhaben gemäß Nummer 2.5.2 Buchstabe a werden gefördert, wenn sie von mehreren Fachkräften im Umfang von mindestens 1,5 Vollzeit-äquivalenten durchgeführt werden.
- 2.5.5 Art, Umfang und Höhe der Förderung**
- a) Bemessungsgrundlage für die Zuwendung sind die zuwendungsfähigen Ausgaben, bei Vorhaben gemäß Nummer 2.5.2 Buchstabe a einschließlich einer Verwaltungs- und Sachkostenpauschale nach Buchstabe b. Zuwendungsfähig sind
- aa) bei Vorhaben nach Nummer 2.5.2 Buchstabe a: Personal- und Sachausgaben,
- bb) bei Vorhaben nach Nummer 2.5.2 Buchstabe b: Sachausgaben.
- b) Für Vorhaben gemäß Nummer 2.5.2 Buchstabe a gilt folgendes:
Als Zuwendung werden bis zu 140 000 Euro pro Jahr gewährt. Zuwendungsfähig sind Personalausgaben für angestellte Fachkräfte und auf Honorarbasis beschäftigte Fachkräfte sowie Ausgaben für ortsübliche Miet- und Mietnebenkosten der Beratungsräume, Übersetzungstätigkeiten, Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit, Weiterbildung und Supervision sowie eine Verwaltungs- und Sachkostenpauschale von bis zu 15 Prozent der zuwendungsfähigen Personalausgaben für alle sonstigen notwendigen Sach- und Verwaltungsausgaben zur Umsetzung des Vorhabens, insbesondere Fahrt- und Reisekosten, Verbrauchsmaterialien und Versicherungen.
- c) Für Vorhaben gemäß Nummer 2.5.2 Buchstabe b gilt folgendes:
aa) Als Zuwendung werden bis zu 14 000 Euro gewährt.
bb) Zuwendungen werden abweichend von Nummer 1.2 Satz 1 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung nur bewilligt, wenn die zuwendungsfähigen Ausgaben im Einzelfall mindestens 1 000 Euro betragen.
- 2.5.6 Verfahren**
- a) Anträge auf Gewährung einer Zuwendung für Vorhaben gemäß Nummer 2.5.2 Buchstabe a sind bis zum 31. August des laufenden Jahres für das Folgejahr bei der Bewilligungsbehörde zu stellen.
- b) Anträge auf Gewährung einer Zuwendung für Vorhaben gemäß Nummer 2.5.2 Buchstabe b können fortlaufend im jeweiligen Jahr bei der Bewilligungsbehörde gestellt werden.
- 3. Modellvorhaben**
- 3.1 Zuwendungszweck**
Ziel der Förderung ist es, im Fall von durch das für Gleichstellung zuständige Staatsministerium festgestelltem besonderen Erkenntnis- und Erprobungsbedarf, in Form von Modellvorhaben innovative Methoden und Konzepte zur Weiterentwicklung von Inhalt und Struktur des Hilfesystems für den Gewaltschutz im Freistaat Sachsen zu fördern. Modellvorhaben sind Vorhaben, die einem zeitlich befristeten Ausprobieren neuer Lösungswege mit dem Zweck dienen, diese auf weitere Anwendungsfälle zu übertragen. Sie sind gekennzeichnet durch die Merkmale Erprobung und Weiterentwicklung. Eine wissenschaftliche Begleitung soll unter anderem die Übertragbarkeit der Erkenntnisse auf andere Organisationen oder Förderbereiche prüfen und auch Entscheidungshilfen für gesetzgeberische Regelungen geben.
- 3.2 Gegenstand der Förderung**
Gefördert werden Modellvorhaben von überregionaler Bedeutung.
- 3.3 Zuwendungsempfangende**
Zuwendungen nach diesen Vorschriften können juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts, insbesondere Vereine, Verbände, Kommunen, Stiftungen oder wissenschaftliche Einrichtungen und Forschungseinrichtungen erhalten.
- 3.4 Zuwendungsvoraussetzungen**
- a) Förderfähig sind Maßnahmen, deren Schwerpunkt im Freistaat Sachsen liegt.
- b) Voraussetzungen für die Gewährung einer Zuwendung ist die Feststellung eines Erkenntnis- und Erprobungsbedarfes seitens des für Gleichstellung zuständigen Staatsministeriums beispielsweise durch einen Förderaufruf.
- 3.5 Art, Umfang und Höhe der Zuwendung**
- a) Bemessungsgrundlage für die Zuwendung sind die zuwendungsfähigen Ausgaben. Zuwendungsfähig sind Personal- und Sachausgaben.
- b) Zuwendungen können mit einer Dauer von bis zu drei Jahren bewilligt werden.
- 3.6 Verfahren**
- a) Anträge auf Gewährung einer Zuwendung können fortlaufend im jeweiligen Jahr bei der Bewilligungsbehörde gestellt werden.
- b) Erfolgt ein Förderaufruf des für Gleichstellung zuständigen Staatsministeriums, ist eine Antragstellung nur nach den dort konkretisierten Bestimmungen möglich.
- c) Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:
- aa) ein der Laufzeit des Vorhabens entsprechender Finanzierungsplan, ein Ablaufplan sowie die Stellenbeschreibung einschließlich Personalbedarfsermittlung für die Durchführung des Projekts,
- bb) ein fachlich fundiertes Konzept, das unter anderem die Relevanz des Projektes für die weitere Entwicklung von Inhalt und Struktur des Hilfesystems für den Gewaltschutz im Freistaat Sachsen aufzeigt,
- cc) Angaben zur Erforderlichkeit und Art der Einbindung einer wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation bei der Durchführung des Projekts,
- dd) Aussagen zur Veröffentlichung und Weiterverwendung der Ergebnisse.
- C.
Übergangsbestimmungen**
- I.** Förderanträge für den Zeitraum ab dem 1. Januar 2022 sind abweichend von den in der Richtlinie genannten Antragszeitpunkten einheitlich bis zum 30. September 2021 zu stellen. Ausgenommen davon sind Anträge, die nach den Vorgaben dieser Richtlinie unterjährig gestellt werden können.

- II. Änderungsanträge auf der Grundlage der Neufassung dieser Richtlinie, die Bewilligungen für Vorhaben im Jahr 2021 betreffen, sind ausgeschlossen.

D.

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Richtlinie zur Förderung der Chancengleichheit vom 17. Juli 2020 (SächsABl. S. 931) außer Kraft.

Dresden, den 23. Juli 2021

Die Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung
Katja Meier

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Allgemeinverfügung Vollzug des Infektionsschutzgesetzes Maßnahmen anlässlich der Corona-Pandemie Anordnung von Hygieneauflagen zur Verhinderung der Verbreitung der Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19)

Az.: 21-0502/3/22-2021/109361

Vom 27. Juli 2021

Das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt erlässt auf der Grundlage von § 28 Absatz 1 Satz 1 und 2 und § 28a Absatz 1, Absatz 2 Satz 1 und Absatz 3 und 6 des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), von denen § 28 Absatz 1 Satz 1 durch Artikel 1 Nummer 16 des Gesetzes vom 18. November 2020 (BGBl. I S. 2397) geändert, § 28 Absatz 1 Satz 2 durch Artikel 1 Nummer 6 des Gesetzes vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587) neu gefasst, § 28a Absatz 1, Absatz 2 Satz 1 und Absatz 6 durch Artikel 1 Nummer 17 des Gesetzes vom 18. November 2020 (BGBl. I S. 2397) eingefügt und § 28a Absatz 3 durch Artikel 1 Nummer 1c des Gesetzes vom 29. März 2021 (BGBl. I S. 370) geändert worden ist, folgende

Allgemeinverfügung

Zur Verhinderung der Verbreitung der Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) und mit Bezug auf die Infektionsszahlen werden folgende Regelungen getroffen:

I. Allgemeines

Die Vorschriften unter I. sind auch im Rahmen der besonderen Hygieneregeln und auch für den Fall, dass die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10 unterschreitet, zu beachten.

1. Grundsätze

- a) Es wird auf die Sächsische Corona-Schutz-Verordnung vom 22. Juni 2021 (SächsGVBl. S. 675), die zuletzt durch die Verordnung vom 20. Juli 2021 (SächsGVBl. S. 767) geändert worden ist, Bezug genommen. Soweit in der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung die zulässige Öffnung von Betrieben, Einrichtungen und Angeboten vom Unterschreiten bestimmter Inzidenzwerte abhängig ist, sind diese Inzidenzwerte auch im Rahmen der jeweiligen besonderen Hygieneregeln dieser Allgemeinverfügung maßgeblich.

Unterschreitet die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10, entfallen entsprechend § 3 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung

infolge der Aufhebung der jeweiligen Beschränkungen auch die korrespondierenden spezifischen Hygieneregeln nach Ziffer II. dieser Allgemeinverfügung mit Ausnahme der

- Ziffer II.1 Buchstabe g,
- Ziffer II.2 Buchstabe f und g,
- Ziffer II.4 Buchstabe b,
- Ziffer II.5 Buchstabe b,
- Ziffer II.6 Buchstabe e und f,
- Ziffer II.7 Buchstabe e und f,
- Ziffer II.8 Buchstabe b und c,
- Ziffer II.9 Buchstabe d,
- Ziffer II.10 Buchstabe c,
- Ziffer II.11 Buchstabe c,
- Ziffer II.12 Buchstabe b,
- Ziffer II.13 Buchstabe g,
- Ziffer II.14 Buchstabe c,
- Ziffer II.16 und
- Ziffer II.18.

Die Coronavirus-Einreiseverordnung und die lebensmittelhygienerechtlichen Vorgaben bleiben unberührt. Zusätzliche regionale Beschränkungen, die durch die zuständigen kommunalen Behörden erlassen werden, sind zu beachten.

- b) Soweit gegen das SARS-CoV-2-Virus Geimpfte oder von einer SARS-CoV-2-Infektion Genesene nach § 9 Absatz 7 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung von der Testpflicht befreit sind, gilt dies mit Ausnahme der besonderen Hygieneregeln der Ziffern II.16 und 18 auch im Rahmen dieser Allgemeinverfügung. Soweit die COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung vom 8. Mai 2021 (BAnz AT 08.05.2021 V1) Erleichterungen und Ausnahmen von den Schutzmaßnahmen zur Verhinderung von COVID-19 vorsieht, gelten diese auch im Rahmen dieser Allgemeinverfügung.
- c) Wenn für den Zutritt zu einer Einrichtung ein negativer Testnachweis erforderlich ist, kann der Test vor Ort unter Aufsicht durchgeführt werden, wenn die örtlichen und personellen Gegebenheiten dies zulassen.
- d) Tätigkeits- und Beschäftigungsverbote nach dem Infektionsschutzgesetz sowie die Regelungen zu Kontaktpersonen sind zu beachten.

- e) Nur Personen ohne typische Symptome, die auf eine SARS-CoV-2 Infektion hinweisen, dürfen Betriebe, Einrichtungen und Angebote betreten, besuchen beziehungsweise nutzen. Die Betriebe und Einrichtungen sind angehalten, die Personen, welche die Betriebe, Einrichtungen und Angebote besuchen, betreten beziehungsweise nutzen, auf die Beachtung dieser Hygienevorschrift hinzuweisen.
 - f) Sofern Betriebe und Einrichtungen nach der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung zur Erstellung und Umsetzung von Hygiene- und Infektionsschutzkonzepten verpflichtet sind, sind dabei die Vorgaben zum Arbeitsschutz und die Inhalte aktueller branchenüblicher Standards, die Empfehlungen entsprechender Fachverbände und die konkreten Rahmenbedingungen der Einrichtung zu berücksichtigen. Zudem sind die allgemeinen Regelungen dieser Allgemeinverfügung zwingend aufzunehmen. Auf die Hygieneregeln nach dem jeweiligen Hygiene- und Infektionsschutzkonzept ist in angemessener Weise hinzuweisen (beispielsweise durch die Verwendung von Piktogrammen, Hinweisschildern oder Plakaten). In Betrieben, Geschäften und öffentlichen Einrichtungen ist eine verantwortliche Person für die Einhaltung der Hygiene- und Infektionsschutzanforderungen zu benennen.
 - g) Personal ist in Bezug auf die Einhaltung der Hygieneregeln während der Corona-Pandemie regelmäßig zu informieren.
 - h) Ein Mindestabstand und die Vorgaben zu Kontaktbeschränkungen sind grundsätzlich einzuhalten, sofern in der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung keine Ausnahmen geregelt sind.
 - i) Die Husten- und Niesetikette ist zu beachten und einzuhalten.
 - j) Alle Gelegenheiten zum Aufenthalt im Freien sollten genutzt werden. Treffen in Innenräumen sollten so kurz wie möglich gehalten werden.
 - k) Kunststoffvisiere und Vergleichbares gelten nicht als Mund-Nasen-Schutz und Mund-Nasen-Bedeckung im Sinne dieser Allgemeinverfügung.
 - l) Überschreitet die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10, sind zur Ermöglichung der Einhaltung eines Mindestabstandes eine Obergrenze für die Anzahl der zeitgleich anwesenden Personen in Abhängigkeit von der Raumgröße, Zugangsbeschränkungen sowie organisatorische Regelungen im Konzept festzulegen. Abstandsmarkierungen auf dem Boden können als Orientierung hilfreich sein. Auf die Abstandsregelungen ist gegebenenfalls auch vor dem Gebäude hinzuweisen.
 - m) Enge Bereiche sind zu vermeiden und gegebenenfalls umzugestalten. Warteschlangen sind zu vermeiden. Überschreitet die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10, ist ein Einlassmanagement (beispielsweise durch Zählsysteme, Terminvergabe und anderes) zu gewährleisten.
 - n) Die bedarfs- oder nutzungsabhängige, mindestens arbeitstägliche Reinigung von Flächen, Gegenständen und Trainingsgeräten sowie deren Frequenz sind beizubehalten.
 - o) Es sind Vorkehrungen zu treffen, dass sich alle Personen nach dem Betreten der unter Ziffer II genannten Orte die Hände waschen beziehungsweise desinfizieren können. Die Möglichkeiten zum Händewaschen (mit entsprechendem Abstand zueinander) sind mit Flüssigseife und zum Abtrocknen mit Einmalhandtüchern auszurüsten. Elektrische Handtrockner sind weniger geeignet, können aber belassen werden, wenn sie bereits eingebaut sind.
 - p) Dem häufigen Händewaschen und gegebenenfalls Desinfizieren ist der Vorzug gegenüber dem Tragen von Einmalhandschuhen zu geben.
 - q) Genutzte Räume sind häufig gründlich durch Stoß- oder Querlüften zu lüften. Dabei sollten Büroräume mindestens stündlich, Seminar- und Besprechungsräume alle 20 Minuten gründlich gelüftet werden.
 - r) Die Nutzung von interaktiven Konzepten mit zusätzlichen Kontakten (Tastenbedienung, Touchscreens, Kopfhörer und so weiter) sowie die Nutzung von Audioguides sind zu vermeiden (Zulassung nur mit mitgebrachten eigenen, käuflich erwerbbaaren, personenbezogenen Kopfhörern oder Verwendung von Einmalüberzügen oder reinigungsfähigen Schutzhüllen).
 - s) Grundsätzlich sind in Betrieben und Einrichtungen beim Umgang mit Lebensmitteln die allgemeinen Regeln der Lebensmittelhygiene bei der Zubereitung, der Abgabe sowie dem Transport von Lebensmitteln und der Hygiene des Alltags zu beachten. Regelmäßiges Händewaschen ist unbedingt sicherzustellen.
 - t) Arbeitgeber haben auf der Grundlage einer aktualisierten Gefährdungsbeurteilung besondere Arbeitsschutzmaßnahmen durchzuführen. Dabei sind die SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales veröffentlichte SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandard, die SARS-CoV-2-Arbeitsschutzregel und, soweit vorhanden, deren branchenspezifischen Anpassungen durch den zuständigen Unfallversicherungsträger oder die Arbeitsschutzbehörde sowie die einschlägigen Empfehlungen des Robert Koch-Institutes zum Infektionsschutz in ihren jeweiligen geltenden Fassungen und ergänzend Konzepte und Empfehlungen der Fachverbände zu berücksichtigen.
 - u) Die Nutzung der Corona-Warn-App des Bundes wird dringend empfohlen.
- ## 2. Klimaanlagen, Raumluftanlagen
- a) Da durch die Nutzung der Räume ein Überströmen und Verwirbeln der Luft nicht vermieden werden kann, bleiben Abstandsregeln und Hygienemaßnahmen vom Lüftungskonzept eines Raumes unbenommen.
 - b) Für Lüftungsanlagen in Bereichen mit medizinischen Sonderanforderungen, beispielsweise intensiv-medizinisch betreute Patienten, sind die Strömungsanforderungen gemäß den geltenden Normen beziehungsweise Empfehlungen (zum Beispiel der Deutschen Gesellschaft für Krankenhaushygiene) für raum-lufttechnische Anlagen in medizinischen Einrichtungen einzuhalten.
 - c) Für sonstige Räume und in Bereichen ohne medizinische Sonderanforderungen im medizinischen und Pflegebereich werden keine zusätzlichen Forderungen zu Lüftungstechnischen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Pandemie erhoben. COVID-19-Patienten müssen nicht in zwangsbelüfteten Räumen untergebracht werden; vorhandene Lüftungen müssen nicht abgeschaltet werden. Da durch Fachkreise (zum Beispiel Kommission Reinhaltung der Luft vom VDI) nach derzeitigem Wissen die Wahrscheinlichkeit einer Übertragung von SARS-CoV-2 über raumlufttechnische Anlagen (RLTA) in Restaurants, Geschäften und Ähnlichen als sehr gering eingeschätzt wird, sollen raum-lufttechnische Anlagen nicht abgeschaltet werden. Es gelten die Anforderungen der Richtlinie VDI 6022; Wartungen sind regelmäßig durchzuführen. Bei

RLTA mit Außenluft sollte das Außenluftvolumen erhöht werden, um einen entsprechenden Luftwechsel zu erreichen. In Räumen mit RLTA ohne zugeführte Außenluft sowie in Räumen ohne mechanische Lüftung ist während der Nutzung so oft wie möglich quer zu lüften, da Frischluft zur schnellen Verdünnung eventueller Virenlasten beiträgt.

II. Besondere Regelungen

Sofern die Öffnung oder der Betrieb der im Folgenden genannten Einrichtungen und Angebote nach §§ 7, 10 bis 15, 18 bis 24 sowie 26 bis 30 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung zulässig ist, gelten für diese jeweiligen Einrichtungen und Angebote folgende besondere Hygieneregeln:

1. Besondere Hygieneregeln für die Speisenversorgung, die Abholung und Lieferung von Speisen und Getränken sowie den Gastronomiebetrieb im Innen- und Außenbereich einschließlich der Veranstaltung zulässiger Familien-, Vereins- und Firmenfeiern

- a) Bei der Abgabe von Speisen und Getränken in Selbstbedienung ist das Besteck einzeln über das Servicepersonal auszureichen.
- b) Sofern der Gastronomiebetrieb im Außenbereich zulässig ist, wird ein Abstand von mindestens 1,5 Metern zwischen den belegten Stühlen benachbarter Tische vorgeschrieben. Sitz- und Stehplätze sind so zu gestalten, dass ein Abstand von mindestens 1,5 Metern zwischen den Gästen sicher gewährleistet ist; Ausnahmen gelten für Personengruppen nach § 4 Absatz 1 bis 5 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung. Bis zum Erreichen und beim Verlassen des Sitzplatzes ist von den Gästen eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen, sofern der Mindestabstand von 1,5 Metern zu anderen Personen nicht eingehalten werden kann; das Tragen einer medizinischen Gesichtsmaske (sogenannte OP-Maske) oder FFP2-Maske oder vergleichbarer Atemschutzmaske, jeweils ohne Ausatemventil, wird empfohlen.
- c) Sofern der Gastronomiebetrieb im Innenbereich zulässig ist, wird ein Abstand von mindestens 1,5 Metern zwischen den belegten Stühlen benachbarter Tische vorgeschrieben. Sitz- und Stehplätze sind so zu gestalten, dass ein Abstand von mindestens 1,5 Metern zwischen den Gästen sicher gewährleistet ist; Ausnahmen gelten für Personengruppen nach § 4 Absatz 1 bis 5 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung. Bis zum Erreichen und beim Verlassen des Sitzplatzes ist von den Gästen eine medizinische Gesichtsmaske (sogenannte OP-Maske) oder eine FFP2-Maske oder eine vergleichbare Atemschutzmaske, jeweils ohne Ausatemventil, zu tragen. Personal ist zum Tragen einer medizinischen Gesichtsmaske (sogenannte OP-Maske) oder FFP2-Maske oder vergleichbaren Atemschutzmaske, jeweils ohne Ausatemventil, verpflichtet.
- d) Es wird dringend empfohlen, auf Konsum am Bartresen zu verzichten.
- e) Gastronomiebetriebe, Hotels und Beherbergungstätten dürfen in geschlossenen Räumen Veranstaltungen unter Einhaltung der Vorgaben der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung für die jeweilige Veranstaltungsart anbieten.
- f) In Spielzimmern oder Spielecken für Kinder in gastronomischen Einrichtungen sollte auf den Mindestabstand zwischen Kindern verschiedener

Hausstände geachtet werden. Ausschließlich gut zu reinigendes Spielzeug sollte zur Verfügung stehen.

g) Besondere fortgeltende Hygieneregeln, auch wenn die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10 unterschreitet:

- Im Eingangsbereich zu Gastronomiebetrieben, Kantinen und Mensen, in gastronomisch genutzten Außenbereichen sowie im Ausgabebereich von mitnahmefähigen Speisen und Getränken sind Desinfektionsmittelspender aufzustellen.
- Besondere Sorgfalt ist auf die Einhaltung hygienischer Kriterien bei Reinigungs- und Spülvorgängen von Geschirr, Gläsern und Besteck zu legen. Geschirr, Gläser und Besteck müssen vor der Wiederverwendung vollständig trocken sein.
- Tablett- und Geschirrentnahmestellen sowie in Buffetform angebotene Speisen sind vor Niesen und Husten durch Kundschaft zu schützen. Für die Entnahme von Speisen in Selbstbedienung müssen Entnahmezangen oder vergleichbare Hilfsmittel verwendet werden. Entnahmezangen oder vergleichbare Hilfsmittel sind regelmäßig zu reinigen und zu desinfizieren. Die Einhaltung der Hygieneregeln für Buffets ist durch Servicepersonal zu beaufsichtigen. Die Bildung von Warteschlangen ist auch hier zu vermeiden.
- Das Shisha-Rauchen in gastronomischen und vergleichbaren Einrichtungen ist zulässig, sofern sichergestellt ist, dass pro Person eine Shisha/Wasserpfeife benutzt wird (außer bei Personen, die zu einem Hausstand gehören), Einwegschläuche und Einwegmundstücke benutzt werden, die Zubereitung der Shisha mit Handschuhen und Mundschutz erfolgt und jede Shisha nach der Benutzung gründlich gereinigt und desinfiziert wird. Dazu gehört auch die Reinigung des Glaskörpers mit einem desinfizierenden Reinigungsmittel. Nach dem Reinigen muss der Glaskörper vollkommen getrocknet werden. Erst unmittelbar vor der nächsten Nutzung darf der Glaskörper wieder mit Wasser gefüllt werden.

2. Besondere Hygieneregeln für Ladengeschäfte und Märkte

- a) Bei der Abholung vorbestellter Waren ist im Innen- und im Außenbereich der Mindestabstand einzuhalten und eine medizinische Gesichtsmaske (sogenannte OP-Maske) oder eine FFP2-Maske oder eine vergleichbare Atemschutzmaske, jeweils ohne Ausatemventil, zu tragen.
- b) Durch Markierungen auf dem Boden sollte die Einhaltung der Mindestabstände im Kassensbereich gewährleistet werden.
- c) Die Einführung eines „Einbahnstraßensystems“ wird empfohlen.
- d) § 6 Absatz 2 bis 4 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung regelt die Beschränkung der maximalen Kundenanzahl in Geschäften. Durch Einlassmanagement ist in den Fällen nach § 6 Absatz 2 und 3 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung sicherzustellen, dass die maximale Kundenanzahl nicht überschritten wird.
- e) Aus Gründen des Infektionsschutzes bestehen keine Bedenken gegen das Befüllen von durch die Kunden mitgebrachten Behältnissen.

- f) Besondere Hygieneregeln, auch wenn die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10 unterschreitet:

- Die Verpflichtung zum Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes entfällt, sofern ein Mindestabstand von 1,5 Metern eingehalten werden kann. Die Einhaltung eines Mindestabstandes kann durch die Beschränkung der maximalen Kundenanzahl im Geschäft beispielsweise durch Reduzierung der bereitgestellten Einkaufskörbe oder -wagen, ergänzt durch eine gut sichtbare Beschilderung, die Einführung eines „Einbahnstraßensystems“ oder durch Markierungen auf dem Boden realisiert werden. Die Maßnahmen zur Realisierung des Mindestabstandes sind im Hygienekonzept abzubilden.

- g) Besondere fortgeltende Hygieneregeln, auch wenn die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10 unterschreitet:

- Die Reinigung oder Desinfektion von Flächen und Gegenständen, die häufig von Kunden berührt werden, darunter Griffe von Einkaufskörben und -wagen, hat regelmäßig zu erfolgen. Die Reinigung oder Desinfektion von Einkaufskörben und -wagen durch die Kunden vor der Nutzung ist zu ermöglichen.

3. Besondere Hygieneregeln für nach der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung zulässige Beherbergungsangebote

- a) Eine Belegung von Schlafräumen ist unter Einhaltung der gültigen Kontaktbeschränkungen zulässig.
- b) Müssen Bereiche in den Unterkünften von unterschiedlichen Personen genutzt werden, zum Beispiel Aufenthaltsbereiche, Sanitärräume und Küchen, sind, wenn der Mindestabstand nicht gewährleistet werden kann, durch organisatorische Maßnahmen Kontakte zwischen den einzelnen Personen zu vermeiden. Geeignet sind zum Beispiel unterschiedliche Nutzungszeiten, die im Voraus festgelegt werden. Zusätzlich sind zwischen den jeweiligen Nutzungen zeitliche Unterbrechungen vorzusehen, um Kontakte konsequent auszuschließen. Außerdem müssen die Räume zwischen den Nutzungen ausreichend gelüftet werden.
- c) Bei der Unterbringung in Sammelunterkünften ist darüber hinaus die Einhaltung des vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales veröffentlichten SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandards zu gewährleisten.

4. Besondere Hygieneregeln für öffentliche Toiletten sowie sanitäre Einrichtungen auf Campingplätzen

- a) Um den Mindestabstand der Nutzer untereinander einhalten zu können, sind Hinweise anzubringen, wie viele Personen maximal in den Sanitärräumen zulässig sind. Auf die Abstandsregelung vor den Sanitärräumen ist hinzuweisen.
- b) Besondere fortgeltende Hygieneregeln, auch wenn die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10 unterschreitet:
- Es müssen ausreichend geeignete Möglichkeiten zum Händewaschen (möglichst mit entsprechendem Abstand zueinander) vorhanden sein, ausgerüstet mit Flüssigseife. Bringen die Nutzer keine eigenen Handtücher mit, sind zum Abtrocknen Einmalhandtücher optimal. Die Behälter zur Aufnahme der Einmalhandtücher sind mit reißfesten Müllsäcken auszukleiden und regelmäßig zu leeren.

- Die Nutzer sind anzuhalten, die Hände nach der Nutzung der Sanitäranlage zu waschen.
- Sämtliche Verunreinigungen insbesondere von Kontaktflächen im Zusammenhang mit Besucherverkehr sind umgehend zu beseitigen. Dafür sind gegebenenfalls mehrmals täglich Kontrollen und bei Beanstandungen Reinigungen notwendig.

5. Besondere Hygieneregeln für zulässige Dienstleistungsbetriebe im Bereich der körpernahen Dienstleistung

- a) In Abhängigkeit von der Größe der Einrichtung und den räumlichen Gegebenheiten ist eine Obergrenze für die Anzahl der zeitgleich anwesenden Personen im Konzept festzulegen, die die Einhaltung des Mindestabstandes ermöglicht.
- b) Besondere fortgeltende Hygieneregeln, auch wenn die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10 unterschreitet:
- Benutzte Gerätschaften (Scheren, Kämme, Haarschneider, Umhänge und so weiter) sind nach Anwendung am Kunden wie üblich aufzubereiten. Sämtliche Verunreinigungen, insbesondere von Arbeitsflächen im Zusammenhang mit Besucherverkehr, sind umgehend zu beseitigen.
 - Im Übrigen wird auf die einschlägigen Vorschriften der Sächsischen Hygiene-Verordnung vom 7. April 2004, rechtsbereinigt mit Stand vom 28. Dezember 2009, verwiesen.

6. Besondere Hygieneregeln für zulässige Angebote der Aus-, Fort-, Weiterbildungs- und Erwachsenenbildungseinrichtungen sowie ähnliche Einrichtungen, Volkshochschulen, Kunst-, Musik- und Tanzschulen, für Bibliotheken, die Medienausleihe sowie für Fahr-, Boots- und Flugschulen

- a) Arbeitsmittel sind nach Möglichkeit personenbezogen zu verwenden. Wo das nicht möglich ist, ist eine Reinigung der Geräte zu ermöglichen.
- b) Prüfungen sind in größeren Räumen mit genügend Abstand durchzuführen.
- c) In Abhängigkeit von der Größe der Einrichtung und den räumlichen Gegebenheiten ist eine Obergrenze für die Anzahl aller zeitgleich anwesenden Personen im Konzept festzulegen, die die Einhaltung des Mindestabstandes ermöglicht. Keiner Festlegung einer Obergrenze bedarf es gemäß der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung für Aus-, Fort-, und Weiterbildungs- und Erwachsenenbildungseinrichtungen sowie ähnliche Einrichtungen, die der berufsbezogenen, schulischen oder akademischen Ausbildung dienen.
- d) Besondere Hygieneregeln für die Musikschulen und den Musikunterricht durch freiberufliche Musikpädagogen:
- Beim Spielen von Blasinstrumenten ist ein Abstand von drei Metern zur nächsten Person in Blasrichtung sowie von zwei Metern seitlich zur nächsten Person einzuhalten. Beim Singen ist zwischen den Singenden beziehungsweise nach vorn und hinten ein Abstand von zwei Metern einzuhalten. Zwischen Sänger und Gesangsleiter beträgt der Abstand drei Meter. Die Größe des Raumes ist dem gebotenen Mindestabstand anzupassen. Sieht die Platzordnung mehrere Reihen vor, sind die Plätze auf Lücke anzuordnen (sogenanntes Schachbrettmuster).

- e) Besondere fortgeltende Hygieneregeln für Musikschulen und den Musikunterricht durch freiberufliche Musikpädagogen, auch wenn die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10 unterschreitet:
 - Beim Spielen von Blasinstrumenten und beim Singen ist ein Abstand von zwei Metern in Blas- oder Singrichtung zur nächsten Person und von 1,5 Metern seitlich zur nächsten Person einzuhalten.
 - Bei Blasinstrumenten ist das Kondenswasser aufzufangen. Benutzte Einmaltücher sind in reißfesten Müllsäcken zu sammeln und zu entsorgen. Textile Tücher sind nach der Nutzung entsprechend zu waschen.
- f) Besondere Hygieneregeln für die Tanzschulen und Tanzsportvereine, die fortgelten, auch wenn die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10 unterschreitet:
 - Es ist ein Lüftungskonzept zu erstellen und umzusetzen, das eine gesteigerte Frischluftzufuhr vor, während und nach der Trainingszeit gewährleistet.

7. Besondere Hygieneregeln für Kulturveranstaltungen, Kulturstätten, für Proben und Aufführungen von Laien und Amateuren, zoologische und botanische Gärten und Tierparks, für Stadt-, Gäste- und Naturführungen sowie für Freizeit- und Vergnügungsparks

- a) Eine Zutrittsbegrenzung für eine maximale Personenzahl ist umzusetzen. Diese ist so zu wählen, dass in Anwendung des § 4 Absatz 6 Satz 4 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung bei Stehplätzen ein Mindestabstand von 1,10 Metern eingehalten und bei der Vergabe von Sitzplätzen jeweils ein Sitzplatz freigelassen wird. Ausnahmen gelten für Personengruppen nach § 4 Absatz 1 bis 3 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung.
- b) Die Einhaltung von größeren Abständen als dem Mindestabstand von 1,5 Metern wird dringend empfohlen, wenn die Veranstaltung mit lautem Jubel, Gesängen und so weiter verbunden ist.
- c) Die Veranstalter haben individuelle Hygienekonzepte zu erstellen und umzusetzen, die Vorgaben
 - zur Besucherobergrenze,
 - zur personalisierten Ticketvergabe,
 - zur Platzbelegung (Festlegung der Gruppengröße, die maximal gemeinsam Plätze belegen darf, in einer Reihe, in zwei oder mehreren hintereinanderliegenden Reihen, zur Abstandsregelung zwischen Gruppen, Reihen und Plätzen; zur Festlegung von Wegesystemen [Einbahnstraßensysteme] et cetera),
 - zur eingeschränkten Vergabe von Sitz- und Stehplätzen,
 - zu Zugangs- und Abgangsregelungen,
 - zum Betrieb von Klimaanlage beziehungsweise zur regelmäßigen Belüftung der Veranstaltungsräume einschließlich der sanitären Einrichtungen,
 - zu Maßnahmen zur Entzerrung der An- und Abfahrt (gegebenenfalls Abstimmung mit dem ÖPNV, Festlegungen für Parkplätze und Radparkplätze et cetera),
 - zur Begrenzung des Alkoholausschanks,
 - zum Einsatz von Sicherheitspersonal,
 - zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes oder einer FFP2-Maske oder vergleichbarer Atemschutzmaske im Innenbereich,

- zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung unter freiem Himmel an allen Orten, wo der Mindestabstand nicht eingehalten werden kann,
- zur Kontaktdatenerfassung sowie
- zum Zutritt mit negativem tagesaktuellen Test enthalten müssen.
- d) Besondere Hygieneregeln für Proben und Aufführungen von Laien und Amateuren:
 - Beim Musizieren und Singen sind die für Musikschulen geltenden Hygieneregeln in Ziffer II Nummer 6 Buchstabe d) umzusetzen.
- e) Besondere fortgeltende Hygieneregeln für Proben und Aufführungen von Laien und Amateuren, auch wenn die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10 unterschreitet:
 - Beim Musizieren und Singen sind die für Musikschulen geltenden Hygieneregeln in Ziffer II Nummer 6 Buchstabe e) umzusetzen.
 - Beim Betreten und Verlassen der Räumlichkeiten sind Maßnahmen zu treffen, die das Entzerren der Personenströme ermöglichen.
 - Regelmäßige Lüftungspausen (idealerweise Querlüftung, spätestens nach 20 Minuten) sind zwingend einzuhalten und die Gesamtprobenzeit ist möglichst kurz zu halten. Nach jeder Probe oder Aufführung ist gründlich zu lüften (mindestens 15 Minuten).
- f) Besondere fortgeltende Hygieneregeln, auch wenn die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10 unterschreitet:
 - Die Veranstalter haben individuelle Hygienekonzepte zu erstellen und umzusetzen, die Basis-hygienemaßnahmen enthalten und sich an den allgemeinen Hygieneregeln dieser Allgemeinverfügung orientieren. Bei Veranstaltungen in geschlossenen Räumen müssen die Konzepte Vorgaben zum Betrieb von Klimaanlage beziehungsweise zur regelmäßigen Belüftung der Veranstaltungsräume einschließlich der sanitären Einrichtungen enthalten, die eine gesteigerte Frischluftzufuhr vor, während und nach der Veranstaltung gewährleisten.

8. Besondere Hygieneregeln für Tagungen, Kongresse und Messen

- a) Der Betreiber hat durch Zugangsbeschränkungen und organisatorische Regelungen sicherzustellen, dass ein Mindestabstand von 1,5 Metern in allen Bereichen eingehalten werden kann. In Abhängigkeit von der Größe der Einrichtung und den räumlichen Gegebenheiten ist dazu eine Obergrenze für die Anzahl der zeitgleich anwesenden Personen im Konzept festzulegen, die die Einhaltung des Mindestabstandes ermöglicht.
- b) Besondere Hygieneregeln für Tagungen, Kongresse und Messen im Außenbereich sowie für Messen im Innenbereich nach § 14 Absatz 3 und 4 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung:
 - Es wird unabhängig vom Inzidenzwert die tagesaktuelle Testung der teilnehmenden Personen und Besucher dringend empfohlen, wenn die Veranstaltung regelmäßig auch auf überregionales oder internationales Publikum ausgerichtet ist.
- c) Besondere fortgeltende Hygieneregeln, auch wenn die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10 unterschreitet:
 - Bei Messen in geschlossenen Räumen ist ein von der zuständigen Behörde zu genehmigendes Hygienekonzept zu erstellen und umzusetzen, das Basis-hygienemaßnahmen enthält und

sich an den allgemeinen Hygieneregeln dieser Allgemeinverfügung orientiert. Darüber hinaus müssen auch Vorgaben zum Betrieb von Klimaanlage beziehungsweise zur regelmäßigen Belüftung der Messerräume einschließlich der sanitären Einrichtungen enthalten sein, die eine gesteigerte Frischluftzufuhr vor, während und nach dem Messebetrieb gewährleisten.

9. Besondere Hygieneregeln für Diskotheken, Clubs und Musikclubs

- a) In Bereichen, in denen eine Unterschreitung des Mindestabstandes regelmäßig zu befürchten ist (beispielsweise beim Einlass und beim Erwerb von Speisen und Getränken), ist ein Mund-Nasen-Schutz, eine FFP2-Maske oder eine vergleichbare Atemschutzmaske zu tragen.
- b) Der Betreiber hat durch Zugangsbeschränkungen und organisatorische Regelungen sicherzustellen, dass ein Mindestabstand von 1,5 Metern in allen Bereichen eingehalten werden kann. In Abhängigkeit von der Größe der Einrichtung und den räumlichen Gegebenheiten ist dazu eine Obergrenze für die Anzahl der zeitgleich anwesenden Personen im Konzept festzulegen, die die Einhaltung des Mindestabstandes ermöglicht.
- c) Es wird dringend empfohlen, auf Konsum am Barresen zu verzichten.
- d) Besondere fortgeltende Hygieneregeln, auch wenn die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10 unterschreitet:
 - Es ist ein Hygienekonzept zu erstellen, von der zuständigen Behörde genehmigen zu lassen und umzusetzen. Darin sind Basishygienemaßnahmen, Vorgaben zur Testpflicht sowie die allgemeinen Regelungen dieser Allgemeinverfügung aufzunehmen.
 - Bei Veranstaltungen in geschlossenen Räumen ist ein Lüftungskonzept zu erstellen und umzusetzen, das eine gesteigerte Frischluftzufuhr vor, während und nach der Veranstaltung gewährleistet.

10. Besondere Hygieneregeln für öffentliche Festivitäten sowie Feiern auf öffentlichen Plätzen und Anlagen

- a) Es sind Vorkehrungen zur Einhaltung des Mindestabstands gemäß § 4 Absatz 6 Satz 1 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung zu treffen.
- b) Das Hygienekonzept muss Festlegungen zur Besucherlenkung und zu Möglichkeiten zur Begrenzung des Alkoholkonsums enthalten. Maßnahmen zur Kontakterfassung sollten in das Hygienekonzept aufgenommen werden.
- c) Besondere fortgeltende Hygieneregeln, auch wenn die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10 unterschreitet:
 - Die Veranstalter haben individuelle Hygienekonzepte zu erstellen und umzusetzen, die Basishygienemaßnahmen enthalten und sich an den allgemeinen Hygieneregeln dieser Allgemeinverfügung orientieren.

11. Besondere Hygieneregeln für Großveranstaltungen

- a) Die Veranstalter haben von der zuständigen Behörde zu genehmigende individuelle Hygienekonzepte zu erstellen und umzusetzen, die Vorgaben
 - zur Umsetzung der Kapazitätsbeschränkung auf höchstens 50 Prozent der zulässigen Kapazität des Veranstaltungsorts,

- zur personalisierten Ticketvergabe inklusive Kontaktnachverfolgung,
 - zur Festlegung von Wegesystemen (Einbahnstraßensysteme und so weiter),
 - zu einer eingeschränkten Vergabe von Sitz- oder Stehplätzen, die die Einhaltung des Mindestabstands gemäß § 4 Absatz 6 Satz 1 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung gewährleistet,
 - zu Zugangs- und Abgangsregelungen,
 - zum Betrieb von Klimaanlage beziehungsweise zur regelmäßigen Belüftung der Veranstaltungsräume einschließlich der sanitären Einrichtungen,
 - zu Maßnahmen zur Entzerrung der An- und Abfahrt (gegebenenfalls Abstimmung mit dem ÖPNV, Festlegungen für Parkplätze und Radparkplätze und so weiter),
 - zur Begrenzung des Alkoholausschanks und zum Zutrittsverbot für erkennbar alkoholisierte Personen,
 - zum Einsatz von Sicherheitspersonal,
 - zum Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes oder einer FFP2-Maske oder vergleichbarer Atemschutzmaske abseits des eigenen Platzes,
 - zur Kontaktdatenerfassung sowie
 - zum Zutritt mit negativem tagesaktuellen Test enthalten müssen.
- b) Wenn dem Infektionsschutz durch Maßnahmen wie beispielsweise die Zuweisung fester Sitzplätze oder die Clusterbildung von Besuchergruppen Rechnung getragen wird, kann nach § 7 Absatz 3 Satz 3 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung bei einer Unterschreitung des Inzidenzwertes von 35 von der Kapazitätsbeschränkung auf höchstens 50 Prozent der zulässigen Kapazität des Veranstaltungsorts abhängig vom Veranstaltungsort abgewichen werden; dies ist im Hygienekonzept darzustellen und zu begründen.
 - c) Besondere fortgeltende Hygieneregeln, auch wenn die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10 unterschreitet:
 - Es ist ein Hygienekonzept zu erstellen, von der zuständigen Behörde genehmigen zu lassen und umzusetzen. Darin sind Basishygienemaßnahmen, Vorgaben zur Kontakterfassung, zum Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes oder einer FFP2-Maske oder vergleichbarer Atemschutzmaske bei Veranstaltungen mit mehr als 5 000 Personen, zum Zutritt mit negativem tagesaktuellen Test, bei Veranstaltungen im Innenbereich zum Betrieb von Klimaanlage beziehungsweise zur regelmäßigen Belüftung der Veranstaltungsräume einschließlich der sanitären Einrichtungen sowie die allgemeinen Regelungen dieser Allgemeinverfügung zwingend aufzunehmen. Die Vorgaben unter Buchstabe b) geltend entsprechend.

12. Besondere Hygieneregeln für Prostitutionsstätten, Prostitutionsveranstaltungen, Prostitutionsvermittlungen und Prostitutionsfahrzeuge

- a) Das von der zuständigen Behörde zu genehmigende Hygienekonzept muss Vorgaben zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes durch die Teilnehmer, Begrenzung der Teilnehmerzahl, zum Verbot gesichtsnahe Praktiken, zu geeigneten Desinfektions- und Waschgelegenheiten, zur gründlichen und regelmäßigen Lüftung der Räume, zur Reini-

gung beziehungsweise Desinfektion der Arbeits- und Hilfsmittel, zur Kontaktdatenerfassung sowie zum Zutritt mit negativem tagesaktuellen Test enthalten.

- b) Besondere fortgeltende Hygieneregeln, auch wenn die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10 unterschreitet:
- In Prostitutionsstätten, in denen mehrere Prostituierte tätig sind, ist ein von der zuständigen Behörde zu genehmigendes Hygienekonzept zu erstellen und umzusetzen, das Vorgaben zur gründlichen und regelmäßigen Lüftung der Räume, zur Reinigung beziehungsweise Desinfektion der Arbeits- und Hilfsmittel und zum Zutritt mit negativem tagesaktuellen Test zu enthalten hat. Selbständige Prostituierte müssen das Hygienekonzept nicht genehmigen lassen.

13. Besondere Hygieneregeln für die Nutzung von Sportanlagen im Innen- und Außenbereich sowie Fitness- und Sportstudios und für Sportveranstaltungen

- a) In Trainings- und Wettkampfpausen sind die Kontakte auf ein Mindestmaß zu beschränken.
- b) Bei Kontaktsportarten (Sportarten, die den physischen Kontakt zwischen Spielern erfordern) ist während des Trainings ein Wechsel der Trainingspartner zu minimieren.
- c) Der Mindestabstand ist auch in den Umkleidebereichen sowie Sanitärbereichen einzuhalten.
- d) Werden Sportveranstaltungen mit Publikum durchgeführt, ist eine Zutrittsbegrenzung für eine maximale Personenzahl umzusetzen. Diese ist so zu wählen, dass in Anwendung des § 4 Absatz 6 Satz 4 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung bei Stehplätzen ein Mindestabstand von 1,10 Metern eingehalten und bei der Vergabe von Sitzplätzen jeweils ein Sitzplatz freigelassen wird. Ausnahmen gelten für Personengruppen nach § 4 Absatz 1 bis 3 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung.
- e) Die Einhaltung von größeren Abständen als dem Mindestabstand von 1,5 Metern wird dringend empfohlen, wenn die Veranstaltung mit lautem Jubel oder Gesängen verbunden ist.
- f) Die Veranstalter haben individuelle Hygienekonzepte zu erstellen und umzusetzen, die Vorgaben
- zur Besucherobergrenze,
 - zur personalisierten Ticketvergabe,
 - zur Platzbelegung (Festlegung der Gruppengröße, die maximal gemeinsam Plätze belegen darf, in einer Reihe, in zwei oder mehreren hintereinanderliegenden Reihen, zur Abstandsregelung zwischen Gruppen, Reihen und Plätzen),
 - zur Festlegung von Wegesystemen (Einbahnstraßensysteme et cetera),
 - zur eingeschränkten Vergabe von Sitz- und Stehplätzen,
 - zu Zugangs- und Abgangsregelungen,
 - zum Betrieb von Klimaanlage beziehungsweise zur regelmäßigen Belüftung der Veranstaltungsräume einschließlich der sanitären Einrichtungen,
 - zu Maßnahmen zur Entzerrung der An- und Abfahrt (gegebenenfalls Abstimmung mit dem ÖPNV, Festlegungen für Parkplätze und Radparkplätze et cetera),
 - zur Begrenzung des Alkoholausschanks,
 - zum Einsatz von Sicherheitspersonal,

- zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes oder einer FFP2-Maske oder vergleichbarer Atemschutzmaske im Innenbereich,
- zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung an allen Orten unter freiem Himmel, wo der Mindestabstand nicht eingehalten werden kann,
- zur Kontaktdatenerfassung sowie
- zum Zutritt mit negativem tagesaktuellen Test enthalten müssen.

- g) Besondere fortgeltende Hygieneregeln, auch wenn die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10 unterschreitet:

- Training und Wettkämpfe sind entsprechend der Vorgaben der Bundesfachverbände durchzuführen.
- Es ist ein Lüftungskonzept zu erstellen und umzusetzen, das eine gesteigerte Frischluftzufuhr vor, während und nach dem Training beziehungsweise der Behandlung oder der Veranstaltung in geschlossenen Räumen gewährleistet.
- Für Sportveranstaltungen ist ein Hygienekonzept zu erstellen und umzusetzen. Darin sind Basishygienemaßnahmen sowie die allgemeinen Regelungen dieser Allgemeinverfügung zwingend aufzunehmen.

14. Besondere Hygieneregeln für Bäder und Saunen, soweit der Betrieb nach der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung zulässig ist

- a) Der Betreiber hat ein Hygienekonzept zu erstellen und umzusetzen, dass Regelungen zur Testung, zur Kontaktdatenerfassung und zur Besucherzahlbegrenzung in Abhängigkeit von der Größe des Bades beziehungsweise Sauna trifft. Der Mindestabstand sowohl im Wasser als auch in allen Bereichen außerhalb des Wassers, zum Beispiel in Liege- und Ruhebereichen, in Umkleiden, Sanitärräumen sowie im Eingangs- und Kassenbereich ist einzuhalten. Unter diesen Bedingungen ist auch die Öffnung von Umkleiden und Duschen möglich.
- b) Gemeinschaftlich genutzte Gegenstände (zum Beispiel Schwimmhilfen, Tauchringe und ähnliches) sind nach jeder Benutzung gründlich zu reinigen oder privat mitzubringen.
- c) Besondere fortgeltende Hygieneregeln, auch wenn die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10 unterschreitet:
- Es ist ein Hygienekonzept zu erstellen und umzusetzen. Darin sind Basishygienemaßnahmen sowie die allgemeinen Regelungen dieser Allgemeinverfügung zwingend aufzunehmen.

15. Besondere Hygieneregeln für Fahrten mit Reisebussen

- a) Es sind Vorkehrungen zu treffen, dass sich alle Personen bei jedem Einstieg in den Bus die Hände desinfizieren.
- b) Die Busse sind gründlich und häufig beziehungsweise permanent zu belüften.

16. Ergänzende Hygieneregeln für Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens

- a) Die einschlägigen Empfehlungen der Kommission für Krankenhaushygiene und Infektionsprävention sowie des Robert Koch-Instituts sind zu beachten. Die Empfehlungen des Robert Koch-Instituts für Alten- und Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen für Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen können insbesondere bezüglich der Gestaltung sozialer Kontakte auch für vergleichbare Veranstaltungen

tungen und Angebote im ambulanten Bereich Anwendung finden. Auf die Einhaltung des Mindestabstands kann verzichtet werden, sofern dies durch die in Satz 2 genannten Empfehlungen begründet wird. Das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von wohnbereichsübergreifenden, organisierten Veranstaltungen und Angeboten in Innenräumen ist erforderlich. Innerhalb eines Wohnbereichs und bei Kontakten vollständig geimpfter oder genesener Bewohnerinnen und Bewohner untereinander (ohne Anwesenheit ungeimpfter Personen) kann auf das Einhalten des Mindestabstandes und das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes verzichtet werden.

- b) § 5 Absatz 2 Satz 1 Nummer 5 sowie § 5 Absatz 4 Satz 2 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung gelten entsprechend.
- c) Krankenhäuser, Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen, in denen eine den Krankenhäusern vergleichbare medizinische Versorgung erfolgt, alle weiteren Einrichtungen des Gesundheitswesens, inklusive Praxen humanmedizinischer Heilberufe, ambulante Pflegedienste, voll- oder teilstationäre Einrichtungen zur Betreuung und Unterbringung älterer, behinderter oder pflegebedürftiger Menschen sowie Heime für minderjährige Personen müssen gemäß §§ 23 beziehungsweise 36 des Infektionsschutzgesetzes in Hygieneplänen innerbetriebliche Verfahrensweisen zur Infektionshygiene festlegen. Dies umfasst auch die entsprechenden Regelungen zur Verhütung einer SARS-CoV-2-Infektion. Für Einrichtungen nach § 29 Absatz 1 Nummer 1 und 2 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung findet neben § 36 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Infektionsschutzgesetzes auch § 3 Absatz 2 Nummer 10 und 12 des Sächsischen Betreuungs- und Wohnqualitätsgesetzes Anwendung.
- d) Einrichtungen nach § 4 Absatz 2 Nummer 1 bis 6 der Coronavirus-Testverordnung vom 24. Juni 2021 (unter anderem Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, ambulante, stationäre und teilstationäre Pflegeeinrichtungen, ambulante Dienste und stationäre sowie teilstationäre Einrichtungen der Eingliederungshilfe) haben ein einrichtungs- oder unternehmensbezogenes Testkonzept vorzuhalten, soweit sie gemäß § 4 Absatz 1 und § 6 Absatz 4 der Coronavirus-Testverordnung in eigener Verantwortung PoC-Antigentests beschaffen und nutzen.

17. Besondere Hygieneregeln für Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sowie für Angebote der Kinder-, Jugend- und Familienerholung

- a) Die Träger von Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe haben Hygiene- und Infektionsschutzkonzepte zu erstellen und umzusetzen, die Maßnahmen zur Testung, Kontaktdatenerfassung, Besucherlenkung, Zugangsbeschränkung, Abstandshaltung, zum Mund-Nasen-Schutz und Basishygienemaßnahmen enthalten und sich an den allgemeinen Hygieneregeln dieser Allgemeinverfügung orientieren.
- b) Die Obergrenze in Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe für die zeitgleich anwesenden Personen bemisst sich abweichend von § 4 Absatz 1 bis 3 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung an den örtlichen Gegebenheiten und muss im jeweiligen Hygienekonzept festgelegt werden. Es sollte nach Möglichkeit gewährleistet werden, dass der

Mindestabstand nach der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung unter den Personen eingehalten werden kann; das gilt auch für feste wiederkehrende Gruppen.

- c) Besondere Hygieneregeln für Maßnahmen der Kinder-, Familien- und Jugenderholung gemäß § 11 Absatz 3 Nummer 5 und § 16 Absatz 2 Nummer 3 des Achten Buches Sozialgesetzbuch:
 - Die Träger von Angeboten der Kinder-, Jugend- und Familienerholung haben Hygiene- und Infektionsschutzkonzepte unter Berücksichtigung des Konzeptes der Beherbergungsstätte zu erstellen und umzusetzen.
 - Die Anzahl der Teilnehmer einschließlich Betreuer soll die örtlichen Gegebenheiten und die Abgrenzbarkeit der Gruppen berücksichtigen. Die Maßnahmen sind nach Möglichkeit in festen Gruppen durchzuführen. Kontakte zu anderen Gruppen oder Einzelpersonen sind zu vermeiden. Der Mindestabstand nach der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung muss in festen, abgrenzbaren Gruppen nicht immer zwingend eingehalten werden; die jeweiligen Betreiber der Einrichtungen und die Betreuer in Maßnahmen und Projekten sollten jedoch die teilnehmenden jungen Menschen immer wieder motivieren, auf die Einhaltung von Abständen zu achten.

18. Besondere Hygieneregeln für teilstationäre Einrichtungen nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch

- a) Die Träger von Tagespflegeeinrichtungen nach § 71 Absatz 2 Nummer 2 zweite Alternative des Elften Buches Sozialgesetzbuch sind nach § 36 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Infektionsschutzgesetzes verpflichtet, im Rahmen eines Hygieneplanes oder eines eigenständigen Konzepts Festlegungen zum Betreten und Verlassen der Einrichtungen zur Betreuung von Tagespflegegästen zu erstellen. Die Konzeption hat insbesondere Regelungen zu Hygienemaßnahmen, zur gleichzeitig anwesenden Anzahl der betreuten Gäste, zum Transport zur Einrichtung und nach Hause und zur Nachverfolgbarkeit eventueller Infektionsketten zu enthalten. Dabei sind die Regelungen dieser Allgemeinverfügung zwingend aufzunehmen und die einschlägigen Empfehlungen des Robert Koch-Instituts zu beachten.
- b) Soweit gemäß den Empfehlungen des Robert Koch-Instituts für Alten- und Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen für Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen auf die Einhaltung des Mindestabstands verzichtet werden kann, müssen die Gäste in Innenräumen einen Mund-Nasen-Schutz tragen. § 5 Absatz 2 Satz 1 Nummer 5 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung gilt entsprechend. Nichtgeimpfte sollen darüber aufgeklärt werden, dass für sie bei Teilnahme ein erhöhtes Infektionsrisiko besteht.

19. Hygienevorschriften für Modellprojekte im Sinne der Corona-Schutz-Verordnung

Modellprojekte sollen sich an den Hygieneregeln der Ziffer I.1 orientieren.

III. Weitere Hygieneschutzmaßnahmen bleiben vorbehalten.

IV. Diese Allgemeinverfügung tritt am 29. Juli 2021 in Kraft. Sie gilt bis einschließlich 25. August 2021. Gleichzeitig tritt die Allgemeinverfügung Vollzug des Infektionsschutzgesetzes – Maßnahmen anlässlich der Corona-Pandemie – Anordnung von Hygieneauflagen zur Verhinderung der Verbreitung des Corona-Virus – Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt vom 16. Juli 2021, Az.: 21-0502/3/21-2021/98986, außer Kraft.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Klage beim örtlich zuständigen Sächsischen Verwaltungsgericht schriftlich, zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form erhoben werden.

Örtlich zuständig ist das Sächsische Verwaltungsgericht, in dessen Bezirk der Kläger seinen Sitz oder Wohnsitz hat:

- Verwaltungsgericht Chemnitz, Zwickauer Straße 56, 09112 Chemnitz,
- Verwaltungsgericht Dresden, Fachgerichtszentrum, Hans-Oster-Straße 4, 01099 Dresden,
- Verwaltungsgericht Leipzig, Rathenaustraße 40, 04179 Leipzig.

Für Kläger ohne Sitz oder Wohnsitz im Freistaat Sachsen ist das Verwaltungsgericht Dresden, Fachgerichtszentrum, Hans-Oster-Straße 4, 01099 Dresden, örtlich zuständig.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Sachsen) und den Gegenstand des Klagebegehrens be-

zeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, die angefochtene Allgemeinverfügung soll in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung

- Gegen Verwaltungsakte des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt ist ein Widerspruchsverfahren nicht vorgesehen. Durch die Einlegung eines Widerspruchs wird die Klagefrist nicht gewahrt.
- Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen.
- Wird die Klage in elektronischer Form erhoben, muss das elektronische Dokument entweder mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen werden oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 55a Absatz 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) eingereicht werden. Die weiteren Maßgaben für die Übermittlung des elektronischen Dokumentes ergeben sich aus Kapitel 2 der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung – ERVV).
- Kraft Bundesrecht wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Dresden, den 27. Juli 2021

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Dagmar Neukirch
Staatssekretärin

Begründung

A. Allgemeiner Teil

Die vorliegende Allgemeinverfügung zur Anordnung von Hygieneauflagen bezieht sich auf die Sächsische Corona-Schutz-Verordnung und gestaltet diese durch allgemeine und besondere Hygienevorgaben näher aus. Dies bewirkt eine weitreichende Kopplung der Hygienevorgaben an die jeweiligen in der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung vorgesehenen Öffnungsschritte beziehungsweise Rücknahmen von Beschränkungen. Mit der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung vom 22. Juni 2021 wurde eine neue Inzidenzstufe („Sieben-Tage-Inzidenz mit einem Schwellenwert unter 10“) eingeführt, bei deren Unterschreitung bis auf die nach § 3 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung beizubehaltenden Basisschutzmaßnahmen alle weiteren Beschränkungen entfallen.

Die Verringerung des Infektionsgeschehens hat dazu geführt, dass die Sieben-Tage-Inzidenz in vielen sächsischen Landkreisen und kreisfreien Städten aktuell diesen neuen Schwellenwert von 10 unterschreitet. Auch in der vorliegenden Allgemeinverfügung wird deshalb auf die neue Inzidenzstufe von 10 Bezug genommen. Die allgemeinen Hygieneregeln und Grundsätze (Ziffer I) behalten auch bei einem Unterschreiten des Schwellenwerts von 10 Gültigkeit, da diese Basishygienemaßnahmen auch weiterhin der Verhinderung von Ansteckungen dienen.

Bei den besonderen Hygieneregeln (Ziffer II) wurde ebenfalls auf die neue Inzidenzstufe von 10 abgestellt, um in einigen besonders gefahrträchtigen Bereichen auch bei einem geringen Infektionsgeschehen das Risiko einer Ansteckung mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 beziehungsweise einer Virusmutation zu minimieren. Während die nicht ausdrücklich fortgeltenden besonderen Hygieneregeln bei einem Unterschreiten des Schwellenwerts von 10 entfallen, sind davon diejenigen besonderen Hygieneregeln ausgenommen, die auch bei einem Unterschreiten des Schwellenwerts von 10 weiterhin Gültigkeit behalten (siehe Abschnitt I Ziffer I Buchstabe a für die fortgeltenden Hygieneregeln). Diese sind ebenso wie die allgemeinen Hygienegrundsätze weiter zu beachten.

Wird der Schwellenwert von 10 überschritten, gelten auch die besonderen Hygieneregeln vollumfänglich.

Zu Ziffer I.1 (Grundsätze)

Um das Infektionsrisiko durch Aerosole und Tröpfcheninfektionen an Orten, an denen viele Menschen aufeinandertreffen, gering zu halten, ist auf allgemeine Hygieneregeln wie das durchgängige Einhalten eines Mindestabstandes von 1,5 Metern zwischen Personen beziehungsweise wenn der Mindestabstand nicht eingehalten werden kann, das Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes (im Sinne der Corona-Schutz-Verordnung) sowie gründliches Lüften beziehungsweise auf den Aufenthalt im Freien im Falle eines erneut ansteigenden Infektionsgeschehens (Sieben-Tage-Inzidenz mit einem Schwellenwert über 10) hinzuweisen.

Darüber hinaus sind Maßnahmen zur Vermeidung von Schmierinfektionen durch Händehygiene und zur Vermeidung des Berührens von Oberflächen zu treffen.

Regelmäßiges Lüften bedeutet einen Luftaustausch von Innenraumluft mit frischer Außenluft. Dabei werden unter anderem verbrauchte Luft, Schadstoffe von Materialien, Par-

tikel sowie Biostoffe, zum Beispiel Krankheitserreger, nach außen abtransportiert, um eine gute Luftqualität in Innenräumen zu gewährleisten. Nach der Arbeitsstättenverordnung und der konkretisierenden Technischen Regel für Arbeitsstätten ASR A3.6 „Lüftung“ (Gemeinsames Ministerialblatt (GMBL) 2012, S. 92, zuletzt geändert GMBL 2018, S. 474) muss in umschlossenen Arbeitsräumen eine „gesundheitlich zuträgliche Atemluft“ vorhanden sein. Gerade in Zeiten einer Pandemie ist ein ausreichender Luftaustausch besonders wichtig, damit die Ansteckungsgefahr verringert werden kann. Die ASR A3.6 „Lüftung“ und die SARS-CoV-2-Pandemie-Empfehlungen zum Lüftungsverhalten an Innenraumarbeitsplätzen der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung e. V. (DGUV) vom 12.10.2020 (<https://publikationen.dguv.de/widgets/pdf/download/article/3932>) empfehlen für das Lüften von zum Beispiel Büroräumen einen zeitlichen Abstand von einer Stunde und von Besprechungs- und Seminarräumen von 20 Minuten.

Darüber hinaus sind von Betrieben, Geschäften und öffentlichen Einrichtungen in Form von Hygienekonzepten die Hygienemaßnahmen festzuschreiben und einzuhalten, wie sie im SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandard des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und in der vorliegenden Allgemeinverfügung beschrieben sind. In diesem Zusammenhang sollen aktuelle branchenübliche Standards, die Empfehlungen entsprechender Fachverbände sowie die konkreten Rahmenbedingungen der Einrichtungen Berücksichtigung finden und die Hygienekonzepte konkretisieren.

Die Kunden sind bereits beim Betreten der Betriebe, Geschäfte und öffentlichen Einrichtungen beziehungsweise des gastronomischen Außenbereichs auf die entsprechend dem Hygienekonzept einzuhaltenden Regeln hinzuweisen, um deren Kenntnis und Beachtung sicherstellen zu können beziehungsweise im Falle der Nichtakzeptanz das weitere Betreten zu verhindern.

Den wesentlichen Übertragungsweg von SARS-CoV-2-Viren stellen Aerosole dar, die über die Atemluft übertragen werden. Entsprechend hat das Personal einen Mund-Nasen-Schutz gemäß den Vorgaben der SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung zu tragen, sofern keine alternativen ebenso wirksamen Schutzmaßnahmen beim unmittelbaren Kontakt mit Kunden oder anderen Mitarbeitern Verwendung finden. Auf diese Weise soll die Ausbreitung von Aerosolen zumindest reduziert werden. Kunststoffvisiere und einfache Trennscheiben sind nicht ausreichend, da die Aerosole damit nicht aufgehalten werden.

Zusätzlich wird der Infektionsprävention bei einem erneut ansteigenden Infektionsgeschehen (Sieben-Tage-Inzidenz mit einem Schwellenwert über 10) durch die Einhaltung der Abstandsregelung von mindestens 1,5 Metern in Innenräumen in Verbindung mit weiteren Schutzmaßnahmen Rechnung getragen.

Die regelmäßige Reinigung oder Desinfektion ist weiterhin eine zentrale infektionsschutzrechtlich gebotene Maßnahme.

Die allgemeinen Grundsätze des Infektionsschutzes sowie Vorgaben des Lebensmittelhygienerechts sind darüber hinaus unverändert anzuwenden.

Zur Sicherstellung der Beachtung aller aktuellen Hygienevorgaben ist eine regelmäßige Information des Personals erforderlich.

Personen mit begründetem Verdacht einer Covid-19-Infektion dürfen die Einrichtungen aus Vorsorgegründen weder als Kunden betreten noch als Mitarbeiter in diesen tätig sein.

Das Robert Koch-Institut weist darauf hin, dass auch eine Kontaktübertragung nicht auszuschließen sei (<https://www.bfr.bund.de/cm/343/kann-das-neuartige-coronavirus-ueber-lebensmittel-und-gegenstaende-uebertragen-werden.pdf>). In der Konsequenz wurde die Bereitstellung von Desinfektionsmitteln und Anwendung durch die Kunden wie auch regelmäßige Desinfektion von häufig berührten Flächen geregelt.

Markierungen auf dem Boden erleichtern Kunden und Personal das Erkennen und Einhalten notwendiger Abstände.

Zu Ziffer I.2 (Klimaanlagen, Raumlufteinrichtungen)

Durch Klimaanlagen und raumluftechnische Anlagen können Tröpfchen und Aerosole im Raum verwirbelt und verteilt werden. Nur gut gewartete und richtig eingestellte Klimaanlagen und raumluftechnische Anlagen können dieses Risiko minimieren.

Aufgrund der Einschätzungen entsprechender Fachkreise werden Regelungen für die Belüftung getroffen, um das Risiko der Weiterverbreitung von SARS-CoV-2 einzudämmen. Auf den derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnisstand und die sich daraus ableitenden Handlungsempfehlungen, die in der Publikation „Infektionsschutzgerechtes Lüften – Hinweise und Maßnahmen in Zeiten der SARS-CoV-2-Epidemie“ (https://www.baua.de/DE/Angebote/Publikationen/Fokus/Lueftung.pdf?__blob=publicationFile&v=18) der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) umfassend dargestellt werden, wird Bezug genommen.

B.

Besonderer Teil

Die in dieser Allgemeinverfügung enthaltenen besonderen Hygieneregeln für Einrichtungen und Angebote gelten jeweils vorbehaltlich ihrer zulässigen Öffnung nach den Vorgaben der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung. Sie dienen der Eindämmung der Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2. Auf die Ausführungen unter A. Allgemeiner Teil der Begründung wird verwiesen.

Zu Ziffer II.1 (Besondere Hygieneregeln für die Speisversorgung, die Abholung und Lieferung von Speisen und Getränken sowie den Gastronomiebetrieb im Innen- und Außenbereich einschließlich der Veranstaltung zulässiger Familien-, Vereins- und Firmenfeiern)

Die Hygieneregeln für die Abgabe von Speisen und Getränken zur Mitnahme sowie für den Verzehr in Mensen und Kantinen beziehungsweise im Rahmen der Innen- und Außengastronomie folgen den Erkenntnissen zu Übertragungswegen, wie sie im SARS-CoV-2 Steckbrief des Robert Koch-Instituts (https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Steckbrief.html#doc13776792bodyText2) in Verbindung mit den ergänzenden fachlichen Einschätzungen des Bundesinstitutes für Risikobewertung (zum Beispiel: <https://www.bfr.bund.de/cm/343/kann-das-neuartige-coronavirus-ueber-lebensmittel-und-gegenstaende-uebertragen-werden.pdf>) beschrieben sind.

Sofern der Gastronomiebetrieb im Innen- beziehungsweise Außenbereich gemäß der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung gestattet ist, ist eine Bewirtung sowohl für Gäste als auch Übernachtungsgäste in Beherbergungsstätten möglich.

Zur Sicherstellung der Abstandsregelungen entsprechend der Robert Koch-Institut-Empfehlung wurde für belegte Tische beim Verzehr von Speisen ein Abstand von mindestens 1,5 Metern zwischen den Stühlen benachbarter Tische festgeschrieben. Da beim Verzehr von Speisen in der Regel länger verweilt wird, muss hier besonders auf die Einhaltung der Abstandsregelungen geachtet werden. An einem Tisch gruppierte Stühle können den Mindestabstand unterschreiten, wenn sie von Personen des eigenen Hausstandes und den Angehörigen eines weiteren Hausstandes einschließlich der zu ihrem Haushalt gehörenden Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres beziehungsweise entsprechend den sonstigen Regelungen der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung belegt sind. Diese Abstandsregelungen gelten, sofern der Betrieb zulässig ist, auch für den Gastronomiebetrieb im Innen- beziehungsweise Außenbereich.

Das Robert Koch-Institut weist darauf hin, dass auch eine Kontaktübertragung nicht auszuschließen sei. In der Konsequenz wurde die Bereitstellung von Desinfektionsmitteln und Anwendung durch Kunden beziehungsweise Gäste und das Shisha-Rauchen in gastronomischen und vergleichbaren Einrichtungen geregelt. Die ergänzenden Regelungen für den Lebensmittelbereich inklusive der Lebensmittelbedarfsgegenstände berücksichtigen ebenfalls die Möglichkeit der Kontaktinfektion.

Zusätzlich sind im Sinne der Infektionsprävention sowohl Regelungen für Spielzimmer und Spielecken für Kinder (Desinfektionsmaßnahmen und Mindestabstand) getroffen als auch Empfehlungen zum Verzicht auf den Konsum von Lebensmitteln und Getränken am Bartresen in gastronomischen Einrichtungen gegeben worden.

Zu Ziffer II.2 (Besondere Hygieneregeln für Ladengeschäfte und Märkte)

Die Hygieneregeln für Geschäfte und Läden aller Art folgen den Erkenntnissen zu Übertragungswegen, wie sie im SARS-CoV-2 Steckbrief des Robert Koch-Instituts (https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Steckbrief.html#doc13776792bodyText2) beschrieben sind. Den wesentlichen Übertragungsweg stellen Aerosole dar, die über die Atemluft übertragen werden. Entsprechend wurde für Kunden und Personal in Geschäften und Läden, wie auch beim Abholen, das Tragen einer medizinischen Gesichtsmaske (sogenannte OP-Maske) oder einer FFP2-Maske oder einer vergleichbaren Atemschutzmaske, jeweils ohne Ausatemventil, vorgeschrieben, um die Ausbreitung von Aerosolen zumindest zu reduzieren. Alternative Schutzmaßnahmen können Verwendung finden, sofern sie ebenso wirksam sind. Kunststoffvisiere und einfache Trennscheiben sind nicht ausreichend, da die Aerosole damit nicht aufgehalten werden.

Das Robert Koch-Institut weist darauf hin, dass auch eine Kontaktübertragung nicht auszuschließen sei (<https://www.bfr.bund.de/cm/343/kann-das-neuartige-coronavirus-ueber-lebensmittel-und-gegenstaende-uebertragen-werden.pdf>). Die Einhaltung von Abstandsregeln trägt laut Robert Koch-Institut ebenfalls zur Verringerung des Infektionsrisikos bei. Markierungen auf dem Boden und – soweit realisierbar – Einbahnstraßen-Regelungen erleichtern Kunden und Personal das Erkennen und Einhalten notwendiger Abstände.

Zu Ziffer II.3 (Besondere Hygieneregeln für nach der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung zulässige Beherbergungsangebote)

Zusätzlich zu den allgemeinen Geboten werden spezielle organisatorische Regeln als Infektionsschutzmaßnahmen getroffen, um die Kontakte in gemeinschaftlich genutzten Räumen soweit wie möglich zu begrenzen.

Die Hinweise zur Speisenversorgung sind in der Begründung zu Ziffer II.1 dargelegt.

Zu Ziffer II.4 (Besondere Hygieneregeln für öffentliche Toiletten sowie sanitäre Einrichtungen auf Campingplätzen)

Öffentliche Toiletten und sanitäre Einrichtungen auf Campingplätzen werden naturgemäß, gerade in der Hauptsaison, von vielen Menschen benutzt. Kommen im Falle einer erneut ansteigender Sieben-Tage-Inzidenz über den Schwellenwert von 10 viele Menschen ohne die Einhaltung von Abstandsregeln zusammen, kann dies ein Risiko für eine Infektion mit SARS-CoV-2 darstellen. Deshalb ist die Benutzung der öffentlichen Toiletten und sanitären Anlagen auf Campingplätzen von zu vielen Personen zur gleichen Zeit zu vermeiden. Dies gelingt durch die Beschränkung der gleichzeitig anwesenden Personenzahl in Abhängigkeit von der Raumgröße sowie der Einhaltung der Abstandsregeln in diesen Bereichen. Der Betreiber hat entsprechende Hinweise zur maximalen Zahl an gleichzeitig anwesenden Personen in den Toiletten beziehungsweise Sanitärbereichen anzubringen.

Das Händewaschen nach der Nutzung der Sanitäranlagen ist eine wichtige Hygienemaßnahme um das Infektionsrisiko zu senken. Für das Händewaschen müssen in den Sanitäranlagen geeignete Möglichkeiten vorhanden sein. Hierbei sollte ein entsprechender Abstand zwischen den Personen eingehalten werden. Die Bereiche zum Händewaschen müssen zudem mit Flüssigseife und Einmalhandtüchern (falls die Personen kein eigenes Handtuch bei sich tragen) ausgerüstet sein. Die Benutzung von Stückseifen beziehungsweise einem Handtuch für mehrere Personen ist nicht geeignet, da bei nicht gründlichem Waschen der Hände Keime, welche sich auf dem Handtuch befinden, von einer Person auf die Hände der nächsten Person übertragen werden können.

Die Nutzer sind angehalten, sich die Hände nach der Nutzung der öffentlichen Toilettenanlage/ Sanitäranlage auf dem Campingplatz zu waschen. Dies erfolgt über entsprechende Hinweise. Nach dem Toilettenbesuch können Keime leicht über kleinste Stuhlreste weitergetragen werden. Von den Händen können Erreger beispielsweise an Spültaster, Armaturen oder Türklinken weitergereicht werden und dort abhängig von der Art des Keims, der Beschaffenheit der Oberfläche, der Umgebungstemperatur oder Feuchtigkeit für einige Zeit überleben. Durch gründliches Händewaschen kann die Weitertragung von Keimen vermieden werden.

Die Reinigung insbesondere von Kontaktflächen in öffentlichen Toiletten und Sanitärbereichen auf Campingplätzen ist regelmäßig durchzuführen. Verunreinigungen sind umgehend zu beseitigen. Die Bereiche werden von Personen aus unterschiedlichen Hausständen über den ganzen Tag genutzt. Es ist davon auszugehen, dass durch häufige Nutzung die Verunreinigung zunimmt und somit das Infektionsrisiko steigt. Deshalb ist die Sauberkeit in diesen Bereichen zu gewährleisten und diese regelmäßig zu kontrollieren.

Zu Ziffer II.5 (Besondere Hygieneregeln für zulässige Dienstleistungsbetriebe im Bereich der körpernahen Dienstleistung)

Zusätzlich zu den allgemeinen Geboten werden spezielle organisatorische Regeln getroffen, um die in Betrieben im Bereich der körpernahen Dienstleistung bestehenden Gefahren so weit wie möglich zu reduzieren.

Bei körpernahen Dienstleistungen werden Angebote direkt am Menschen erbracht. Hierbei besteht ein höheres Risiko der Weitergabe von SARS-CoV-2, da Mindestabstände nicht eingehalten werden können. Insofern werden verschärfende Regelungen für das Tragen von Masken, organisatorische Maßnahmen und die Reinigung aufgestellt. Das größte Risiko geht von kopfnahen Tätigkeiten aus. Das Tragen einer medizinischen Gesichtsmaske (sogenannte OP-Maske) oder einer FFP2-Maske oder einer vergleichbaren Atemschutzmaske, jeweils ohne Ausatemventil, schützt sowohl den Ausführenden als auch den Kunden vor einer Virusübertragung.

Zu Ziffer II.6 (Besondere Hygieneregeln für zulässige Angebote der Aus-, Fort-, Weiterbildungs- und Erwachsenenbildungseinrichtungen sowie ähnliche Einrichtungen, Volkshochschulen, Kunst-, Musik- und Tanzschulen, für Bibliotheken, die Medienausleihe sowie für Fahr-, Boots- und Flugschulen)

Durch die vorliegenden Regelungen für die genannten Bildungseinrichtungen einschließlich der Erbringung der genannten Schulungen und Prüfungen, für Kunst-, Musik- und Tanzschulen, für Bibliotheken, die Medienausleihe sowie für Fahr-, Boots- und Flugschulen soll das Infektionsrisiko minimiert werden. Um eine Weitergabe des Coronavirus SARS-CoV-2 zu vermeiden, sollten die in ihrer Wirksamkeit anerkannten Hygieneregeln und Schutzmaßnahmen zuverlässig eingehalten werden (<https://www.bfr.bund.de/cm/343/kann-das-neuartige-coronavirus-ueber-lebensmittel-und-gegenstaende-uebertragen-werden.pdf> und https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Reinigung_Desinfektion.html?jsessionid=033F318AA6CB26421286DAA357E07949.internet052?nn=2386228).

Durch Musikinstrumente (insbesondere Blasinstrumente) und Gesang können nachweislich mehr Tröpfchen und Aerosole verbreitet werden als beim normalen Umgang zwischen Personen. Insofern sind spezielle Regelungen für diesen Personenkreis zu treffen, insbesondere zur Einhaltung eines größeren Abstands zwischen den Handelnden und zum Umgang mit besonders risikoreichen Instrumenten (Blasinstrumente).

Zu Ziffer II.7 (Besondere Hygieneregeln für Kulturveranstaltungen, für Proben und Aufführungen von Laien und Amateuren, Kulturstätten, zoologische und botanische Gärten und Tierparks, für Stadt-, Gäste- und Naturführungen sowie für Freizeit- und Vergnügungsparks)

Durch ergänzende Regeln für Kulturveranstaltungen im Außenbereich, Kulturstätten, zoologische und botanische Gärten und Tierparks, für Stadt-, Gäste- und Naturführungen sowie für Freizeit- und Vergnügungsparks soll das Infektionsrisiko in diesem Bereich minimiert werden. Zusätzlich zu den allgemeinen Geboten werden spezielle organisatorische Regeln getroffen, um die Kontakte in Einrichtungen soweit wie möglich zu begrenzen. Die Einhaltung von Abstandsregeln trägt laut Robert Koch-Institut zur Verringerung des Infektionsrisikos bei.

Zu Ziffer II.8 (Besondere Hygieneregeln für Tagungen, Kongresse und Messen)

Durch geeignete organisatorische Maßnahmen und Hygienemaßnahmen, die im entsprechenden Hygienekonzept darzulegen sind, soll das Risiko der Weiterverbreitung von SARS-CoV-2 durch das Aufeinandertreffen einer Vielzahl von Menschen minimiert werden.

Zu Ziffer II.9 (Besondere Hygieneregeln für Diskotheken, Clubs und Musikclubs)

Durch geeignete organisatorische Maßnahmen und Hygienemaßnahmen, die in einem genehmigungsbedürftigen Hygienekonzept darzulegen sind, soll das Risiko der Weiterverbreitung von SARS-CoV-2 durch das Aufeinandertreffen einer Vielzahl von Menschen minimiert werden.

Zu Ziffer II.10 (Besondere Hygieneregeln für öffentliche Festivitäten sowie Feiern auf öffentlichen Plätzen und Anlagen)

Durch organisatorische Maßnahmen soll dem unkontrollierten und unstrukturierten Aufeinandertreffen einer Vielzahl von Personen entgegengetreten werden. Durch die Einhaltung von Mindestabständen soll das Risiko einer Virusübertragung vermindert werden.

Eine mögliche Reduzierung des Alkoholausschanks erhält die Bereitschaft der Besucher zur aktiven Mitwirkung an den Schutzmaßnahmen, da mit steigendem Alkoholpegel das bewusste Handeln der Betroffenen immer mehr eingeschränkt wird.

Die Maßnahmen sind im angebotsbezogenen Hygienekonzept darzustellen und umzusetzen.

Zu Ziffer II.11 (Besondere Hygieneregeln für Großveranstaltungen)

Kommen bei größeren Veranstaltungen inklusive Sportwettkämpfen sehr viele Menschen zusammen, ist die Gefahr der Übertragung von SARS-CoV-2 erhöht, da sich viele Unbekannte treffen und mehr potentiell Infizierte anwesend sein können und bei der An- und Abreise sowie in bestimmten Bereichen der Veranstaltung dichtes Gedränge ohne Einhaltung des Mindestabstandes entstehen kann. Insofern sind in den entsprechenden Hygienekonzepten mit dem Ziel der Risikominimierung Festlegungen zu allen aufgezählten Gefährdungspunkten, insbesondere zur Einhaltung der Mindestabstände, zur Belüftung und zum Tragen des Mund-Nasen-Schutzes zu treffen.

Eine mögliche Reduzierung des Alkoholausschanks erhält die Bereitschaft der Besucher zur aktiven Mitwirkung an den Schutzmaßnahmen, da mit steigendem Alkoholpegel das bewusste Handeln der Betroffenen immer mehr eingeschränkt wird.

Zu Ziffer II.12 (Besondere Hygieneregeln für Prostitutionsstätten, Prostitutionsveranstaltungen, Prostitutionsvermittlung und Prostitutionsfahrzeuge)

Bei Angeboten in Prostitutionsstätten ist mit körperlicher Nähe und mit einer gesteigerten Atmung und damit verbunden auch einem höheren Ausstoß von Tröpfchen und Aerosolen zu rechnen. In einem gegebenenfalls zu genehmigenden Hygienekonzept sind geeignete organisatorische Maßnahmen und Hygienemaßnahmen zu regeln und umzusetzen, um die Gefahr der Übertragung von SARS-CoV-2 zu minimieren.

Zu Ziffer II.13 (Besondere Hygieneregeln für die Nutzung von Sportanlagen im Innen- und Außenbereich sowie Fitness- und Sportstudios und für Sportveranstaltungen)

Sportliche Aktivitäten sind mit einer gesteigerten Atmung und damit auch einem höheren Ausstoß von Tröpfchen und Aerosolen verbunden. Um die Gefahr einer erhöhten Übertragung von SARS-CoV-2 zu reduzieren, sind sowohl die geltenden bundesrechtlichen Quarantäne-Regelungen als auch die Vorgaben der Bundesfachverbände für Training und Wettkämpfe zu beachten. Zudem werden für diese Einrichtungen Betriebs-, Zugangs- und Kontaktbeschränkungen sowie organisatorische Festlegungen getroffen. Nur so ist der Betrieb dieser Einrichtungen mit akzeptablem Risiko möglich.

Lüftungskonzepte sind für diese Einrichtungen als Maßnahme des Infektionsschutzes erforderlich.

Zu Ziffer II.14 (Besondere Hygieneregeln für Bäder und Saunen, soweit der Betrieb nach der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung zulässig ist)

Eine Übertragung von SARS-CoV-2 über Schwimm- und Badewasser in normgerecht gebauten und betriebenen Bädern wird vom Umweltbundesamt als höchst unwahrscheinlich eingeschätzt (https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/374/dokumente/stellungnahme_uba_sars-co2_badebecken.pdf).

Wie für alle Orte, an denen viele Menschen versammelt sind, besteht in Bädern aber ein Infektionsrisiko durch direkte Übertragung der Erreger von Mensch zu Mensch. Auch Schmierinfektionen über Flächen und Gegenstände können nicht ausgeschlossen werden. Um die direkte Mensch-zu-Mensch-Übertragung zu verhindern, ist auch innerhalb von Bädern der Mindestabstand von 1,5 Metern zu anderen Personen einzuhalten. Dies gilt für alle Bereiche des Bades. Der Betreiber muss durch Zugangsbeschränkungen und organisatorische Regelungen sicherstellen, dass der Mindestabstand eingehalten werden kann. Dazu ist auch eine Obergrenze für die Zahl der zeitgleich anwesenden Badegäste festzulegen. Fachliche Vorgaben zur Festlegung der Obergrenze finden sich im Pandemieplan Bäder der Deutschen Gesellschaft für das Badwesen e.V. (<https://www.baederportal.com/startseite/> und https://www.baederportal.com/fileadmin/user_upload/_corona/DGfB_Fachbericht_Pandemieplan__Baeder_Version_4_0-25_03_2021.pdf).

Zu Ziffer II.15 (Besondere Hygieneregeln für Fahrten mit Reisebussen)

Durch ergänzende Regeln für Fahrten mit Reisebussen soll das Infektionsrisiko, das durch enges Beieinandersitzen auf längeren Strecken entsteht, minimiert werden.

Zu Ziffer II.16 (Ergänzende Hygieneregeln für Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens)

Für diese Einrichtungen existieren bereits risikobezogene Regelungen beziehungsweise Empfehlungen der Kommission für Krankenhaushygiene und Infektionsprävention und des Robert Koch-Instituts zur Minimierung von Infektionsrisiken sowie anderweitige rechtliche Normen. Der Verweis auf diese Regelungen hat deklaratorischen Charakter.

Die Einrichtungen haben dafür Sorge zu tragen, dass sich die versorgten Personen, die Beschäftigten sowie weitere Personengruppen (zum Beispiel Angehörige, behandelnde Ärzte, Dienstleister) nicht infizieren. Dafür haben die

Einrichtungen einen einrichtungsspezifischen Hygieneplan zu erstellen, welcher sämtliche Maßnahmen zusammenfasst, die der Einhaltung und Gewährleistung bestimmter Hygiene-Standards dienen, um Infektionen einzudämmen und deren weitere Ausbreitung zu verhindern.

Hierbei sollen die einschlägigen Empfehlungen des Robert Koch-Instituts beachtet werden. Eine Abwägung des Nutzens von Schutzmaßnahmen gegenüber psychosozialen Folgen und anderen Schäden ist stets erforderlich.

Um zu einem angemessenen Verhältnis zwischen dem Schutz der versorgten Personen und deren Persönlichkeits- sowie Freiheitsrechten zu gelangen, liegt es in der Verantwortung sowie fachlichen und sozialen Kompetenz der Einrichtungsleitungen, entsprechende Möglichkeiten zu schaffen und umzusetzen. Hierbei müssen die räumlichen und organisatorischen Gegebenheiten vor Ort sowie das aktuelle und regionale Infektionsgeschehen berücksichtigt werden. Des Weiteren liegt es im Ermessen der Einrichtungsleitungen, zur Abstimmung der Schutzvorkehrungen die zuständige kommunale Gesundheitsbehörde zu konsultieren.

Entsprechendes gilt für Krankenhäuser, für welche bereits gemäß § 23 Absatz 5 des Infektionsschutzgesetzes innerbetriebliche Verfahrensweisen zur Infektionshygiene in Hygieneplänen festzulegen sind. Die Hygieneregeln erlangen im Rahmen der Corona-Pandemie aufgrund des Ausfallrisikos des medizinischen Personals (aufgrund Erkrankung beziehungsweise Quarantäne, um weitere Infektionen zu vermeiden) auf der einen und der Aufrechterhaltung der stationären Versorgung auf der anderen Seite besondere Bedeutung.

Darüber hinaus findet für Einrichtungen nach § 29 Absatz 1 Nummer 1 und 2 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung neben § 36 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Infektionsschutzgesetzes auch § 3 Absatz 2 Nummer 10 und 12 des Sächsischen Betreuungs- und Wohnqualitätsgesetzes Anwendung, wonach es im Verantwortungsbereich des Einrichtungsträgers und der Einrichtungsleitung liegt, dass ein ausreichender und dem Konzept der Einrichtung angepasster Schutz der Bewohnerinnen vor Infektionen gewährleistet wird und dass auch durch die Beschäftigten die erforderlichen Hygieneanforderungen eingehalten werden.

Das Erfordernis von Hygienekonzepten in Heimen für minderjährige Personen ergibt sich bereits aus dem Infektionsschutzgesetz (§§ 33 und 36 des Infektionsschutzgesetzes). Diese Konzepte sind im Hinblick auf das Pandemiegeschehen anzupassen.

Da die Empfehlungen des Robert Koch-Instituts für stationäre Alten- und Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen für Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen (https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Alten_Pflegeeinrichtung_Empfehlung.pdf?__blob=publicationFile) teilweise auch auf Angebote der ambulanten Versorgung, beispielsweise Veranstaltungen für Menschen im betreuten Wohnen, angewendet werden können, wird dies insbesondere im Hinblick auf Erleichterungen in Folge des Impffortschritts für soziale Kontakte hier klargestellt.

Möglichkeiten zur Reduzierung beziehungsweise zum Verzicht auf den Mindestabstand werden in den Empfehlungen des Robert Koch-Instituts beispielsweise für Gemeinschaftsveranstaltungen unter bestimmten Bedingungen oder bei Zusammenkünften von geimpften beziehungsweise ge-

nesenen Bewohnerinnen und Bewohnern sowie in Besuchskonstellationen beschrieben.

Das vom Robert Koch-Institut für wohnbereichsübergreifende Gemeinschaftsveranstaltungen ohne Einhaltung des Mindestabstands empfohlene Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes wird hier verbindlich festgelegt im Kontext größerer organisierter Zusammenkünfte, bei denen teilweise auch ungeimpfte Menschen aus verschiedenen, sonst abgegrenzten Bereichen zusammenkommen. Hingewiesen wird zusätzlich auf die Ausnahmen zur Maskenpflicht gemäß der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung sowie auf die über die Empfehlungen des Robert Koch-Instituts hinausgehende Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes auch für geimpfte beziehungsweise genesene Besucherinnen und Besucher, die in Kontakt zu geimpften beziehungsweise genesenen Bewohnerinnen und Bewohnern kommen. Dies sind zusätzliche Schutzmaßnahmen für vulnerable Personengruppen, insbesondere vor dem Hintergrund des Auftretens von Coronavirus-Mutationen, da Infektionen und Übertragungen durch geimpfte beziehungsweise genesene Personen nicht ganz ausgeschlossen werden können.

Zu Ziffer II.17 (Besondere Hygieneregeln für Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, der Kinder-, Jugend- und Familienerholung)

Den allgemeinen Hygieneregeln der Allgemeinverfügung folgend sollen die Konzepte neben Maßnahmen zur Besucherlenkung und zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes auch Maßnahmen zur Einhaltung des empfohlenen Mindestabstands und zur Festlegung der Obergrenze der zeitgleich anwesenden Personen umfassen, um eine Kontaktreduzierung und die Einhaltung der Regelungen des Infektionsschutzes während der Durchführung der Angebote zu gewährleisten.

Kontaktbeschränkungen, das Tragen einer medizinischen Gesichtsmaske (sogenannte OP-Maske) oder FFP2-Maske oder vergleichbarer Atemschutzmaske, jeweils ohne Ausatemventil, und Abstandsgebote sind weiterhin zentrale infektionsschutzrechtlich gebotene Maßnahmen.

Über das jeweilige Hygienekonzept können Besonderheiten der konkreten Angebote in den Regelungszusammenhang integriert und damit die Wirkung der Infektionsschutzmaßnahmen an der konkreten Einrichtung optimiert werden.

Die Durchführung der Kinder-, Jugend- und Familienerholungsmaßnahmen in festen Gruppen soll zur Kontaktreduzierung beitragen und eine Kontaktnachverfolgung ermöglichen.

Zu Ziffer II.18 (Besondere Hygieneregeln für teilstationäre Einrichtungen nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch)

Die Träger von Tagespflegeeinrichtungen nach § 71 Absatz 2 Nummer 2 zweite Alternative des Elften Buches Sozialgesetzbuch werden verpflichtet, im Rahmen eines Hygieneplanes oder eines eigenständigen Konzepts Festlegungen zum Betreten und Verlassen der Einrichtungen zur Betreuung von Tagespflegegästen zu erstellen. Die Einrichtungen haben Sorge zu tragen, dass sich die Pflegebedürftigen, die Beschäftigten sowie weitere Personengruppen (zum Beispiel Angehörige, behandelnde Ärzte, Dienstleister) nicht infizieren. Dafür haben die Einrichtungen einen einrichtungsspezifischen Hygieneplan zu erstellen, welcher sämtliche Maßnahmen zusammenfasst, die der Einhaltung und Gewährleistung bestimmter Hygiene-Standards dienen, um Infektionen einzudämmen und deren weitere Ausbreitung zu

verhindern. Diese Notwendigkeit besteht nach dem Infektionsschutzgesetz und wurde als grundlegender Bezug in die Sächsische Corona-Schutz-Verordnung aufgenommen.

Satz 2 benennt Einzelheiten zur inhaltlichen Ausgestaltung. Der zu erstellende Hygieneplan oder das eigenständige Konzept muss Regelungen insbesondere zur gleichzeitig anwesenden Anzahl der betreuten Gäste, zum Transport zur Einrichtung und nach Hause sowie zur Nachverfolgbarkeit eventueller Infektionsketten beinhalten. Es sind verhältnismäßige Regelungen zu erstellen, die das jeweilige Infektionsgeschehen und das Selbstbestimmungsrecht der versorgten Personen berücksichtigen. Dabei sind auch die einschlägigen Empfehlungen des Robert Koch-Instituts zu beachten.

Um zu einem angemessenen Verhältnis zwischen dem Schutz der versorgten Personen und deren Persönlichkeits- sowie Freiheitsrechten zu gelangen, liegt es in der Verantwortung sowie fachlichen und sozialen Kompetenz der Einrichtungsleitungen, entsprechende Möglichkeiten zu schaffen und umzusetzen. Hierbei sollten die räumlichen und organisatorischen Gegebenheiten vor Ort sowie das aktuelle und regionale Infektionsgeschehen berücksichtigt werden. Das Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt hat den Leitfaden „Hinweise für Tagespflegeeinrichtungen nach SGB XI“ erstellt, der den Tagespflegeeinrichtungen anhand von Leitfragen und Beispielen eine Orientierung bieten kann. Jedoch obliegt die Verantwortung für die Erstellung solcher Regelungen grundsätzlich dem Träger der Einrichtung. Im Zweifel kann die zuständige kom-

munale Gesundheitsbehörde zur Abstimmung der Schutzvorkehrungen hinzugezogen werden.

In Anlehnung an die jeweils geltenden Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts (https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Alten_Pflegeeinrichtung_Empfehlung.pdf?__blob=publicationFile) kann – analog der Empfehlung für Gemeinschaftsveranstaltungen – auf die Einhaltung des Mindestabstands verzichtet werden. Als zusätzliche Schutzmaßnahme der vulnerablen Personengruppe wird beim Verzicht auf den Mindestabstand das Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes in Innenräumen festgelegt.

Zu Ziffer II.19 (Hygienevorschriften für Modellprojekte im Sinne der Corona-Schutz-Verordnung)

Die Vorschrift dient als Hinweis, dass die Allgemeinverfügung zur Anordnung von Hygieneauflagen auch als Orientierung für Modellprojekte gilt.

Zu Ziffer III

Mit dem Vorbehalt weiterer Hygieneschutzmaßnahmen kann auf ein dynamisches Infektionsgeschehen mithilfe der Anordnung gegebenenfalls weiterer erforderlicher Maßnahmen flexibel reagiert werden.

Zu Ziffer IV

Diese Ziffer regelt das In- und Außerkrafttreten.

**Bekanntmachung
des Sächsischen Staatsministeriums
für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
zur Anpassung des Betrags für den kommunalen
Mehrbelastungsausgleich gemäß § 5 des Sächsischen
Prostituiertenschutzausführungsgesetzes für die Jahre 2021 und 2022**

Vom 29. Juli 2021

Das Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt gibt gemäß § 5 Absatz 5 Satz 2 in Verbindung mit Absatz 4 des Sächsischen Prostituiertenschutzgesetzes vom 28. Juni 2018 (SächsGVBl. 470) den Betrag des Mehrbelastungsausgleich für den laufenden Erfüllungsaufwand der berechtigten Landkreise und Kreisfreien Städte bekannt.

Der Mehrbelastungsausgleich beträgt gemäß Haushaltsplan 2021/2022 Titel 08 633 09 314 für die Jahre 2021 und 2022 jeweils

250.000 Euro.

Dresden, den 29. Juli 2021

Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Dr. Stephan Koch
Abteilungsleiter
Veterinärwesen und Verbraucherschutz

Landesdirektion Sachsen

Verwaltungsvorschrift der Landesdirektion Sachsen

über die Entschädigung für Tätigkeiten im Berufsbildungsausschuss und in Prüfungsausschüssen nach dem Berufsbildungsgesetz (VwV BBiG-Entschädigung)

Vom 27. Juli 2021

Die Landesdirektion Sachsen als zuständige Stelle erlässt gemäß

1. § 40 Absatz 6 Satz 2, § 77 Absatz 3 Satz 2 des Berufsbildungsgesetzes vom 23. März 2005 in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. Mai 2020 (BGBl. I S. 920), das durch Artikel 16 des Gesetzes vom 28. März 2021 (BGBl. I S. 591) geändert worden ist, und
2. § 4 Absatz 5 der Ausbilder-Eignungsverordnung vom 21. Januar 2009 (BGBl. I S. 88),
folgende Entschädigungsregelung:

I.

Allgemeine Regelungen

1. Für die ehrenamtliche Tätigkeit im Berufsbildungsausschuss und in den Prüfungsausschüssen oder Prüferdelegationen erhalten deren Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder eine Entschädigung
 - a) für bare Auslagen nach Ziffer II und
 - b) für Zeitversäumnisse und Aufwendungen nach Ziffer III und IV.
2. Wird den Mitgliedern beziehungsweise stellvertretenden Mitgliedern im Berufsbildungsausschuss und in den Prüfungsausschüssen oder Prüferdelegationen von anderer Seite (zum Beispiel Arbeitgeber) eine Entschädigung für Zeitversäumnisse durch Fortzahlung des Entgeltes bzw. der Bezüge gewährt, kommt eine Entschädigung nach dieser Vorschrift insoweit nicht in Betracht.

3. Bedienstete im öffentlichen Dienst erhalten eine Entschädigung nur, soweit ihnen die ehrenamtliche Tätigkeit nicht im Hauptamt übertragen werden kann oder wenn sie im Hauptamt nicht angemessen entlastet werden können.

II.

Entschädigung für bare Auslagen

Für die aufgrund der Durchführung der ehrenamtlichen Tätigkeit nach dieser Verwaltungsvorschrift notwendigen Reisen werden Fahrt- und ggf. Übernachtungskosten in entsprechender Anwendung des Sächsisches Reisekostengesetzes vom 12. Dezember 2008 (SächsGVBl. S. 866, 876), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, erstattet. Durch die Tätigkeit veranlasste weitere notwendige bare Auslagen werden auf Antrag sowie Vorlage eines entsprechenden Nachweises erstattet. Sonstige Auslagen sind mit der Entschädigung nach Ziffer III abgegolten.

III.

Entschädigung für die Tätigkeit in Prüfungsausschüssen

Als Entschädigung erhalten Mitglieder und stellvertretende Mitglieder der Prüfungsausschüsse bzw. Prüferdelegationen folgende Prüfungsentschädigungen:

Nr.	Tätigkeit	Bemessungs- grundlage	Entschädigung
1.	Zeitversäumnisse für die Teilnahme an Prüfungsausschusssitzungen, Durchführung von schriftlichen, mündlichen oder praktischen Prüfungen, Herstellen der örtlichen und sachlichen Prüfungsvoraussetzungen sowie Hilfstätigkeiten.	je Stunde	Vergütung gemäß § 16 Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz in der jeweils geltenden Fassung
2.	Verdienstausfallentschädigung für freiberuflich oder selbständig Tätige. Ein eingetretener Verdienstausfall ist nachzuweisen oder glaubhaft zu machen.	pro Zeitzunde pauschal	15,00 €
		pro Tag jedoch höchstens	100,00 €
3.	Vor- und Nachbereitung von Sitzungen des Prüfungsausschusses	je Sitzung	10,00 €
4.	Erstellung von Prüfungsaufgaben für schriftliche Prüfungen mit Lösungsvorschlag ein Grundbetrag von und ergänzend	Grundbetrag	49,00 €
	a) für die Zwischen- und Abschlussprüfungen	je Bearbeiterstunde*	37,00 €
	b) für die Fortbildungsprüfungen (einschließlich Meisterprüfungen und der Prüfung zum Nachweis der berufs- und arbeitspädagogischen Qualifikation)	je Bearbeiterstunde*	43,00 €

Nr.	Tätigkeit	Bemessungs- grundlage	Entschädigung
5.	Begutachtung von Prüfungsaufgaben (Überprüfung des Entwurfs, der Musterlösung und des Bewertungsschemas auf inhaltliche und sachliche Schlüssigkeit und Vollständigkeit sowie Erarbeitung einer Empfehlung mit Hinweisen zur Klausurauswahl für den Prüfungsausschuss)		
	a) für die Zwischen- und Abschlussprüfungen	je Bearbeiterstunde*	11,00 €
	b) für die Fortbildungsprüfungen (einschließlich Meisterprüfungen und der Prüfung zum Nachweis der berufs- und arbeitspädagogischen Qualifikation)	je Bearbeiterstunde*	17,00 €
6.	Bewertung einer schriftlichen Prüfungsarbeit als Erst- oder Zweitkorrektor oder im Stichentscheid		
	a) in den Zwischen- und Abschlussprüfungen	je Bearbeiterstunde*	3,00 €
	b) in den Fortbildungsprüfungen (einschließlich Meisterprüfungen und der Prüfung zum Nachweis der berufs- und arbeitspädagogischen Qualifikation)	je Bearbeiterstunde*	3,00 €
7.	Für die Bestätigung von betrieblichen Aufträgen und Themen von Projektarbeiten	je Antrag	2,50 €
8.	Für die Erstellung von Prüfungsaufgaben für mündliche/ praktische Prüfungen mit Lösungsvorschlag je nach konkretem Aufwand		
	a) in den Abschlussprüfungen	je Aufgabe höchstens	55,00 €
	b) in den Fortbildungsprüfungen (einschließlich Meisterprüfungen)	je Aufgabe höchstens	75,00 €
9.	Für die Bewertung		
	a) einer Arbeitsprobe (z. B. Prüfungsstück) in den Abschlussprüfungen	je Arbeitsprobe	10,00 €
	b) einer Projekt- oder Hausarbeit in den Fortbildungsprüfungen	je Arbeit	24,00 €
10.	Vor- und Nachbereitung der Abnahme von mündlichen/ praktischen Prüfungen		
	a) in den Abschlussprüfungen	je angefangene 15 Minuten Prüfungsdauer	5,00 €
	b) in den Fortbildungsprüfungen (einschließlich Meisterprüfungen und der Prüfung zum Nachweis der berufs- und arbeitspädagogischen Qualifikation)	je angefangene 15 Minuten Prüfungsdauer	5,00 €
11.	Vor- und Nachbereitung der Abnahme von praktischen Prüfungen in den gewerblich-technischen Berufen einschl. dem Herstellen der örtlichen und sachlichen Prüfungsvoraussetzungen	je Zeitzunde	5,00 €
12.	Stellungnahme im Rahmen von Widerspruchs- und Klageverfahren		
	a) für Abschlussprüfungen	je Stellungnahme	6,50 €
	b) für Fortbildungsprüfungen (einschließlich Meisterprüfungen und der Prüfung zum Nachweis der berufs- und arbeitspädagogischen Qualifikation)	je Stellungnahme	13,50 €
13.	Für die inhaltliche und redaktionelle Überarbeitung einer schriftlichen Prüfungsaufgabe einschließlich der Musterlösung und des Bewertungsschemas können bis zu 50 Prozent der Entschädigungssätze nach Nummer 4 gewährt werden.		
14.	Für die Erstellung, Begutachtung und Bewertung von Teilen einer Prüfungsaufgabe werden die Entschädigungssätze nach Nummer 4 bis 6 sowie 8 und 9 anteilig gewährt. Entsprechendes gilt bei Prüfungsaufgaben, deren Zeitdauer nur Bruchteile einer Bearbeiterstunde beträgt.		

* Die Bearbeiterstunde entspricht der den Prüflingen für die Bearbeitung zur Verfügung stehende Zeitzunde.

IV.
**Entschädigung für die Tätigkeit im
Berufsbildungsausschuss**

Als Entschädigung erhalten Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Berufsbildungsausschusses eine Sitzungs- und gegebenenfalls eine Verdienstausfallentschädigung nach Ziffer III Nummer 1 bis 3.

V.
Antragsfrist

Der Anspruch auf Entschädigung erlischt, wenn er nicht innerhalb von sechs Monaten nach Beendigung der Tätigkeit schriftlich gegenüber der zuständigen Stelle geltend gemacht wird.

VI.
**Mitteilung von Zahlungen an die Finanzbehörden
nach der Mitteilungsverordnung**

Bei Zahlungen nach dieser Verwaltungsvorschrift sind die Vorschriften der Mitteilungsverordnung vom 7. September

1993 (BGBl. I S. 1554), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 12. Januar 2021 (BGBl. I S. 67) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, zu beachten.

VII.
Übergangsregelung

Vor dem Inkrafttreten dieser Verwaltungsvorschrift getroffene Vergütungsvereinbarungen bleiben unberührt.

VIII.
Inkrafttreten, Außerkrafttreten und Genehmigung

1. Diese Verwaltungsvorschrift tritt mit Wirkung vom 1. August 2021 in Kraft.
2. Gleichzeitig tritt die VwV BBiG-Entschädigung vom 12. Dezember 2017 (SächsABl. 2018 S. 58) außer Kraft.
3. Das Staatsministerium des Innern als zuständige oberste Landesbehörde hat die Verwaltungsvorschrift mit Erlass vom 12. Juli 2021, Az.: 3-6000/1/3-2021/61691, genehmigt.

Chemnitz, den 27. Juli 2021

Landesdirektion Sachsen
Regina Kraushaar
Präsidentin

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
zum Vollzug der Industriekläranlagen-Zulassungs- und
Überwachungsverordnung über den Antrag auf Erteilung einer
wasserrechtlichen Erlaubnis für die Einleitung von Abwasser
der Dow Olefinverbund GmbH in die Faule Pfütze (Pleiße)**

Gz.: 41-8618/652/4

Vom 26. Juli 2021

Die Landesdirektion Sachsen hat der Dow Olefinverbund GmbH, Straße B13 in 06258 Schkopau, mit Datum vom 26. Juli 2021 eine wasserrechtliche Erlaubnis für die Einleitung von Abwasser in die Faule Pfütze (Pleiße) mit folgendem Tenor, erteilt.

1. Der Dow Olefinverbund GmbH wird die wasserrechtliche Erlaubnis zur Einleitung von biologisch behandeltem Abwasser aus den Abläufen der Anlagen BIOX I und BIOX II an dem unter Ziffer II. genannten Standort nach Maßgabe der unter Ziffer IV. genannten Inhalts- und Nebenbestimmungen erteilt.
2. Der Dow Olefinverbund GmbH wird die wasserrechtliche Erlaubnis zur Einleitung von Absalzwasser der Rückkühlwerke an dem unter Ziffer II. genannten Standort nach Maßgabe der unter Ziffer IV. genannten Inhalts- und Nebenbestimmungen erteilt.
3. Der Dow Olefinverbund GmbH wird die wasserrechtliche Erlaubnis zur Einleitung von behandeltem Niederschlagswasser an dem unter Ziffer II. genannten Standort nach Maßgabe der unter Ziffer IV. genannten Inhalts- und Nebenbestimmungen erteilt.
4. Der Dow Olefinverbund GmbH wird die wasserrechtliche Erlaubnis zur Einleitung von behandeltem Abwasser aus der Wasseraufbereitung an dem unter Ziffer II. genannten Standort nach Maßgabe der unter Ziffer IV. genannten Inhalts- und Nebenbestimmungen erteilt.
5. Die sofortige Vollziehung dieser Entscheidung wird angeordnet.
6. Die Verfahrensunterlagen nach Ziffer III. sind Bestandteil dieser Entscheidung.
7. Die Dow Olefinverbund GmbH trägt die Kosten dieses Verfahrens.
8. Die Verwaltungsgebühr für dieses Verfahren wird auf xxx Euro festgesetzt. Auslagen werden in Höhe von xxx Euro erhoben.
9. Der Gesamtbetrag der Verwaltungskosten in Höhe von xxx Euro ist am xxx 2021 zur Zahlung fällig.

Der Genehmigungsbescheid enthält folgende Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung schriftlich oder zur Niederschrift

Widerspruch eingelegt werden bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.lids.sachsen.de/ kontakt abrufbar.

Der Genehmigungsbescheid mit den getroffenen Nebenbestimmungen einschließlich der Begründung liegt

vom 13. August 2021 bis einschließlich 27. August 2021

bei folgender Stelle zur Einsichtnahme aus und kann während der angegebenen Dienstzeiten dort eingesehen werden.

1. Landesdirektion Sachsen,
Abteilung Umweltschutz, Zimmer 463, Braustraße 2, 04107 Leipzig,
Montag 9:00 bis 12:00 Uhr und 13:00 bis 15:00 Uhr,
Dienstag 9:00 bis 12:00 Uhr und 13:00 bis 18:00 Uhr,
Mittwoch 9:00 bis 12:00 Uhr und 13:00 bis 15:00 Uhr,
Donnerstag 9:00 bis 12:00 Uhr und 13:00 bis 18:00 Uhr,
Freitag 9:00 bis 12:00 Uhr

Aufgrund der COVID-19-Pandemie sind bei der Einsichtnahme die nachfolgend genannten Schutzmaßnahmen der Landesdirektion Sachsen zu beachten: Der Zutritt zum Auslegungsraum kann jeweils immer nur einer Person sowie den weiteren in ihrem Haushalt lebenden Personen gewährt werden. Um lange Wartezeiten und Personenansammlungen zu vermeiden, sollte daher vor der Einsichtnahme ein Termin vereinbart werden. Ihre Terminanfrage richten Sie bitte an die Landesdirektion Sachsen, Referat 41, E-Mail (doris.niese@LDS.sachsen.de), Tel. (0341 977-4141). Vor Zutritt zum Auslegungsraum sind Besucher angehalten, sich beim Einlass- und Kontrolldienst zu melden und dort eine Selbstauskunft darüber zu erteilen, ob sie spezifische Symptome der Krankheit COVID-19 aufweisen oder innerhalb der letzten 14 Tage Kontakt zu infizierten Personen hatten. Das Formular wird durch den Einlass- und Kontrolldienst ausgegeben und wieder entgegengenommen. Auf das Erfordernis zum Tragen von Mund-Nasenschutz bei der Einsichtnahme wird hingewiesen.

Die öffentliche Bekanntmachung ergeht gemäß § 4 Absatz 1 der Industriekläranlagen-Zulassungs- und Überwachungsverordnung in Verbindung mit § 10 Absatz 8 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, unter folgenden Hinweisen:

1. Der Genehmigungsbescheid enthält Nebenbestimmungen.
2. Der Genehmigungsbescheid gilt mit dem Ende der Auslegungsfrist auch gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben, als zugestellt.
3. Nach der öffentlichen Bekanntmachung können der Bescheid und seine Begründung bis zum Ablauf der Widerspruchsfrist von den Personen, die Einwendungen erhoben haben, schriftlich oder elektronisch bei der Landesdirektion Sachsen, 09105 Chemnitz oder über poststelle@lds.sachsen.de, angefordert werden.

Diese Bekanntmachung ist während des oben genannten Zeitraums auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lds.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Umweltschutz einsehbar.

Leipzig, den 26. Juli 2021

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über den Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
Antrag auf Errichtung und Betrieb des Gasturbinenheizkraftwerks
HKW Leipzig Süd der Stadtwerke Leipzig GmbH
am Standort 04279 Leipzig, Bornaische Straße 120, Gemarkung Lößnig,
Flurstück 32/5
– Auslegung des Antrages und der Unterlagen –
Gz.: L44-8431/2493**

Vom 26. August 2021

Mit Schreiben vom 4. Mai 2021 beantragte die Stadtwerke Leipzig GmbH, Augustusplatz 7, 04109 Leipzig, die Erteilung der zweiten Teilgenehmigung nach §§ 4 und 8 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 9. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2873) geändert worden ist, für die Errichtung und den Betrieb eines Gasturbinenheizkraftwerkes mit zwei Gasturbineneinheiten am Standort 04279 Leipzig, Bornaische Straße 120, Gemarkung Lößnig, Flurstück 32/5 (HKW Leipzig Süd). Diese Anlage unterliegt dem Genehmigungsvorbehalt nach § 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2017 (BGBl. I S. 1440), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 12. Januar 2021 (BGBl. I S. 69) geändert worden ist, in Verbindung mit der Nummer 1.1 G, E des Anhangs 1 zur Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen. Die erforderliche Genehmigung soll über zwei Teilgenehmigungsverfahren erreicht werden.

Hauptbestandteile des Gasturbinenheizkraftwerks HKW Leipzig Süd sind zwei identische, voneinander unabhängige Gasturbineneinheiten (Block A und B), jeweils bestehend aus einer Gasturbine/Generator zur Stromerzeugung, einem der Gasturbine nachgeschaltetem Heißwassererzeuger mit integriertem Katalysator und je einem Schornstein zur Ableitung des abgekühlten Abgases, einem Wärmespeicher zur Optimierung und Flexibilisierung der Betriebsweise des HKW, der Brennstoffversorgung mit Erdgas, den elektrischen Anlagen, den leittechnischen Einrichtungen zur Überwachung und Steuerung des Gasturbinenheizkraftwerks und des Wärmespeichers, dem Schwarzstartaggregat zur Erlangung der „Schwarzstartfähigkeit“ sowie den Nebenanlagen, im Wesentlichen bestehend aus Rohrleitungen und Pumpen zur Fernwärmeversorgung.

Mit Bescheid vom 31. Juli 2020 (Gz: 44-8431/2037/18) hat die Landesdirektion Sachsen die erste Teilgenehmigung zur Errichtung des Gasturbinenheizkraftwerks als Kraft-Wärme-Kopplungsanlage mit einer Feuerungswärmeleistung von maximal 410 MW zur Strom- und Fernwärmeversorgung von Leipzig erteilt. Gegenstand der ersten Teilgenehmigung waren insbesondere alle erforderlichen Tätigkeiten zur Errichtung des Kraftwerksgebäudes einschließlich Fundamente und dazugehöriger Gründungen, bestehend – erstens – aus a) dem Turbinenhaus mit zwei Gasturbinen, Generatoren und den notwendigen technischen Einrichtungen, b) dem Kesselhaus mit zwei den Gasturbinen zugeordneten Heißwassererzeugern und zwei Schornsteinen, c) dem Funktionsgebäude für elektrische Schaltanlagen, Leitwarte, Sozialräumen und einem Schwarzstartaggregat, – zweitens – dem Gasanlagegebäude, – drittens – der Pumpenhalle, – viertens – dem

Wärmespeicher und – fünftens – Ammoniakwassertanks- und Beladestation, Löschwasserrückhaltebecken und Parkplätzen. Die erste Teilgenehmigung ist bestandskräftig.

Gegenstand der nunmehr beantragten zweiten Teilgenehmigung sind die Inbetriebsetzung, der Probetrieb und die Aufnahme des kommerziellen Betriebs des Gasturbinenheizkraftwerks HKW Leipzig Süd, die Errichtung und der Betrieb der Heißwassererzeuger und bauliche Änderungen an bereits mit der ersten Teilgenehmigung genehmigten Bauwerken und Anlagen sowie erforderliche Maßnahmen zur Regenwasserbewirtschaftung. Im Vergleich zur ersten Teilgenehmigung erfolgten Änderung und Konkretisierungen der Feuerungswärmeleistung sowie der elektrischen und thermischen Leistung und eine Beantragung **niedrigerer** Emissionsgrenzwerte als im Rahmen des Verwaltungsverfahrens zur Erteilung der ersten Teilgenehmigung berücksichtigt wurden.

Die Antragsunterlagen für die zweite Teilgenehmigung weisen für das Gasturbinenheizkraftwerk HKW Leipzig Süd folgende technische Hauptdaten auf:

Gesamtfeuerungswärmeleistung	380 MW _{th} (190 MW _{th} pro Block)
Maximale elektrische Gesamtbruttoleistung	136,80 MW _{el} (68,40 MW _{el} pro Block)
Maximale Gesamtwärmeleistung	165,78 MW _{th} je Block: 82,89 MW _{th}
Wärmespeicher	– max. Speicherkapazität: 1.800 MWh _{th} (Winter) – max. Be- und Entladeleistung: 200 MW _{th} – Abmessungen: Gesamthöhe 60 m, Außendurchmesser 32 m
2 Schornsteine	Höhe 54 m Abgastemperatur 57 °C; bei Teillast 55 °C
Brennstoffnutzungsgrad	max. 93 Prozent brutto

Die Inbetriebnahme von mit Betriebsstoffen gefüllten Teilsystemen des Gasturbinenheizkraftwerks HKW Leipzig Süd zum Zwecke von Test- und Probelaufen ohne Zündung der Gasturbinen soll im März 2022 erfolgen. Die Aufnahme des Dauerbetriebs des Gasturbinenheizkraftwerks HKW Leipzig Süd ist für November 2022 beabsichtigt.

Das Vorhaben in Gestalt der beantragten 2. Teilgenehmigung bedarf der Erteilung einer Genehmigung nach §§ 4, 8 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes. Es wird hiermit gemäß § 10 Absatz 3 und 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in Verbindung mit §§ 8 bis 10a und 12 der Verordnung über das Genehmigungsverfahren in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 11. November 2020 (BGBl. I S. 2428) geändert worden ist, öffentlich bekannt gemacht.

Das Vorhaben ist nach § 6 in Verbindung mit Nummer 1.1.1 der Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2513) geändert worden ist, ein UVP-pflichtiges Vorhaben. Gegenstand der Antragsunterlagen zur ersten Teilgenehmigung war ein UVP-Bericht. Im ersten Teilgenehmigungsverfahren wurden in einer vorläufigen Gesamtbeurteilung die Auswirkungen des gesamten Vorhabens geprüft und die Umweltverträglichkeit des Vorhabens festgestellt. Die Bindungswirkung dieser vorläufigen Gesamtbeurteilung entfällt gemäß § 8 Absatz 2 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes nur, wenn eine Änderung der Sach- oder Rechtslage oder Einzelprüfungen im Rahmen der zweiten Teilgenehmigung zu einer von der vorläufigen Gesamtbeurteilung abweichenden Prüfung führen.

Genehmigungsbehörde ist die Landesdirektion Sachsen. Die Verfahrensführung erfolgt durch das Referat Immissionsschutz der Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Leipzig, 04107 Leipzig, Braustraße 2.

Der Antrag auf Erteilung der zweiten Teilgenehmigung und die von der Antragstellerin vorgelegten Unterlagen, mit Ausnahme der Unterlagen nach § 10 Absatz 2 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse), sowie die entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen, die der Landesdirektion Sachsen im Zeitpunkt der Bekanntmachung vorliegen, liegen nach dieser Bekanntmachung einen Monat, vom

**Donnerstag, den 19. August bis einschließlich
Montag, den 20. September 2021**

für jedermann zur Einsichtnahme beifolgenden Stellen aus:

- Landesdirektion Sachsen, Abteilung Umweltschutz, Referat Immissionsschutz,
Zimmer 463, Braustraße 2 in 04107 Leipzig
Montag und Mittwoch von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr sowie von 13:00 Uhr bis 15:00 Uhr
Dienstag und Donnerstag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr sowie von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Freitag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr
- Stadt Markkleeberg, im Foyer des Rathauses, Rathausplatz 1 in 04416 Markkleeberg
im Erdgeschoss zwischen Einwohnermeldeamt und Poststelle
Montag und Mittwoch von 8:00 Uhr bis 16:00 Uhr
Dienstag und Donnerstag von 8:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Freitag von 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Aufgrund der Covid-19-Pandemie sind bei der Einsichtnahme in die Planunterlagen die nachfolgend genannten Schutzmaßnahmen der Landesdirektion Sachsen zu beachten: Der Zutritt zum Auslegungsraum kann jeweils immer nur einer Person sowie den weiteren in ihrem Haushalt leben-

den Personen gewährt werden. Um lange Wartezeiten und Personenansammlungen zu vermeiden, sollte daher vor der Einsichtnahme in die Planunterlagen ein Termin vereinbart werden. Ihre Terminanfrage richten Sie bitte an die Landesdirektion Sachsen, Referat 44, E-Mail cornelia.reuter@LDS.sachsen.de, Tel. 0341/977-4432. Vor Zutritt zum Auslegungsraum sind Besucher angehalten, sich beim Einlass- und Kontrolldienst zu melden und dort eine Selbstauskunft darüber zu erteilen, ob sie spezifische Symptome der Krankheit COVID-19 aufweisen oder innerhalb der letzten 14 Tage Kontakt zu infizierten Personen hatten. Das Formular wird durch den Einlass- und Kontrolldienst ausgegeben und wieder entgegengenommen. Auf das Erfordernis zum Tragen von Mund- Nasenschutz bei der Einsichtnahme wird hingewiesen.

Weitere Informationen, die für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens von Bedeutung sein können und die der Landesdirektion Sachsen erst nach Beginn der Auslegung vorliegen, werden der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen über den Zugang zu Umweltinformationen zugänglich gemacht.

Einwendungen gegen das Vorhaben können vom

**Dienstag, den 21. September bis einschließlich
Mittwoch, den 20. Oktober 2021**

schriftlich oder elektronisch bei der vorgenannten Stelle vorgebracht werden. Der Zugang für elektronische Dokumente ist auf die Dateiformate .docx und .pdf beschränkt. Die Übermittlung des elektronischen Dokuments hat an die Adresse post@lds.sachsen.de zu erfolgen. Es gilt das Eingangsdatum.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind gemäß § 10 Absatz 3 Satz 5 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes das Genehmigungsverfahren alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Das gilt nicht für ein sich anschließendes Widerspruchs- und Klageverfahren.

Die Einwendungen müssen leserlich neben dem Vor- und Familiennamen auch die volle Anschrift des Einwenders tragen. Unleserliche Namen oder Anschriften werden bei gleichförmigen Einwendungen unberücksichtigt gelassen. Einwendungen, die von mehr als 50 Personen entweder auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Einwendungen), müssen einen Unterzeichner mit seinem Vor- und Familiennamen, seinem Beruf und seiner Anschrift als gemeinsamen Vertreter der übrigen Unterzeichner bezeichnen. Gleichförmige Einwendungen, die diese Angaben nicht deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten, werden ebenfalls nicht berücksichtigt.

Darüber hinaus können auch nur solche Einwendungen berücksichtigt werden, die konkret angeben, welche Beeinträchtigungen befürchtet werden. Die Einwendungsschreiber werden der Antragstellerin zwecks Stellungnahme zur Kenntnis gegeben. Die Antragstellerin ist zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen verpflichtet. Die Behörde soll auf Verlangen des Einwenders dessen Name und Anschrift vor der Bekanntgabe an die Antragstellerin unkenntlich machen, wenn diese Angaben zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind. Informationen zum Datenschutz finden Sie unter www.lds.sachsen.de/datenschutz.

Nach Ablauf der Einwendungsfrist entscheidet die Landesdirektion Sachsen nach pflichtgemäßem Ermessen über

die Durchführung eines Erörterungstermins. Für den Fall, dass die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen zu erörtern sind, wird der Erörterungstermin hiermit für den

Donnerstag, den 11. November 2021 ab 9:00 Uhr

in der Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Leipzig, Raum 39, Braustraße 2 in 04107 Leipzig bestimmt. Der Erörterungstermin ist öffentlich. Sollte der Erörterungstermin am 11. November 2021 nicht abgeschlossen werden, kann im Erörterungstermin eine Vertagung angeordnet werden.

Einwendungen, die auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, werden im Erörterungstermin nicht behandelt. Es wird darauf hingewiesen, dass die erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben von Vertretern der Antragstel-

lerin oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden können.

Der Wegfall des Erörterungstermins wird öffentlich bekannt gemacht.

Die Entscheidung über den Antrag wird öffentlich bekannt gemacht. Die Zustellung der Entscheidung über den Genehmigungsantrag an die Personen, die Einwendungen erhoben haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Diese Bekanntmachung ist während des oben genannten Zeitraums auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Umweltschutz einsehbar.

Leipzig, den 26. August 2021

Landesdirektion Sachsen
Uwe Svarovsky
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung des Ausscheidens der Stadt Zwönitz aus dem
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen KISA**

Gz.: 20-2217/89/35

Vom 27. Juli 2021

Die Landesdirektion Sachsen hat mit Bescheid vom 12. Juli 2021 auf der Grundlage von § 62 Absatz 2 Satz 1 in Verbindung mit Absatz 1 Satz 2 und 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) den Beschluss der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen KISA vom 20. Mai 2015 (Beschluss VV 2015/002) über das Ausscheiden der Stadt Zwönitz aus dem Zweckverband genehmigt.

Der Beschluss der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen KISA vom 20. Mai 2015 (Beschluss VV 2015/002) über das Ausscheiden der Stadt Zwönitz aus dem Zweckverband tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung seiner Genehmigung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 27. Juli 2021

Landesdirektion Sachsen
Schreck
Vizepräsidentin

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung des Ausscheidens der Stadt Elterlein aus dem
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen KISA**

Gz.: 20-2217/89/36

Vom 27. Juli 2021

Die Landesdirektion Sachsen hat mit Bescheid vom 12. Juli 2021 auf der Grundlage von § 62 Absatz 2 Satz 1 in Verbindung mit Absatz 1 Satz 2 und 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) den Beschluss der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen KISA vom 20. Mai 2015 (Beschluss VV 2015/002) über das Ausscheiden der Stadt Elterlein aus dem Zweckverband genehmigt.

Der Beschluss der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen KISA vom 20. Mai 2015 (Beschluss VV 2015/002) über das Ausscheiden der Stadt Elterlein aus dem Zweckverband tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung seiner Genehmigung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 27. Juli 2021

Landesdirektion Sachsen
Schreck
Vizepräsidentin

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung über das zu verwendende Datenformat bei Datenübermittlungen nach § 8 Absatz 2 des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Bundesmeldegesetzes für die Belieferung des Sächsischen Melderegisters durch die sächsischen Meldebehörden

Vom 29. Juli 2021

Gemäß § 8 Absatz 2 des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Bundesmeldegesetzes vom 9. Juli 2014 (SächsGVBl. S. 376), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 10 des Gesetzes vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist, haben die Meldebehörden des Freistaates Sachsen Meldedaten durch Datenübertragung an das Sächsische Melderegister zu übermitteln.

Nach § 6 Absatz 1 der Sächsischen Meldeverordnung vom 9. Oktober 2015 (SächsGVBl. S. 515) legt die Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung das Datenformat fest, nach dem Datenübermittlungen nach § 8 Absatz 2 des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Bundesmeldegesetzes zu erfolgen haben.

Die Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung legt fest, dass ab dem 1. November 2021 die Datensatzbeschreibung OSCI-XMeld Version 2.4.5 in der Fassung vom 31. Januar 2021 als Datenformat in Verbindung mit der Anwendungsvorschrift für das Datenformat OSCI-XMeld 2.4.5 zur Belieferung des Sächsischen Melderegisters in der Fassung vom 29. Juli 2021 bei Datenübermittlungen nach § 8 Absatz 2 des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des

Bundesmeldegesetzes zu verwenden ist. Zeitgleich tritt die Bekanntmachung der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung über das zu verwendende Datenformat bei Datenübermittlungen nach § 8 Absatz 2 des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Bundesmeldegesetzes für die Belieferung des Sächsischen Melderegisters durch die sächsischen Meldebehörden vom 22. Februar 2021 (SächsABl. S. 245) außer Kraft.

Die Datensatzbeschreibung OSCI-XMeld Version 2.4.5 in der Fassung vom 31. Januar 2021 und die Anwendungsvorschrift für das Datenformat OSCI-XMeld 2.4.5 zur Belieferung des Sächsischen Melderegisters in der Fassung vom 29. Juli 2021 liegen bei der

Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung
Bischofstraße 18
D-01877 Bischofswerda

zur Einsichtnahme bereit. Sie sind ferner im Internet unter der Adresse http://www.sakd.de/index.php?id=smr_meldebehoerden abrufbar.

Bischofswerda, den 29. Juli 2021

Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung
Weber
Direktor

**Bekanntmachung
des Landratsamtes Bautzen
Sachgebiet Flurneuordnung
für das Vorhaben „Wege- und Gewässerplan“
der Teilnehmergeinschaft Cunewalde
nach § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung**

Vom 27. Juli 2021

Die Teilnehmergeinschaft Cunewalde, beim Landratsamt Bautzen, Sachgebiet Flurneuordnung, Macherstraße 55, 01917 Kamenz, stellt gemäß § 41 Absatz 1 des Flurbereinigungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546), das zuletzt durch Artikel 17 des Gesetzes vom 19. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2794) geändert worden ist, den Wege- und Gewässerplan mit landschaftspflegerischem Begleitplan (Plan nach § 41 des Flurbereinigungsgesetzes) für das Verfahren der Ländlichen Neuordnung Cunewalde auf.

Die Zuständigkeit der Teilnehmergeinschaft ergibt sich aus § 18 Absatz 2 des Flurbereinigungsgesetzes in Verbindung mit § 2 des Gesetzes zur Ausführung des Flurbereinigungsgesetzes vom 15. Juli 1994 (SächsGVBl. S. 1429), das zuletzt durch Artikel 24 der Verordnung vom 12. April 2021 (SächsGVBl. S. 517) geändert worden ist.

Die Obere Flurbereinigungsbehörde beim Landratsamt Bautzen ist gemäß § 41 Absatz 3 und 4 des Flurbereinigungsgesetzes in Verbindung mit § 1 Absatz 2 des Gesetzes zur Ausführung des Flurbereinigungsgesetzes die für die Feststellung und Genehmigung des Planes nach § 41 des Flurbereinigungsgesetzes zuständige Behörde.

Der Bau von gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen im Sinne des Flurbereinigungsgesetzes unterliegt dem Anwendungsbereich des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540).

Die von der Teilnehmergeinschaft vorgelegten entscheidungserheblichen Unterlagen wurden gemäß § 7 Absatz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung unter Beurteilung der in der Anlage 3 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung genannten Kriterien einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls unterzogen. Diese ergab, dass bei Umsetzung der geplanten Schutz-, Vermeidungs-, Ausgleich- und Ersatzmaßnahmen von dem Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind, die nach § 25 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären und es daher keiner Umweltverträglichkeitsprüfung bedarf.

Die Feststellung zum Ergebnis der Vorprüfung wird hiermit nach § 5 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung bekanntgegeben. Diese Feststellung ist nach § 5 Absatz 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung nicht selbstständig anfechtbar.

Die entscheidungsrelevanten Unterlagen sind der Öffentlichkeit gemäß den Bestimmungen des Gesetzes über den Zugang zu Umweltinformationen für den Freistaat Sachsen vom 1. Juni 2006 (SächsGVBl. S. 146), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 25 des Gesetzes vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist, im Landratsamt Bautzen, Sachgebiet Flurneuordnung, Macherstraße 55, 01917 Kamenz, zugänglich.

Kamenz, den 27. Juli 2021

Landratsamt Bautzen
Balling
Sachgebietsleiter Flurneuordnung

**Bekanntmachung
des Landratsamtes Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
über die Genehmigung der 7. Änderungssatzung zur
Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Sebnitz**

Vom 23. Juli 2021

Das Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde für den Abwasserzweckverband Sebnitz mit Bescheid vom 14. Juli 2021 auf der Grundlage des § 61 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) die nachfolgende Genehmigung erteilt:

„Die in der Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Sebnitz am 02. Juni 2021 beschlossene 7. Änderungssatzung zur Verbandssatzung vom 16. März 2009 wird rechtsaufsichtlich genehmigt.“

Die 7. Änderungssatzung zur Verbandssatzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Pirna, den 23. Juli 2021

Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
M. Geisler
Landrat

7. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Sebnitz

Auf der Grundlage der §§ 61 Absatz 1 und 26 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) hat die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Sebnitz am 2. Juni 2021 folgende Änderung der Verbandssatzung vom 16. März 2009 (SächsABl. S. 876), zuletzt geändert durch die 6. Änderungssatzung vom 26. September 2019 (Sächsisches Amtsblatt Nr. 51 vom 19.12.2019, Seite 1811), beschlossen:

Artikel 1

§ 8 erhält folgende Fassung:

(1) Der Verbandsvorsitzende und zwei Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus ihrer Mitte gewählt.

(2) Der Verbandsvorsitzende ist Vorsitzender der Verbandsversammlung. Er vertritt den Verband und vollzieht die Beschlüsse der Verbandsversammlung. Im Fall seiner Verhinderung tritt der erste Stellvertreter an seine Stelle und bei dessen Verhinderung der zweite Stellvertreter.

(3) Den Vorsitz in der Verbandsversammlung führt mit Stimmrecht der Verbandsvorsitzende, bei seiner Verhinderung seine Stellvertreter.

(4) Der Verbandsvorsitzende oder im Fall seiner Verhinderung einer seiner Stellvertreter beruft schriftlich unter Beifügung der Tagesordnung die Verbandsversammlung ein. In jedem Jahr sollten mindestens zwei Sitzungen stattfinden. Zwischen Einladung und Sitzung müssen mindestens 14 volle Kalendertage liegen. In dringenden Fällen kann die Einladungsfrist bis auf 5 Tage verkürzt werden.

(5) In dringenden Angelegenheiten, die keinen Aufschub dulden, kann der Verbandsvorsitzende anstelle der Verbandsversammlung entscheiden. Im Fall seiner Verhinderung tritt der erste Stellvertreter an seine Stelle und bei dessen Verhinderung der zweite Stellvertreter.

Artikel 2

– Inkrafttreten –

Diese Satzung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Sebnitz, den 2. Juni 2021

Ruckh
Verbandsvorsitzender

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei

Archivstraße 1

01097 Dresden

Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag

für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH

Lingnerallee 3

01069 Dresden

Telefon: 0351 485260

Telefax: 0351 4852661

E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de

Internet: www.recht-sachsen.de

Verantwortlicher Redakteur: Rechtsanwalt Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH

Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

5. August 2021

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 209,89 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 42,03 Euro Postversand) bzw. 114,97 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 11,03 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Lingnerallee 3, 01069 Dresden
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 